



universität
wien

MASTER THESIS

Titel der Master Thesis / Title of the Master's Thesis

„Grundlagen, Anwendbarkeit und Nutzen eines
psychosozialen Lagebildes in langandauernden und
bundesweiten Krisen- bzw. Katastrophenlagen“

verfasst von / submitted by

Mag. Phil. Nieves Erzsébet Kautny

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Science (MSc)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
Postgraduate programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 992 242

Universitätslehrgang lt. Studienblatt /
Postgraduate programme as it appears on
the student record sheet:

Risikoprävention und Katastrophenmanagement

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ-Prof. Dr. Barbara Juen

I. DANKSAGUNG

Für meinen 5jährigen Sohn Felix, der während der Pandemie und dem Studium viel auf mich verzichten musste: Mein Schatz, ich hoffe meine Arbeit kann von Deiner Generation genutzt werden, um solche Krisen besser zu bewältigen.

II. INHALTSVERZEICHNIS

I. DANKSAGUNG	II
II. INHALTSVERZEICHNIS	III
III. TABELLENVERZEICHNIS	V
IV. ABBILDUNGSVERZEICHNIS	V
V. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	V
VI. VORWORT	VI
1. Einleitung und Problemstellung	7
2. Theoretische Grundlagen	11
2.1. Evidence based policymaking	11
2.1.1 Kritik des evidenzbasierten Ansatzes und Lücken im Bevölkerungsschutz	21
2.2. Psychosoziales Krisenmanagement	24
2.2.1 Grundlegende politikwissenschaftliche Analyse zum Staatlichen Pandemie-Krisenmanagement	25
2.3. Interessensvertretung in Österreich	27
2.4. Krisenkommunikation	29
2.4.1. Krisenkommunikation im Gesundheitsbereich	29
2.4.2 Krisenkommunikation und psychosoziale Aspekte in der Covid 19 Pandemie	32
2.5. Projekte und Best Practice	36
2.5.1. Best Practice: wissenschaftliche Einbindung in Politik und Krisenmanagement	36
2.5.2. Überblick psychosoziales Monitoring während Covid-19 in Österreich	39
Exkurs: Fusion von psychosozialer Bedürfnispyramide und Katastrophenmanagementzyklus	41
4. Methodik	45
5. Analyse der Interviews	51
5.1 Überblick und quantitative Analyse	51
5.2 Ergebnisbeschreibung anhand der Subcodes	53
5.2.1 Lagebild	54
5.2.2. Gestaltungsmöglichkeiten	55
5.2.3. Maßnahmenentscheidung und Maßnahmenauswirkung	58
5.2.4. Psychosoziales Lagebild	62
5.2.5. Kommunikation	72
5.2.6. Evidence based policy making	82
5.2.7. Krisenbewältigung	88
6. Diskussion der Ergebnisse	90
6.1. Übereinstimmungen, Ergänzungen und Widersprüche in den Interviews	90
6.2. Abgleich Theorie und Interviews	93
6.3. Beantwortung und Diskussion von Forschungsfrage und Hypothesen	98
7. Zusammenfassung und Fazit	103
8. Policy Empfehlungen	105
9. Limitationen und Ausblick	108

10.	Literaturverzeichnis	109
10.1.	Internetquellen.....	111
11.	Anhang	112
11.1.	Deutschsprachiger Abstract	112
11.2.	English Abstract	112
11.3.	Interviewleitfaden	112

III. TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Abgleich Theorie und Aussagen der Policymaker	8
Tabelle 2: Aufgabenverteilung im Krisenmanagement auf die drei Rollen	31
Tabelle 3: Übersicht Interviewpartner:innen samt Kerninformation	38
Tabelle 4: Beschreibung Codes und Sucodes	41
Tabelle 5: Quantitative Auswertung Codes und Subcodes	64

IV. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Fusion von Psychosoziale Bedürfnispyramide und Katastrophenmanagement-zyklus	35
---	----

V. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACPP	Austrian Corona Panel Project
BAK	Bundeskanzleramt
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wirtschaft
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMSGPK	Bundesministerium für Soziale, Gesundheit, Pflege, Konsumenten
EHEC	Enterohämorrhagische Escherichia coli
EU	Europäische Union
GECKO	Gesamtstaatliche Covid-Krisenkoordination
GÖG	Gesundheit Österreich GmbH
H1N1	Subtyp des Influenza – A – Virus
IASC	Interagency Standing Committee
IFRC	International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies
SKKM	Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement
OECD	Organization for Economical Cooperation and Development
ÖRK	Österreichische Rotes Kreuz
ÖRISK	Österreichischer Postgradualer Lehrgang für Risikoprävention und Katastrophenmanagement
SARS	Severe acute respiratory syndrome
UNHCR	United Nations High Council on Refugees
UNICEF	United Nations International Children’s Emergency Fund
USA	United States of America
WHO	World Health Organization

VI. VORWORT

Die Motivation bzw. das Interesse für die Einführung eines psychosozialen Lagebildes ergibt sich aus der Erfahrung der Verfasserin, die sie im Rahmen des SKKM Koordinierungsstabs Covid-19, welchem sie seit Beginn im Februar 2020 bis zur Einstellung im Dezember 2022 angehört, gemacht hat. Zudem hat sie bereits während des ersten Lockdowns – im Rahmen der Blaulichtorganisationen – eine psychosoziale Gruppe ins Leben gerufen, welche sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen befassen sollte. Diese Gruppe fusionierte später mit jener, die seitens Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) gegründet worden war.

Im Zuge der Covid-19 Pandemie wurde in Österreich sehr viel Wert auf die Erhebung exakter Zahlen, Daten und Fakten zur epidemiologischen Fallentwicklung gelegt, um anhand dieser Lagedarstellungen Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens setzen zu können.

Im Fokus pandemieeindämmender Maßnahmen standen und stehen Menschen, deren persönliche bzw. subjektive Lage wurde teilweise gut erhoben, hervor sticht das Austrian Corona Panel Project, dessen Ergebnisse von der Verfasserin regelmäßig in die gesamtstaatliche Lagebilddarstellung eingebracht und zitiert wurden; aber sie wurden aus Sicht der Verfasserin nicht ausreichend in Kommunikation seitens der Verantwortlichen oder in der Maßnahmensetzung bzw. in ausgleichende Maßnahmen berücksichtigt, was im weiteren Verlauf zusätzliche Herausforderungen entstehen ließ. In diesen Bereich möchte die Arbeit einerseits erheben welcher Grundlagen es bedarf, um ein möglichst umfassendes psychosoziales Lagebild als dauerhafte Einrichtung auf gesamtstaatlicher Ebene einzurichten und welchen Mehrwert es für Entscheidungsträger:innen hätte bzw. ob man es überhaupt umsetzen würde, was an Erkenntnissen erlangt wird, sofern letzteres möglich ist zu erheben.

Auch wenn die realpolitischen Gegebenheiten oder epidemiologische Notwendigkeiten die Berücksichtigung solcher Erhebungen nicht immer möglich machen, so besteht doch die Hoffnung, dass ein psychosoziales Lagebild basierend auf wissenschaftlicher Vorgehensweise das Potential hat auch den Entscheidungstragenden in der Realpolitik (bessere) Handlungsoptionen anzubieten.

Nachdem davon auszugehen ist, dass Covid-19 nicht die letzte Pandemie bleiben wird und Klimakrise sowie andere größere Ereignisse Österreich beschäftigen werden, deren Bewältigung im demokratischen Rahmen nur mit Unterstützung der Bevölkerung möglich ist, da hier wohl Verhaltensänderungen nötig sein werden, sollten Entscheidungstragende auch über die jeweiligen Bedürfnisse, Sorgen, Probleme, aber auch die Opferbereitschaft und das Motivationspotential der Menschen in diesem Land umfassende informiert sein, um somit auch Maßnahmen zu setzen, die von ihnen weitgehend mitgetragen werden.

1. Einleitung und Problemstellung

Ziel vorliegender Arbeit ist es basierend auf Theorie und Interviews, die stark von den Erfahrungen mit der Covid-19 Pandemie geprägt sind zu erheben, ob und wie der Aufbau eines psychosozialen Lagebildes bei der Bewältigung ähnlicher Krisen wie der Pandemie hilfreich wäre. Dazu wird der Begriff psychosoziales Lagebild von der Verfasserin erweitert. Die bis zum Rechercheende für die vorliegende Arbeit gefundene Literatur fokussierte bislang auf psychosoziale Bedürfnisse im humanitären Kontext, zu erwähnen sind diverse Leitfäden und Analysewerkzeuge, wie z.B. „*Assessing Mental Health and Psychosocial Needs and Resources – Toolkit for humanitarian settings*“ der WHO und UNHCR oder „*IASC Guidelines on Mental Health and Psychosocial Support in Emergency Settings*“. Vereinzelt finden sich auch Publikationen von vor Covid-19 Zeiten wie jene von Prof. Dr. Lars Tutt „Erstellung eines psychosozialen Lagebildes“ in einem Magazin mit Zielpublikum innerhalb der Einsatzorganisationen. (Vgl. TUTT, 2019) Die Mehrheit dieser Schriften befasst sich jedoch mit Großschadensereignissen oder Terrorlagen, aber nicht mit Krisen im Ausmaß einer weltweiten Pandemie. Im Fokus stehen bei Ersterem einerseits die Betreuung der Betroffenen unterteilt nach Nähe zum Ereignis, aber auch der Einsatzkräfte; eben auch psychosoziale Betreuung genannt.

Die Verfasserin versteht psychosoziales Lagebild als ein umfassendes Werkzeug, welches anhand unterschiedlicher Parameter wie sozioökonomischen Hintergrund, die Entwicklung von Einstellungen (z.B. zu Maskenthema), Ängsten (z.B. vor einer Covid-19 Infektion oder der Impfung), Hoffnungen (z.B. durch die Impfung), Bedürfnissen (z.B. mehr Sozialkontakte), Verständlichkeit und Feedback zu Maßnahmen, Identifikation von gesellschaftlichen Zusammenhängen, Vertrauen in die Krisenbewältigung und vieles mehr die Bewältigung einer Krise menschenfreundlicher, nachvollziehbar und transparenter machen kann. Dazu muss im Hintergrund behalten werden, dass nicht nur die österreichische Bevölkerung im Sinne der Staatsangehörigen, sondern alle in Österreich aufhaltigen Menschen im Krisenfall erreicht werden müssen und bei langandauernden Krisen, laufend informiert und in die Krisenbewältigung involviert werden müssen. Insofern sollte diese Vielfalt der Struktur hinsichtlich Geschlechts, Alter, Kultur, Religion, Sprache, sozioökonomischem Status, Beruf, Bildungsgrad, Gesundheitszustand, Migrationshintergrund, Mitglied einer vulnerablen Gruppe oder eines anderen Faktors im Hinterkopf behalten werden, als sowohl Reichtum wie auch Herausforderung begriffen werden. Wobei die Verfasserin überzeugt ist, dass ein psychosoziales Lagebild, welches diesen Querschnitt schafft zu erreichen und auszuwerten von unschätzbarem Wert in der Krisenbewältigung – egal ob Maßnahmen oder Kommunikation – sein kann.

Gleichzeitig soll auch betont werden, dass die Begrifflichkeit der Einfachheit halber gewählt wurde, auch weil diese leicht greifbar und erklärbar ist; genauso gut könnte das angedachte Lagebild gesamtgesellschaftliches und, oder interdisziplinäres Lage- oder

Bevölkerungsmonitoring oder nationales Monitoring-panel genannt werden. Die Begrifflichkeit soll in diesem Kontext nicht das ausschlaggebende sein.

In Österreich startete im März 2020 das Austrian Corona Panel Project seine Umfragen und konnte sowohl viele wie auch wertvolle Daten generieren. Ebenso gab es von diversen Institutionen Umfragen und Studien zu bestimmten Fokusgruppen (z.B. Jugendliche, Kinder, Gesundheitspersonal), aber es fehlten einerseits das Zusammenführen dieser Erhebungen, andererseits die Ausweitung auf unbeachtete Bevölkerungsgruppen, sowie das Adressieren der besonders betroffenen vulnerablen Gruppen.

Die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) startete die Entwicklung eines solchen Lagebildes, indem Zahlen aus dem Gesundheitsbereich zusammengeführt wurden, sowie Informationen diverser Helplines (z.B.: Rat auf Draht und andere). Wobei betont werden muss, dass es hier lediglich um Metadaten ging, also z.B. die Häufigkeit von Anrufen aber auch die angesprochenen Themenkategorien und keine personenbezogenen Daten. So konnte ein Eindruck gewonnen werden, welche Themen derzeit verstärkt in den unterschiedlichen Gruppen präsent waren und zu Anrufen führten. Allerdings handelt es sich hier um passiv erhobene Informationen, denen wie beim ACPP keine einheitliche Kohorte zugrunde liegt, die regelmäßig befragt wurde. Ein Instrument, welches noch erwähnt wird, weil es Wirtschaftsdaten im Kontext Bevölkerung erhob, um zeitnah Auskunft über die dortige Entwicklung zu geben, war bzw. ist der IHS High Frequency Monitor, der anfänglich lediglich den Stromverbrauch, Arbeitslosenzahlen und gefahrene Schienengütertransportkilometer veröffentlichte und später erweiterte um Daten zum Flugverkehr, Mobilität rund um Einrichtungen wie Verkehrshaltestellen, Lebensmittelgeschäfte, Parks etc. sowie Konsument:innenbefragungen veröffentlichte. Damit erstellte dieses Instrument ein aktuelles gesamtheitliches sozio-ökonomisches Überblickslagebild. Allein die Mobilitätsdaten im Abgleich mit den Pandemiephasen zeigten, ob bzw. wie streng Mobilitätseinschränkungen eingehalten wurden, was durchwegs aufschlussreich war. (Vgl. Monitor IHS, 2023)

Auch andere Umfrageinstitute oder Unternehmen führten Erhebungen zu diversen Fragestellungen rund um die Pandemie, Gesundheit und den Maßnahmen durch, teilweise erhoben auch jährlich wiederholte Studien Antworten zu Fragen mit Pandemiebezug (z.B.: Gesundheitsstudie der Wiener Städtischen Versicherung AG).

Diese Erhebungen sind jedoch nur ein Teil des Gesamtbildes, denn für die Bewältigung einer Pandemie oder großflächigen und langandauernden Krise ist es auch nötig die Bevölkerung dazu zu bewegen sich an Verhaltensvorgaben zu halten, sei es etwas zu tun z.B. eine Maske zu tragen, oder etwas nicht zu tun z.B. sich in Gruppen treffen. Am Beginn einer Krise ist die Motivation aufgrund der großen Unsicherheit und der noch unbekannten Bedrohung noch hoch, aber im Laufe der Zeit lässt dies nach und die sogenannte Compliance wird brüchig, wie auch Auswertungen des Austrian Corona Panel Project bereits 2021 zeigten (AICHHOLZER UND KALLEITNER, 2021:231). Wie weitere Auswertungen des ACPP vom Juni 2022 zeigen, kam es im Laufe der Pandemie auch zu einem starken Vertrauensverlust in sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung, auch das etablierte Medium ORF litt darunter, lediglich Wissenschaft und das Gesundheitswesen konnten die Vertrauenseinbußen geringer halten.

(KREJCA et al., 2022) Eine konkreten Grund – bis auf die Turbulenzen rund um die damalige Inseratenaffäre – geben Krejca et al. (2022) nicht an, aber eine andere Studie aus dem Bereich schlussfolgert für Deutschland, dass der Vertrauensverlust daran liegen könnte, dass „Sichtweisen und Lebenslagen aus der Bevölkerung in die Maßnahmenumsetzung [nicht ausreichend] einbezogen we[u]rden“ (Vgl. SPURA UND DE BOCK, 2021:266). Um diese Verhaltensanpassung zu fördern muss auch der kommunikative Aspekt – samt den Erkenntnissen aus dem Bereich der Krisenkommunikation und ihren Empfehlungen – betrachtet werden, diese waren oftmals vernachlässigt worden.

Der Aufbau vorliegender Arbeit geht im ersten Schritt davon aus, dass die Schaffung und Nutzung eines psychosozialen Lagebildes auf erhobener Evidenz begründet. Diese sozialwissenschaftlich erhobenen Fakten bedürfen der Anerkennung bzw. Nutzung durch die politische Ebene. Daher wurde als Ansatz wie Wissenschaft in der Politik verwendet werden kann, der aus dem angloamerikanischen Raum entnommenen Zugang des *evidence based policymaking* entlehnt und wird in Kapitel 2.1 zusammengefasst.

Kapitel 2.2. elaboriert bestehende psychosoziale Ansätze im Krisenmanagement, die bereits in der Einleitung weiter oben angerissen wurden, sowie eine politikwissenschaftliche Analyse des Pandemiemanagements, welches sehr eng verwoben ist mit der gesellschaftlichen Reaktion darauf.

Die von einem psychosozialen Lagebild erarbeiteten Evidenzen, darin enthalten sind auch Bedürfnisse und Empfehlungen an die Entscheidungstragenden, werden – davon geht die Verfasserin als Politikwissenschaftlerin aus – in Konkurrenz mit anderen Interessen und Bedürfnissen stehen. In Folge wird aus historischer und politikwissenschaftlicher Sicht in Kapitel 2.3. erläutert, wie die Interessensvertretung in Österreich organisiert ist, um die Komplexität und Herausforderung der Interessendurchsetzung zu veranschaulichen.

Wie erwähnt steht neben dem psychosozialen Lagebild in der Bewältigung einer bundesweiten und langandauernden Krise auch die Krisenkommunikation als solche im Vordergrund, in Unterkapitel 2.4. werden zwei Spezialaspekte dargestellt, einerseits die Krisenkommunikation im Bereich Gesundheit und Studien aus dem Pandemiebereich sowie die Verbindung mit psychosozialen Ansätzen.

Schließlich wird in Unterkapitel 2.5. Projekte und Best Practice beschrieben, die die vorangehenden theoretischen Teilaspekte stützen und Bausteine bzw. Elemente eines solchen Lagebildes erkennen lassen.

Anhand der Theorie und der Zielsetzung der Arbeit werden in Kapitel 3 die Hypothesen und Forschungsfragen konkretisiert. Und in Kapitel 4 die Methodik im Hinblick auf die Interviews, Auswahl der interviewten Personen, Entwicklung des Interviewleitfadens und Auswertung sowie Codierung erläutert.

Kapitel 5 ist als Kernstück der Arbeit zu sehen, hier werden die 8 Interviews entlang der Codierung in ihren Ergebnissen zusammengefasst und dargestellt.

Die Diskussion ist zwecks besserer Analyse und Struktur in drei Teile (Interviews untereinander, Interviews mit Theorie, beides mit Hypothesen und Forschungsfrage) gegliedert, um eine Schritt für Schritt Nachvollziehbarkeit zu ermöglichen,

Die Zusammenfassung in Kapitel 7 ist ein solche, kann aber auch als Ergänzung zur Einleitung gesehen werden, da sie nicht nur inhaltliche Aspekte, sondern auch die Entstehungsgeschichte vorliegender Arbeit zusammenfasst. Die Policy Empfehlungen (Kapitel 8) entspringen den Interviews, da es immer wieder Empfehlungen gab, was wie in der Zukunft besser gemacht werden könnte. Kapitel 9 zeigt schließlich auf welchen Einschränkungen die Arbeit unterliegt und welche der in der Arbeit vorhandenen roten Nebenfäden aufgenommen werden und zu eigenständigen Arbeiten führen könnten.

Abschließend folgendes Zitat zur Einstimmung und Untermauerung vorliegender Arbeit:

„The responses often dominated by epidemiological considerations were not sensitive to the needs and vulnerabilities of people at the social margins.” (ZINN, 2021:607)

In vorliegender Arbeit geht es nicht nur, um diese *social margins*, sondern um alle.

2. Theoretische Grundlagen

Im Folgenden sollen die wissenschaftlichen Grundlagen eines Psychosozialen Lagebilds anhand der Literatur erörtert werden. Ich stütze mich dabei vor allem auf die Konzepte des *Evidence based Policymaking*.

2.1. Evidence based policymaking

Für die Umsetzung sozialwissenschaftlicher Ergebnisse oder deren Anwendung zur Gestaltung konkreter Politikbereiche bzw. Entscheidungen wurde in den vergangenen Jahren vor allem im angelsächsischen Raum der Ansatz des *evidence based policymaking* geprägt (Vgl. PABST, 2021). So wurde beispielsweise 1999 allein in Großbritannien eine Initiative zur evidenzbasierten Politik und Praxis mit 3 Mio. britische Pfund gefördert. (Vgl. DAVOUDI, 2012:15)

Eines der dazu vorhandenen aktuelleren Grundlagenwerke aus den USA stellt das in zweiter Edition erschienene Buch von Karen Bogenschneider und Thomas J. Corbett, „*Evidence-based Policymaking -Envisioning a New Era of Theory, Research, and Practice*“ (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021) dar. In diesem umfassenden Werk haben sich die Verfasser:innen im Rahmen von zahlreichen Interviews und Analysen mit sowohl der politischen Ebene als auch der wissenschaftlichen Ebene auseinander gesetzt. Vorauszuschicken ist, dass die Ergebnisse wahrscheinlich nicht eins zu eins in den europäischen oder österreichischen Kontext übernommen werden können, da das politische System in den USA gänzlich anders aufgebaut ist ebenso wie die Forschungslandschaft, trotzdem enthält das Buch durch die tief gehenden Analysen und Erkenntnisse zahlreiche Anknüpfungspunkte für das hiesige politische und Forschungssystem.

Bogenschneider und Corbetts Ansatz startet bei der Definition von sogenannten *research producers* und *research consumers*, der Einfachheit halber wird diese Begrifflichkeit aus dem Englischen beibehalten. *Research producers* wird von den Autor:innen definiert als die Gesamtheit akademisch Lehrenden und Forschenden, Programmevaluator:innen und einer Gruppe von Policy-Analysten, die Daten und Forschung interpretieren. Sie versuchen die Welt besser zu verstehen, indem sie forschen, analysieren, lehren oder nach Umsetzungsmöglichkeiten suchen. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:4)

Research consumers werden von ihnen zusammengefasst, als jene, die interpretieren, anwenden und sogenannte *Policy* managen. Ihre Funktion „in der Welt“ ist es diese zu managen und zu einem *greater good* werden zu lassen. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:4 f.) Sie gehen davon aus, dass *Policymakers* für ihre Vorschläge und Entscheidungen auf unterschiedliche Grundlagen vertrauen: Einstellungen von Wähler:innen, politische Berechnung, Instinkt, und persönliche Werte. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:6)

Unter *evidence-based policy* verstehen sie einen dreigliedrigen Prozess bzw. Definition:

1. Die Herangehensweise umfasst die Anwendung wissenschaftlicher Forschungsmethoden, um jene Probleme besser zu verstehen mit denen *Policymaker* konfrontiert sind und auch glaubwürdige Evidenz zu erarbeiten, um nachzuweisen welche *Policies*, Programme und Praktiken die effektivsten sind.
2. Von Anwender:innenseite umfasst die Definition auch jene gewählten Politiker:innen, die glaubwürdige Forschungsevidenz für die Entwicklung von Regelungen, *Policies*, Programmen und sonstigen administrativen Aktivitäten zu Grund legen.
3. Die Definition umfasst auch die Umsetzung von Gesetzen auf forschungsbasierter Weise durch die Administration bzw. Beamtenschaft.(Bogenschneder und Corbett, 2021:7)

In einem nächsten Schritt stellen die Autor:innen vier Annahmen vor weshalb es nicht gelingt Politik durch Forschung mitgestalten zu lassen, diese sind:

1. Die Eigenheiten des *Policymaking* Prozesses;
2. Die Limitierungen der wissenschaftlichen Erforschung; damit ist unter anderem gemeint, dass für die Forschenden oder *Policymaker* oft nicht klar ist weshalb ein Programm oder eine Maßnahme in einer Region funktioniert und in einer anderen nicht;
3. Die gesellschaftliche Struktur von demokratischen Institutionen;
4. Die strukturellen Umwelten in denen Forscher:innen und *Policymaker* agieren (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:9)

Diese Annahmen weisen jedoch aus ihrer Perspektive gewisse Limitationen auf, und sie entwickeln in Folge die *community dissonance theory*, wonach Forschung und Wissenschaft aufgrund von sogenannten Kommunikationslücken teilweise zu wenig genutzt wird, auch weil sie es schwer finden miteinander zu kommunizieren. So wird Forschung manchmal verwendet, manchmal nicht, manchmal unvollständig oder verdreht; sie erkennen keine einheitliche Entwicklung auf dem Gebiet. In diesem Gedankengang halten sie fest, weshalb die Anknüpfung von Forschung an Policy so herausfordernd ist:

- Nicht alle *research consumer* sind gleich,
- Nicht alle *research producer* sind gleich,
- Nicht alle Interaktionen zwischen beiden Gruppen sind gleich,
- Nicht alle Forschungsstudien eignen sich für die Beantwortung von *Policy*-Fragen und
- Nicht alle *Policy*-Fragen eignen sich für Forschungsstudien (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:13)

Diese Punkte mögen auf den ersten Blick selbstverständlich sein, werden aber oftmals vernachlässigt und man spricht pauschaliert über zwei Gruppen, auch wenn es hin und wieder gelingt, dass beide zusammenarbeiten und einander unterstützen. Zudem ist die Perspektive auch stark geprägt von der Position, die man im System innehat. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021) In diesem Kontext muss auch darauf hingewiesen werden, dass diese Gruppen per se nicht homogen sind und es beispielsweise innerhalb der Forschungsgemeinschaft unterschiedliche Formen gibt, wie Universitäten, Think Tanks, Firmen mit

Forschungseinrichtungen, Lobbygruppen usw. und diese wiederum unterschiedliche Weltanschauungen und Ziele verfolgen können. Die beiden Hauptgruppen – Forschungsproduzent:innen und -konsument:innen – „leben“ zudem in unterschiedlichen Welten, haben sich unterschiedliche Kommunikationsformen angeeignet und haben unterschiedliche Ziele. Während Forschungsproduzent:innen neues entdecken und finden möchten, möchten Forschungskonsument:innen Evidenz verwenden. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:14f.) Ein wesentlicher Unterschied sei im Original wiedergegeben: *„Research is based on precise adherence to well-established standards, whereas politics is based on negotiation and compromise and even pure power. Blending these worlds is not easy.”* (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:15)

Bogenschneider und Corbett erkennen in den Politiker:innen auch eine janusköpfige Rolle, denn sie können Probleme lösen, aber auch verursachen bis hin zu sogenannten *„wicked social problems“* (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:17).

Sie zeigen sich auch besorgt über die Entwicklung von Polarisierung und Spaltung in der Gesellschaft: *„The political world, at the same time, is seen as drifting further and further into partisan, ideological divides that threatens to shove science aside to a position of irrelevance.”* (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:18)

Daher ist es umso wichtiger grundlegende Prinzipien und Vorbehalte für das Schaffen von evidenzbasierter *Policy* zu beachten:

1. *Policy*-Gestaltung ist ein Marathon und kein Sprint;
2. Die Vorstellung über Mitglieder, Institutionen und Kulturen sind grundlegenden Konzepte innerhalb der sich alle bewegen, sprich jede:r hat Vorstellungen wie das Gegenüber ist;
3. Persönliche Beziehungen und Vertrauen sind der Schlüssel, denn es könnte auch weniger ein Kommunikations- sondern eher ein Beziehungsproblem sein, welches die Interaktion der beiden Welten prägt, und
4. Eine gemeinsame Vorstellung von Erfolg ist schlichtweg zu stark vereinfachend, denn die Wege dahin sind in beiden Welten nicht nur unterschiedlich, sondern auch die Definition von Erfolg ist unterschiedlich; (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:19f.)

Im Zuge des Kapitels *„Problems, Players and Policy Process“* halten sie fest, dass sie während der Analyse von sogenannten *state legislators* die Wirklichkeit nicht so sauber, ordentlich, kohärent und vorhersagbar ist, sondern komplexer und weit weniger vorhersagbar als Stereotype es vermuten lassen würden. Dies kann als eine grundlegende Erkenntnis seitens der Forschungswelt gedeutet werden, die auch Vorurteile gegenüber den Entscheidungstragenden hat. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:41) Vor allem Bogenschneider hat diverse Studien durchgeführt, in denen sie vor allem die Seite der *Policymaker* analysiert hat; in einer dieser interviewte sie 24 von anderen *Policymakern* empfohlene *Policymaker* aus dem Bereich der Familien- und Jugendpolitik, die als *„Champions“* gelten hinsichtlich deren Erfolgsfaktoren die sie wie folgt zusammenfasst (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:385):

1. Sich einem höheren Zweck oder dem größeren Wohl verschrieben haben;
2. Vertrauen der Kolleg:innen gewonnen haben;
3. Den Menschen zu hören, dies umfasst Kolleg:innen, die Wählerschaft, und die Öffentlichkeit;
4. Beziehungen zu Kolleg:innen aufbauen;
5. Beziehungen zu externen Stakeholdern aufbauen;
6. Über einen hohen Kenntnisgrad der politischen Prozesse und Abläufe verfügen, vor allem hinsichtlich der Gesetzgebung;
7. Kenntnisse über Policythemen haben; (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021: 42)

Diese Aufzählung veranschaulicht die hohe zwischenmenschliche Kompetenz, die für das Führen politischer Prozesse bzw. auch die Themenführerschaft notwendig ist; denn gemeinsame Grundlagen bis hin zu Lösungen finden erfordert eine zwischenmenschliche Beziehung. Gleichzeitig fanden sie im Rahmen der Interviews von *Policymakern* auch heraus, dass nicht alle gleich gebildet oder ihre Materie ausreichend gut kennen, dies wird von Bogenschneider mit zahlreichen Beispielen aus den diversen Interviewsituationen anekdotenhaft beschrieben. Gleichzeitig werten die Autor:innen, dass die Arbeit eines *Policymakers* wesentlich härter als jene von Forscher:innen ist, denn erstere müssen Entscheidungen treffen und sie müssen ihrer Wählerschaft Rede und Antwort stehen. Zudem müssen sie dafür sorgen, dass ihre *Policy* auch budgetär bedeckt ist. Im Gegensatz dazu können Forschende das Für und Wider stehen lassen, ohne entscheiden zu müssen. Und auch auf die anderen Punkte müssen Forschende keine Rücksicht nehmen. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:57 f.) Ähnlich ist es bei Zinn (2021) im Pandemiekontext zu finden, wenn er meint, dass *“scientific knowledge cannot replace responsibility for political decisions since science lacks the political compass and legitimacy.”*.(ZINN, 2021:605) Denn unterschiedliche Risiken müssen gegeneinander abgewogen werden und können nicht nur auf Wissenschaft allein fundiert sein. Für ein gutes Pandemiemanagement braucht man gute Forschung, aber auch politische Führerschaft („leadership“ im Original), denn es ist nötig die gesamte Bevölkerung einzubeziehen und zu motivieren. (ZINN, 2021:605)

Eine der grundlegenden Annahmen seitens der Wissenschaft beruht auf dem Vorurteil, dass *Policymaker* Forschung nicht nutzen oder zweckentfremdet nutzen. Dem setzen die Autor:innen andere theoretische Ansätze entgegen sowie eine Analyse der durchgeführten Interviews unter *Policymakern*. Die Autor:innen zählen vier in den USA bekannte theoretische Ansätze auf, wie Forschung genutzt wird, diese sind:

1. *The Politico-Administrative Decision-Making Model* von Albaek, E. (1995): in diesem Model argumentiert Albaek, dass Forschung auch ein Teil des Diskurses aus philosophischer Sicht an sich wird, aber auch in den Alltag übergeht wodurch sie wieder gewandelt werden, und damit etwa verfremdet oder weniger greifbar werden für die ursprünglichen Wissenschaftler:innen; anzumerken ist, dass dies besonders für den sozialwissenschaftlichen Bereich gilt. Zudem sind Forschung und Politik nicht so

- gegensätzlich wie angenommen, es gibt sogar keine Wissenschaft ohne Interesse und keine Politik ohne Reflexion, um diese Zuordnung mal umzukehren; (Vgl. ALBÆK, 1995)
2. *The Policy Agenda-Setting Theory or Multiple Streams Theory* von Kingdon, J. W. (2011)¹: es gibt drei Möglichkeiten wie Themen auf der Entscheidungsebene landen: es handelt sich um ein Problem, *Policy* oder *Politics*. (Anmerkung: während Policy eher themenfokussiert ist, ist Politics parteipolitisch/strategisch getrieben zu verstehen und entspricht eher der deutschen Verwendung des Begriffs Politik); (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:95)
 3. *The Conventional Typology of Research use entwickelt und weiterentwickelt* von Nutley et.al (2007), Tseng V. (2012) und Weiss C.H. (1999): beziehungsweise auf die neueste Publikation von Vivian Tseng schreibt sie (2012), dass Politik sich auf der Suche nach Antworten oftmals weniger direkt an die Wissenschaftler:innen, sondern eher an sogenannte *trusted peers* oder Mittler wendet, wobei dann die Übersetzung von Wissenschaftssprache in Anwender:innen orientierte Sprache der Schlüssel ist. Auf diese vermittelnde Rolle wird in einem weiteren Kapitel in anderer Form noch eingegangen werden. Zudem wird von diesem Ansatz die Nutzung von Forschung unterteilt in **instrumental** (direkte Beeinflussung der Policy oder von praktischen Entscheidungen durch Forschung), **conceptual** (verstanden in einer quasi erleuchtenden Funktion), **tactical** (Verwendung von Forschung zur Untermauerung der eigenen Position), **imposed** (damit ist gemeint, dass Finanzierung an evidenzbasierte Programme gebunden ist) und **process use** (darunter wird verstanden das von Praktiker:innen Erlernte im Forschungsprozess). Des Weiteren werden sieben unterschiedliche Typen von Evidenz angeführt, diese sind: Forschung, Erfahrung, Zeugnis (*testimony*), Daten, Beispiele, Gesetze/Policy; (Vgl. TSENG, 2012)
 4. *Community Dissonance Theory*: diese wurde eingangs erwähnt und wird weiter unten abermals beschrieben, da sie weiter entwickelt wurde; (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:95 ff.)

Was sagen eigentlich die von ihnen befragten *Policymaker* selber? Wie nutzen diese Forschung? Die von ihnen erhobenen Ergebnisse anhand einer Studie in drei Wellen, bei der in den ersten zwei Wellen 212 sog. *Legislators* (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:385) befragt wurden (die dritte Welle umfasste eine weitere Personengruppe von sogenannten *key informants*, um die Ergebnisse zu bestätigen) inklusive Literaturanalyse werden von Bogenschneider und Corbett in zahlreiche Kategorien unterteilt. Für vorliegende Arbeit wird nur ein Teil in folgender Tabelle erwähnt, der am relevantesten erscheint für die weiteren Ausführungen und Zusammenhänge. Tabelle 1 beschreibt die Ergebnisse aus diesen Erhebungen im Abgleich mit den Vorhersagen aus den diversen Theorien wie Forschung von der Policyebene verwendet wird.

¹ Die Originalpublikation war in den Bibliotheken vergriffen und Online nicht erhältlich als pdf über uaccess, weshalb hier auf die Beschreibung von Bogenschneider und Corbett zurückgegriffen wird.

Tabelle 1: Abgleich Theorie und Aussagen der *Policymaker*

Von Gesetzgebern häufig erwähnt und manchmal von den Theorien vorhergesagt	Andere überzeugen , indem Argumente entwickelt werden, die entweder die eigene Ansicht vertreten, oder für die Antizipation und Gegenargumentation der opponierenden Sichtweise gedacht sind
	Einen größeren Kontext anbieten , um über Themen nachzudenken und aufgeklärtes Verständnis der Komplexität von Themen zu entwickeln
Von Gesetzgebern häufig erwähnt und häufig von den Theorien vorhergesagt	Entwicklung von guter Gesetzgebung und das Verhindern von schlechter Gesetzgebung
	Problemstellungen definieren und Aufmerksamkeit schaffen, weshalb Taten gefordert sind,
Von Gesetzgebern häufig erwähnt und selten von den Theorien vorhergesagt	Andere Schulen/Erziehen („ <i>educating</i> “)
	Verbesserung des Entscheidungsfindungsprozesses , indem Debatten, Dialog, Zusammenarbeit und Kompromisse verbessert werden
	Gewinnen von Vertrauen bei den Kolleg:innen als eine kundige und glaubwürdige Informationsquelle
	Formulieren von wichtigen Fragen für Policy und politische Zwecke (z.B. Fragen zur Information, aber auch bloßstellende Frage bis hin zu Fragen hinter den Kulissen, um eine bessere Gesichtswahrende Formulierung zu erreichen)

Quelle: Datengrundlage BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:101, eigene Darstellung

Ergänzend dazu wird ausgeführt, dass der Dialog sich oftmals in philosophischen oder parteipolitischen Positionen festfährt oder verfängt und Forschungsergebnisse hier helfen können sich in Richtung der Problemlösung zu bewegen. Erwähnt wird zusätzlich die Menge an Regelungen, die es sowohl auf Bundes- wie auf Föderaler Ebene gäbe zu einer Materie, die den Abgeordneten nicht vollständig bekannt sind, da sie keine Fachexperten sind und dies mache den gesamten Prozess zusätzlich schwierig. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:107 f.)

Dieser Einblick in die über 300 Seiten lange und sehr detaillierte Analyse von Bogenschneider und Corbett veranschaulicht, dass Forschungsergebnisse auch – wenn nicht ausschließlich – strategisch eingesetzt werden, um gute Regelungen zu entwickeln.

Anhand der Ergebnisse haben Bogenschneider und Corbett ihren eigenen theoretischen Ansatz weiterentwickelt, und sieben Schlüsselkategorien definiert, wie Forschung von

Policymakern genutzt wird, diesen Rahmen verwenden sie im Anschluss für die weitere Analyse, es handelt sich um folgende:

Position shifting: Einsatz der Forschung zur Entwicklung der eigenen Position;

Allocation shifting: Forschung wird eingesetzt, um über die politische und wirtschaftliche Machbarkeit der Verteilung öffentlicher Ressourcen zu entscheiden;

Tactics shifting: Verwendung von Forschung für die Umsetzungstaktik, um das eigene legislative Ziel zu erreichen;

Solutions shifting: Einsatz von Forschung, nachdem die *Policy*-Ziele vereinbart wurden, um Entscheidungen zwischen den vorhandenen Alternativen zu treffen;

Agenda shifting: Verwendung von Forschung, um neue Themen auf die *Policy*-Agenda zu setzen oder die Reihenfolge dieser zu stören;

Framework shifting: Nutzung von Forschung, um Bewusstsein zu schaffen und bestehende Denkmuster, das Verständnis von Themen oder Entscheidungen zu hinterfragen;

Awareness shifting: tritt ein, wenn Forschungsergebnisse gänzlich neue Ideen oder Themen ans Licht bringen, die zuvor nicht im öffentlichen Diskurs standen; (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:120)

Diese Aufzählung ist jedoch nur ein Teil dessen, wie oder wofür Forschung von *Policymakern* eingesetzt werden kann, in dieser Aufzählung stehen Themen, *Policy* und das Ende eines Prozesses im Fokus. Das Ziel ist ein Ergebnis zu erreichen. Gleichzeitig jedoch haben Bogenschneider und Corbett den Einsatz von Forschungsergebnissen auch in anderen – teilweise in der oberen Tabelle bereits angedeuteten – Kontexten herausarbeiten können, die als vielleicht humanistische Ergänzung verstanden werden können. Diese sind das Überreden bzw. Überzeugen des Anderen vom eigenen Standpunkt, das Schulen der Anderen, indem das Thema erläutert wird, das Stellen von Fragen, das Gewinnen von Vertrauen, den Dialog fördern, sowie ein umfassendes und tiefergehendes Verständnis fördern. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:123 f.)

Eine der erwähnten Herausforderung sind die weiter oben angesprochenen unterschiedlichen Welten der Gruppen, die bei näherer Analyse ergeben, dass es sich sowohl bei Forschenden als auch bei *Policymakern* um keine homogenen Gruppen handelt. Innerhalb dieser Oberbegriffe bestehen höchst unterschiedlichen weitere Unterkategorien, die alle in ihren „kulturellen Eintöpfen“ bestehend aus institutionellen und professionellen Elementen [Anmerkung: gemeint sind Verhaltensmuster und Einstellungen, die vom Beruf oder der Institution geprägt sind] wie auch Glaubenssätzen, Werten, Veranlagungen und Wahrnehmungen zusammengesetzt, auf Inseln nebeneinander leben.

In diesem Kontext unterstellt die von Bogenschneider und Corbett entwickelte *Community Dissonance Theory* nun weiter, dass die Vernachlässigung der Verwendung von Forschung dem Mangel an Kommunikation der vielen Untergruppen oder Unterkategorien zu zuschreiben ist, da diese bevorzugt in ihren eigenen (Fach-)Gemeinschaften bleiben. Aufgrund

dieses umgangssprachlich ausgedrückt „Schmoren im eigenen Saft“ kommt es über die diversen (Unter-)Gruppen hinweg zu Missverständnissen oder verwirrenden Signalen. Vieles davon fußt auf unterschiedlichen Kulturen, aber auch unterschiedlichen Zielrichtungen bzw. Aufgaben. Diese Trennung beginnt mit der Ausbildung – was nicht vergessen werden sollte – und wird in der Wahl des Arbeitgebenden, des Wohnortes usw. fortgesetzt, was die Verfasserin an die Beschreibungen von Pierre Bourdieu der französischen Gesellschaft aus ihrer Studienzeit erinnert. Zudem herrscht auch die Annahme vor, wonach die Welt von allen gleich – nämlich wie man sie selbst sieht – wahrgenommen würde. Aus diesem Grund wurde für die Benennung der Theorie auch der Begriff Dissonanz gewählt, da es sich nicht um einen Konflikt handelt, und es auch kein Getrennt sein gibt. Viel eher handelt es sich, um einen Mangel an gemeinsamer Ausrichtung, man fährt schlichtweg aneinander vorbei. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:161 ff.)

Nachdem nun dargelegt wurde wie Forschung von der Policy Ebene genutzt wird und was die teilweise systemischen Herausforderungen sind, analysieren² Bogenschneider und Corbett (2021) auch die Erfolgsfaktoren von gelungener Einbindung von Forschung in den *Policyprozess*.

Zum Einstieg sei noch dargestellt welche unterschiedliche Methoden die Autor:innen als nützlich empfehlen für *evidence based policymaking*:

Ethnographische Forschung: diese hat jene Gruppen im Fokus, die oftmals übersehen und nicht ausreichend angesprochen werden, und im täglichen Leben zahlreiche Hürden zu überwinden haben aber auch über Stärken verfügen; für Österreich könnte dies auf vulnerable oder marginalisierte Gruppen bzw. jene mit Migrationshintergrund angewendet werden.

Angewandte Policy-Forschung: diese Forschungsart geht über die Wissensschaffung hinaus, und zielt darauf ab ein tatsächliches Verständnis von Themen zu schaffen mit denen *Policymaker* konfrontiert sind;

Metaanalysen: die überblicksmäßige Darstellung bzw. Analyse von zahlreichen, vielleicht auch widersprüchlichen Studien kann hilfreich sein für die Rahmenentwicklung von Policy oder deren verbesserter Anwendung.

Nutzen-Kosten-Analysen: darin werden Programme anhand des pro-Kopf Nutzens und den Steueraufwendungen und evtl. anderen Betroffenen (z.B. Opfern) berechnet.

Programmevaluation: dient der Identifizierung effektiver Antworten auf gesellschaftliche Probleme. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:236)

Diese Systematisierung von Forschungsmethoden und deren Anwendung bzw. Nutzen für die *Policyebene* ist recht hilfreich, denn ein psychosoziales Lagebild könnte mit den ersten beiden Methoden verbunden werden und würden daraus konkrete Maßnahmen erforderlich werden, könnten diese durch die Kosten-Nutzen-Analyse gestützt werden.

² Selbstverständlich werden auch andere Aspekte näher untersucht, z.B. wie Forschende von *Policymakern* wahrgenommen werden und umgekehrt. Das Eingehen darauf würde jedoch den Rahmen vorliegender Arbeit sprengen. Daher wird nur auf jene Elemente eingegangen, die für die weitere Anwendung sinnvoll erscheinen.

Nachdem nun dargelegt wurde, dass Forschung von *Policy* genutzt wird und auch wofür bzw. wie diese eingesetzt wird, führt der nächste Schritt zu der Beschreibung erfolgreicher Wissenschafts- bzw. Forschungsvermittlung. Hierzu sind auf Basis empirischer Evidenz einige Variablen, die zur Forschungsvermittlung beitragen, die aus diversen Studien dieses Forschungszweiges aus diversen Disziplinen zusammen getragen wurden von Bogenschneider und Corbett (2021), wie folgt angeführt.

Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen und wie *Policymaker* diese finden können.

Zugehörigkeit der Vermittler:in, hier geht es einerseits um die Vermittlung durch eine unparteiische Person, oder dem Einklang von Werten und Ideologie zwischen *Policymaker* und dem Informationslieferant:innen;

Anwendung auf jene Themen, die für Policymaker interessant sind, in anderen Worten sollte nur jene Forschung präsentiert werden, um die sich die *Policymaker* tatsächlich kümmern.

Engagement im Forschungsprozess, manche *Policymaker* investieren tatsächlich in Ergebnisse.

Wissen über den Policyprozess, dies richtet sich an die Wissenschaft, die Wissenschaftler:innen sollten Kenntnis über den *Policyprozess* haben und die Akteur:innen.

Unparteiische Informationsquelle, im Gegensatz zum Punkt weiter oben, ist hier die eigentliche Information gemeint, die frei jeglicher eigenen Agenda sein sollte.

Geschichten und Anekdoten, hier bestätigt sich, dass Inhalte am besten mit Geschichten verknüpft werden, die einen berühren und die man sich leicht merkt und weitergeben kann.

Aber auch **Präsentationen**, die in klarer und präziser Sprache Ergebnisse kommuniziert.

Beziehung zwischen research producer und consumer, hier ist von Vorteil bereits auf ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können.

Die **Zeit** ist ein wesentlicher Faktor, idealerweise sollten Ergebnisse dann verfügbar sein, wenn die *Policyebene* sie benötigt.

Art und Zugang der Organisation, darunter wird verstanden, dass es ausreichend interne Unterstützung geben sollte bei der Verteilung von unparteiischer Analyse.

Verwendung von Wirtschaftsindikatoren, das Einsehen, dass Maßnahmen oder Programm Steuergeld kosten und diese gut dargestellt und begründet sein müssen. Dies könnte zu einer höheren Interdisziplinarität beitragen, was Wissenschaft allgemein stärker zusammenbringen würde. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:259)

Diese erläuterten Variablen sezieren in gewisser Weise bis in die zwischenmenschliche und kommunikative Ebene hinunter, was es braucht, um gehört und ernst genommen zu werden. Diese Variablen gepaart mit den von Bogenschneider und Corbett (2021) durchgeführten Untersuchungen bringen einen nützlichen Ablaufplan hervor, wie *Policymaker* eingebunden

werden können, manche Punkte muten aus Sicht der Verfasserin banal an, es sind jedoch oft diese, die Vorhaben zum Scheitern bringen. Für die Wissenschaftler:innen, die sich bzw. ihre Forschungsergebnisse in den *Policyprozess* einbringen möchten, ist die genaue Analyse des Gegenübers ausschlaggebend. Auf der Ebene des Individuums, sollten Forschende in Erfahrung bringen wer genau die *Policymaker* sind, die angesprochen werden müssen und deren Interessen und Fragestellungen recherchieren sowie den ersten Schritt zur Kontaktaufnahme setzen. Die Person sollte aber als Teil ihrer Institution begriffen werden, daher ist auch die Auseinandersetzung und Kenntnis mit dem *Policyprozess* von Bedeutung, und der Identifikation von jenen Themen bei denen Forschung am wichtigsten ist. Und sofern es der Forschungsbetrieb zulässt, sollte auch Forschung durchgeführt und vermittelt werden, die für die *Policy* Ebene relevant ist. Als dritter Bereich, der im Vorfeld durch interessierte Forschende zu betrachten ist, ist die kulturelle Einbettung. Dazu gehört, dass die Hinwendung zur *Policy* Ebene nicht unbedingt als Verteilung von Ergebnissen begriffen wird, sondern als die Entwicklung einer Beziehung mit dieser. Die umfasst auch herauszufinden, welcher der beste Weg oder beste Kanal ist, über den Wissenschaft der „Zielperson“ vermittelt werden kann. Eine grundlegende Entscheidung, der Bogenschneider und Corbett (2021) am Ende ein eigenes Kapitel widmen, ist, ob man *Policymaker* als **Fürsprecher:in für ein Thema oder als Lehrend:er („educator“)** ansprechen möchte. Beachtenswert ist auch der Hinweis, dass Forschende Respekt für das Wissen und die Expertise des *Policymakers* haben sollten; nachdem sich das Buch vorwiegend an die Wissenschaftswelt richtet und in einem Kapitel auch über Vorurteile von Wissenschaftler:innen über *Policymaker* geschrieben wird, macht dieser Hinweis aber durchwegs Sinn. Schließlich die Erkenntnis, dass man bei der Definition von Erfolg im Engagement auf Policy Ebene geduldig sein sollte. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:261)

Dieser Schritt für Schritt Leitfaden sowie die grundlegende Entscheidung, als was tritt man auf – als Fürsprecher:in oder Lehrend:er – sollte der Wissenschaftswelt zur Hilfestellung gereichen. Hinsichtlich der Entscheidung als was treten Forschende auf, wird von diesen eine intensive Selbstreflexion der eigenen Arbeit und der eigenen Motivation erfordern, um dem Anliegen gerecht zu werden.

Abschließend zwei Zitate, die einen Hinweis geben, was aus Sicht dieses Beitrags und des nächsten in der Zukunft gebraucht wird.

*“Perhaps we need **novel new strategies** to add to the knowledge base around evaluating efforts to **communicate research to policymakers**. We suggest bringing together (a) **knowledge brokers** who have the experience and expertise to bring research to the attention of policymakers, (b) **policymakers who are in the best to know how they access and use research in their decisions**, and (c) **researchers, who can envision the next generation of evaluation methods for a policy context**.”*(BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:231)

*“Evidence-based policy needs **richer conceptual frameworks** if it to help address the most pressing problems of our ages.”* (PABST, 2021:90)

Auch in Österreich wurde ein erster Schritt gesetzt hin zu einem Weg der evidenzbasierten Politik, als am 01.02.2023 von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Leopoldina die sogenannten „Wiener Thesen“ veröffentlicht wurden. Sie beschreiben auf drei Seiten wie – nach Ansicht der beiden Institutionen – Wissenschaft und Politik zusammenarbeiten können. Die 9 Thesen reflektieren auf die Corona Pandemie und umfassend folgende Empfehlungen:

1. **Wissenschaft soll in der Beratung von Politik und Gesellschaft als „ehrlicher Makler“ agieren:** Ziel ist es „Entscheidungsalternativen und Wahlmöglichkeiten auf Basis wissenschaftlicher Evidenz aufzuzeigen“ und gleichzeitig wird auch anerkannt, dass Politik ihre Entscheidung nicht nur aufgrund von Daten trifft, sondern auch auf Basis von konkurrierenden Werten und Interessen. (ÖAW UND LEOPOLDINA, 2023:1)
2. **Wissenschaft soll informieren, nicht legitimieren:** dazu zählt auch, dass hinsichtlich der wissenschaftlichen Grundlagen oder Expertisen, die für die Entscheidungsfindung herangezogen wurden, die Politik transparent macht, um welche es sich gehandelt hat.
3. **Problem und Problem-Framing müssen hinterfragt werden:** zum besseren Verständnis wird hier das Beispiel der Corona Pandemie erwähnt, wonach es als alleinige Gesundheitskrise betrachtet werden kann, oder als vernetzte Krise, die andere Lebensbereiche umfasst.
4. **Interdisziplinäre Zusammenarbeit verlangt Mut zu Konflikten.**
5. **Konsens unter Fachleuten ist kein Selbstzweck:** diese These dürfte eindeutig den Pandemie-Erfahrungen entspringen, denn wenn es keine ausreichende Faktenlage gibt, müssen unterschiedliche Szenarien bzw. Einschätzungen in strukturierter Form dargelegt werden.
6. **Wissenschaft sollte den Herstellungsprozess von Expertise transparent machen:** dies könnte auch im Kontext von Bogenschneider und Corbett (2021) weitergedacht werden, dass die Analyse weshalb Maßnahmen in dem einen Kontext funktionieren und in dem anderen nicht, einer Analyse bedarf.
7. **Wissenschaftskommunikation sollte sich auch auf Beratungsprozesse erstrecken:** Ziel ist auch hier gegenüber der Bevölkerung Transparenz zu zeigen und das Verständnis dafür zu stärken.
8. **Wissenschaftsakademien wissen, wer wirklich Expertise hat.**
9. **Akademien sollen Foren kritischer Wissenschaftsreflexion sein.** (Vgl. ÖAW UND LEOPOLDINA, 2023)

Ange­sicht der zuvor dargelegten theoreti­schen An­sätze und An­alysen des *evidence based policy making* können diese 9 The­sen tat­säch­lich als er­ster Schritt in eine evi­denzba­sierte Po­litik und auch Krisenbewäl­ti­gung be­trach­tet wer­den, wo­bei hier auch auf die Pra­xiser­fah­rung nicht ver­ges­sen wer­den soll­te, wie sich fol­gende durch die Kritik zeig­en wird.

2.1.1 Kritik des evidenzbasierten Ansatzes und Lücken im Bevölkerungsschutz

Der An­satz ist nicht ohne Kritik ge­blie­ben, es fol­gen zwei Bei­träge, die einen Ein­blick in die Kritik­landschaft ge­ben; so gibt Adrian Pabst (2021) in sei­nem Bei­trag *Rethinking Evidence-*

based policy zu bedenken, dass die diversen Finanzkrisen und die Covid-19 Pandemie ungewisse („*uncertain*“ im Original) Ereignisse waren, die die Welt in eine radikale Ungewissheit („*uncertainty*“) gestürzt hätten. Obwohl Beides für Fachleute absehbar und wahrscheinlich war, wurde die tatsächliche Wahrscheinlichkeit ignoriert von der Mehrheitsgesellschaft. Anschließend daran tritt er dafür ein, dass *Policymaker* sinnstiftende Narrative bräuchten, die auch unabhängig von Daten sein dürften, denn gute Entscheidungsfindung braucht einen robusten konzeptuellen Rahmen. So brauchen transformative *Policies* nicht nur Narrative, auf denen die Überredungsmacht aufbaut, sondern auch Theorien und Konzepte wie empirische Evidenz. (PABST, 2021:86)

Pabst (2021) anerkennt auch Erfolge, die durch *evidence based policy* erreicht wurden, wie beispielsweise das unter dem ehemaligen US-Präsidenten Obama populär gewordene sogenannte „*Nudging*“, verkürzt gesagt das „An stupsen“ zu sozial oder staatlich gewünschtem Verhalten. Dazu wurde im Cabinet Office sogar ein eigenes sogenanntes *Behavioural Insights Team* (BIT) eingerichtet, welches Möglichkeiten der Verhaltensänderung durch – eben – *Nudging* untersuchen sollte; damit sollten Strafen oder Verbote vermieden werden. Als konkrete Beispiele für den Erfolg von *Nudging* führt Pabst z.B. diverse Strategien im Kontext der individuellen Steuerausgleiche an. (PABST, 2021:87 f.)

Auch wenn diese Ansätze oftmals – aber nicht immer – den gewünschten Erfolg bringen, erkennt er ein fundamentales Problem mit *evidence based policy*, aber noch mehr mit dem Spezialgebiet des *behaviour science-based policy*. Eines der Probleme wurde indirekt weiter oben bereits erwähnt: die Anwendung, denn die Evidenz sei komplex und anfechtbar und somit beschränkt in der Anwendung. Aus diesem Grund schlussfolgert Pabst (2021) kann es dazu kommen, dass Evidenz nur selektiv von *Policymakern* angewandt werde. Eine weitere Schwäche erkennt Pabst (2021) in der Wiederholbarkeit, denn ein Programm oder eine Lösung, die in einem Setting funktioniere, bedeute nicht, dass auch in anderen zum gewünschten Ergebnis führt. Schließlich führt er – den aus seiner Sicht wichtigsten Fehler an – nämlich das blinde Vertrauen in Messungen und Forschung, welche die Erfahrung von Praktiker:innen, die über zahlreiche Sorgen, Nöte und Bedürfnisse der Bürger:innen besser Auskunft geben können, ignoriert. (PABST, 2021:88) Kurz gesagt: „*Decisions should be made by people who actually know what’s going on.*“ (PABST, 2021:89) Trotz der Kritik ist Pabst der Ansicht, dass beide Ansätze, Theorien, Evidenz und Praxis zusammenspielen müssten, um gute Entscheidung zu treffen und öffentliche Politik zu verbessern. Und weiter *Policymaking* sollte weniger in Silos stattfinden, sondern sich einen holistischeren Ansatz aneignen, der Wirtschaft, Kultur, Geografie, Demographie und die soziale Klasse zusammenbringt. (Vgl. PABST, 2021:89)

Evidenzbasierte *Policy* bzw. Planung hat in Großbritannien eine längere Tradition, hatte aber laut Davoudi (2012) nicht immer den gewünschten Erfolg. Sie führt das auf ein falsches Verständnis von Forschungsevidenz, die als linear und utilitaristisch angesehen wird, zurück. So kann Evidenz in zweierlei Hinsicht genutzt werden, als Instrument oder im Sinne einer – wie sie es bezeichnet – Erleuchtung. Ersteres wird als problematisch gewertet, denn sie geht

von direkter Kommunikation zwischen Forschenden und *Policymaker* sowie einer klaren Linearität aus, wie bereits angeführt. Zudem ist sie von Schnelligkeit getrieben und das neue Lemma ist „*What matters is what works.*“. (DAVOUDI, 2012:15) Dieses instrumentelle Modell achtet aber nicht auf die Umstände, weshalb Dinge funktionieren siehe auch Pabst (2021). Ein Problem, welches in der britischen Forschungswelt dadurch entstand, war dass sich Forschungsinstitutionen nicht mehr dem widmeten, was nützlich ist, sondern sich auf Nutzbares fokussierten. Gleichsam wurde – so zitiert Davoudi – bereits in den 1970er Jahren festgehalten, dass das Problem von Forschung für die Policy Ebene darin liegt, dass sie hochgradig selektiv, wenn nicht opportunistisch ist. (DAVOUDI, 2012:15)

Die zweite von Davoudi (2012) beschriebene Tendenz wie Forschung genutzt wird, ist jene, welches sie *Enlightenment Model* nennt; die Vorteile treten hier erst langsam zu Tage und es handelt sich mehr um eine grundlegende Aufklärung – vielleicht auch im Sinne der Bildung – der Policy Ebene als deren einfache Versorgung mit Daten und Fakten. Der Schwerpunkt liegt hier auf *evidence-informed policy*. (DAVOUDI, 2012:16) In Folge dieser Beschreibung bedauert sie, dass die aktuelle politische Ebene die utilitaristische Sichtweise bzw. Anwendung bevorzugt. Wobei dieser Ansatz auch dazu führe, dass *Policy* angelehnt an Ball mehr einer Bastelei gleiche und angelehnt an John Maynard Keynes zu viele Daten den Prozess der Entscheidungsfindung verkompliziere und erschwere. (DAVOUDI, 2012:18 f.)

Tatsächlich ist zu hinterfragen, ob es nicht notwendig wäre grundlegende Entwicklungen aus gesellschaftspolitischen oder psychosozialen Ebenen in ihren Grundlagen, Treibern, Hindernissen etc. als Ganzes zu begreifen samt deren Bedeutung und Auswirkungen bevor man die *Policy* Ebene mit Daten- oder Informationshäppchen versorgt. Insofern versteht sich ein psychosoziales Lagebild auch eher in der Tradition des *Enlightenment Model*, jedoch mit Ergänzungen in Richtung Zahlen und Fakten.

Nachdem des Öfteren auf Daten und Faktenlagen verwiesen wurde, sei erwähnt, dass hinsichtlich der Datenlage im Bevölkerungsschutz in Deutschland Weichselgartner und Karutz (2016) bemängeln, dass diese in vielen Bereich zu Wünschen übrigen lassen. Bei Entscheidungen würde oftmals auf Erfahrung und weniger auf tatsächliche Fakten zurückgegriffen. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass „*Fakten und Daten erst in Information überführt werden müssen*“, damit ihre Bedeutung nicht nur erkannt und bewertet werden könne sondern auch verinnerlicht würde. (WEICHSELGARTNER UND KARUTZ, 2016:71) Insofern wäre es überlegenswert zu untersuchen, wie die Erfahrungen aus dem angloamerikanischen Bereich zur evidenzbasierten Politikgestaltung, aber auch zur Planung auf der einen Seite und die mangelhafte Datenlage im deutschsprachigen Raum, hier für eine sinnvolle und nützliche Weiterentwicklung genutzt werden könnten; ohne jene „Fehler“ zu wiederholen, die im angloamerikanischen Raum bereits gemacht wurden.

2.2. Psychosoziales Krisenmanagement

In der bisherigen Lehre wird psychosoziales Krisenmanagement als das Einbeziehen des „*unterschiedliche[n] Erleben[s] und Verhalten[s] von Einzelpersonen sowie (Teil-)Gruppen der Bevölkerung in Prozesse der Konzeptentwicklung und Entscheidungsfindung des Krisenmanagements*“ verstanden. (HELMERICHs et al., 2016:285) Im Fokus dieser Definition bzw. des Ansatzes wird später klar, stehen örtlich und zeitlich begrenzte Räume. Hierzu werden Erkenntnisse aus der Katastrophensoziologie herangezogen. Eines der bekannteren Elemente bildet die psychosoziale Notfallversorgung, die unmittelbar von einer Katastrophe Betroffene im Fokus hat, wie auch Einsatzkräfte, die in der Bewältigung tätig sind und ebenso mit traumatischen Erlebnissen konfrontiert sind. Das psychosoziale Lagebild wie sie es verstehen umfasst *“alle Informationen zum Verhalten der direkt und indirekt Betroffenen sowie zu deren psychosozialen Bedürfnissen und Hilfebedarf.”* (HELMERICHs et al., 2016:294) Hierzu bedarf es auch der Information über die Sozialstruktur der betroffenen Region, vulnerable Bevölkerungsgruppen, sowie vorhandene Potentiale an Hilfsbereitschaft. Sie empfehlen auch die Einrichtung solcher Lagebilder bei Großveranstaltungen. (Vgl. HELMERICHs et al., 2016) Von dieser Forderung ist es eigentlich kein großer Schritt auf nationaler Ebene eine solche Einrichtung dauerhaft aufzubauen, denn während ein regionaler Überblick dieser Kategorien wahrscheinlich schnell erstellt ist, wäre es national eine wesentlich größere Aufgabe.

Für die Integration von psychosozialen Lagebildern in Krisenstäben nennen die Autor:innen zwei primäre Herausforderungen, einerseits den Mangel an wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen zum Bevölkerungsverhalten und andererseits die Annahme, dass innerhalb der Krisenstäbe falsche Annahmen über das Bevölkerungsverhalten dominieren würden. (HELMERICHs et al., 2016:294)

Für die Erhebung der psychosozialen Lage in Katastrophengebieten gibt es zahlreiche Toolkits, die weiter oben erwähnt wurden und von internationalen Organisationen wie WHO, UNICEF, IASC, IFRC entwickelt wurden und angewandt werden. Ein Überblick findet sich im Internet. (MHPSS MPSP, 2023) Kernelemente sind Erhebung des humanitären Kontextes, die Gruppe oder der Bevölkerungsteil, der im Fokus steht, Erhebung bestehender Maßnahmen im beispielsweise Mental Health Bereich, und mehr.

Vorliegende Arbeit möchte darüber hinaus gehen und das psychosoziale Lagebild als allgemeines Instrument im gesamten Katastrophenmanagementzyklus begreifen, aber auch als Werkzeug für Krisenlagen, die nicht klassische Katastrophen betreffen, wie Wirtschaftskrisen. Denn bei langandauernden Krisen- und Katastrophenlagen bedarf es eines Punktes zu dem verglichen wird, um die tatsächlichen Veränderungen und Bedarfe erfassen zu können. Ebenso spielt die räumliche Ausdehnung – das gesamte Bundesgebiet – sowie der zeitliche Aspekt – langandauernd – eine bedeutende Rolle, die einen anderen Ansatz erfordert als psychosoziale Lagebilder, die auf Einzelereignisse ausgerichtet sind. Zudem ist ein wesentlicher Unterschied zu den humanitären Toolkits, dass es dort ein „innen“ und ein

„außen“ gibt, darunter wird verstanden, dass z.B. das Flüchtlingslager oder das Erdbebengebiet mit humanitärer Hilfe von außen unterstützt werden kann. Während dies im Pandemiefall anders gelagert ist.

2.2.1 Grundlegende politikwissenschaftliche Analyse zum Staatlichen Pandemie-Krisenmanagement

Ein grundlegender Umstand, der einleitend außer Streit gestellt werden möchte ist jener, dass *„staatliche Institutionen und ihre Akteure eine Schutz- und Sicherheitsfunktion für das Gemeinwesen wahrzunehmen haben“*. (SCHRÖTER, 2022:539) Trotz aller technologischen Fortschritte, die es seit den großen Pandemien – Pest oder Spanische Grippe – gab, sind die Maßnahmen jedoch damals wie heute die gleichen geblieben, sie umfassen intensivere Hygiene, Isolation, sowie Mobilitäts- und Kontaktbeschränkungen, um die Ansteckungsgefahr möglichst gering zu halten. (Vgl. SCHRÖTER, 2022:540)

Die besondere Herausforderung bei der Bekämpfung der Covid-19 Pandemie war, dass es sich um eine *„schleichende Katastrophe“* (SCHRÖTER, 2022:542) handelt, da ihre Entwicklung exponentiell verläuft und meist zu spät erkannt wird, zudem ist für deren Bekämpfung die aktive Mitwirkung der gesamten Bevölkerung erforderlich und nicht nur von Einsatzkräften wie z.B. bei einem Brand.

Dies sind massive gesellschaftliche Einschnitte, die – vermutlich – heute in einer Zeit der unvergleichlichen Freiheiten und Individualität wesentlich schwere wiegen als vor 100 oder mehr Jahren, als auch die Mobilität nicht so ausgeprägt und für die meisten Bevölkerungsschichten lebbar war wie heute. Diese bürgerlichen Freiheiten stehen somit in grundsätzlichem Konflikt mit den notwendigen pandemiebekämpfenden Maßnahmen und sind der grundsätzliche Anknüpfungspunkt für Systemkritik. Verstärkt wird diese Kritik durch die nicht gleiche Betroffenheit der Bevölkerung und der damit einhergehenden fast erzwungenen Solidarisierung mit den gefährdeten Gruppen. Daher schwindet im Laufe der Zeit auch die Motivation die als große Belastung empfundene Einschränkung zu unterstützen für eine abstrakte Bedrohung, die vorwiegend andere, aber nicht einen selbst betrifft. (Vgl. SCHRÖTER, 2022:543)

Neben Solidarität sind zwei weitere Aspekte von hoher Relevanz, einerseits *„die Bereitschaft staatlichen Regulierungen – auch ohne starkem Kontrolldruck – zu folgen“* und andererseits das Vertrauen in die anderen Mitglieder der Gesellschaft, dass diese sich an die Vorgaben halten. (SCHRÖTER, 2022:544)

Gesellschaftliche Faktoren, die zu berücksichtigen sind, sind einerseits die Verortung der Gesellschaft zwischen den Polen *„Individualität“* und *„Kollektivismus“*, was in starkem Zusammenhang mit der Regelbefolgung steht und der Frage der gesellschaftlichen Heterogenität, die wiederum unterschiedliche Akzeptanzniveaus bei den Corona-Regeln bedingt bis hin zu Spaltung und Leugnung im negativen extrem. Bedeutsam ist in diesem Kontext auch das *„Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen und der Wissenschaft sowie die Haltung gegenüber Rechtsgütern“*, sowie die Ausgestaltung von konformistischen Werten.

(SCHRÖTER, 2022:546) Zu einem ähnlichen Schluss kommt Boccara (2014) in seiner Untersuchung der Demonstrationsbewegungen und gesellschaftlichen Krisen in der ersten Hälfte der 2010er Jahre. Er bemerkt in seiner Einleitung, dass man weltweit beobachten könne, wie bedingt durch diverse Entwicklungen und Krisen ähnliche psychosoziale Dynamiken entstehen, die, um ihre Ängste zu bekämpfen, individuelle oder Gruppengrenzen enger ziehen bis hin zum Kippen in den Extremismus und diese durch Zeiten großer Unsicherheit bestärkt werden. (Vgl. BOCCARA, 2014:3) Globale Krisen – wie die vergangene Covid-19 Pandemie – können hier zusätzlich beschleunigend wirken. Verwiesen sei auf die Demonstrationswellen 2021. Passend dazu folgende Beobachtung, dass wenn Identitäten unter Druck geraten oder als bedroht wahrgenommen werden, Menschen entsprechend reagieren und dies zu einem bedeutenden psychosozialen Mechanismus führt, der jene kollektiven Verteidigungsmechanismen aktiviert, die zu einer Rückentwicklung führen. (BOCCARA, 2014:19) Auch dies kann auf die Entwicklungen während der Corona Pandemie bestätigt werden.

Neben den erwähnten gesellschaftlichen Aspekten im Krisenmanagement, konkret in der Pandemiebewältigung spielt so Schröter auch ein Dreiklang der Handlungsmöglichkeiten von staatlicher Seite stark in die Bewältigung mit hinein, diese sind

1. **Motiv:** ist die grundlegende Legitimation, um die Intervention zu rechtfertigen;
2. **Gelegenheit:** umfasst die Autonomie staatlicher Strukturen gegenüber gesellschaftlichen Kräften handeln zu können, indem beispielsweise effektive Maßnahmen gesetzt werden;
3. **Möglichkeit:** bezieht sich auf die dafür vielfältige Notwendigkeit an Ressourcen, egal ob finanziell oder personell. (SCHRÖTER, 2022:547)

In diesem Zusammenhang hält Schröter fest, dass „*zentristische Parteien und eine geringe Polarisierung des Parteiensystems*“ prinzipiell dazu beitragen „*für die Krisenpolitik eine robuste Unterstützungskoalition zu bilden*“. (SCHRÖTER, 2022:548)

Welche Policy-Instrumente stehen dem Staat nun zur Pandemiebewältigung zur Verfügung? An erster Stelle stehen Information und Überzeugung, der Staat steht im Zentrum und ist „*Dreh- und Angelpunkt der Informationsgewinnung und -Verbreitung*“ (SCHRÖTER, 2022:549); diese dienen als Grundlage für Verhaltensempfehlungen und weiter gehende Regelungen. An zweiter Stelle stehen die staatliche Autorität per se und deren Möglichkeit über Regulierung, sei es durch Gebote, Verbote, Empfehlungen, Strafen usw. Dies birgt jedoch auch die Gefahr des Widerstandes, dessen Intensität sich nach der Stärke der Regulierung richtet. (SCHRÖTER, 2022:552) Das dritte Instrument sind finanzielle Anreize und Unterstützungen, in Form von Steuererleichterungen oder Förderungen bzw. Subventionen. (SCHRÖTER, 2022:553) Diese können aber nicht nur als das System stützende Maßnahme interpretiert werden, sondern auch als Klientelpolitik. (SCHRÖTER, 2022:559) Das vierte Instrument sind Organisation und „*technical fixes*“, darunter sind jene Maßnahmen wie Testmöglichkeiten, Impfungen etc. zu verstehen. (SCHRÖTER, 2022:555)

Anschließend an die Aufzählung dieser Typologie empfiehlt Schröter für die Analyse die Einordnung der Pandemiemaßnahmen auch durch diese politikwissenschaftliche Brille zu

betrachten, weil dadurch besser erkennbar wird „*welchen Auseinandersetzungen ein bestimmtes Staatshandeln im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ausgesetzt sein wird*“. (SCHRÖTER, 2022:556) Diese Aussage weist auf eine hohe Komplexität im staatlichen Pandemiemanagement hin, der nicht nur allein auf deren Bekämpfung ausgerichtet ist, sondern komplexere politische Abwägungen mit einbeziehen muss.

Abschließend konstatiert Schrötter, dass „*[B]edingt durch die vorherrschenden politischen Anreizstrukturen sind wirtschaftlich hochentwickelte Demokratien westlicher Prägung aus systemischen Gründen daher tendenziell nicht in der Lage [sind], eine Pandemie-Politik zu entwickeln, die den Infektionsschutz priorisieren und zugleich politisch und finanziell nachhaltig ist. Die Hoffnung richtet sich deshalb vor allem darauf, die Krise mithilfe pharmakologischer Interventionen möglichst schnell beenden und zu einem Status quo ante zurückkehren zu können.*“ (SCHRÖTER, 2022:562)

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Zinn (2021) in seinem Beitrag zur Soziologie der Pandemie; hinsichtlich des Risikomanagements zu Beginn der Pandemie vergleicht er die Reaktion europäischer Länder mit jener Taiwans, welches bereits 2003 Erfahrungen mit SARS sammeln konnte, und sehr früh Maßnahmen ergriffen hatte. Hier merkt er an, dass es zwar gut ist Entscheidungen auf wissenschaftlicher Grundlage zu treffen, aber wenn diese zu lange braucht, um erarbeitet zu werden, ist ein vorbeugender Zugang eventuell sinnvoller. (ZINN, 2021:608) Dieser Gedanke lässt sich als Brücke zwischen den Anforderungen des *evidence based policymaking* einerseits und dem Entscheiden aus Erfahrung heraus ohne stabile Grundlage entstehen. Denn im Falle einer Pandemie gibt Nicht-Handeln dem Virus Zeit sich weiter zu verbreiten. Entscheidend ist hier der Umgang mit einem Mangel an Wissen, geht man proaktiv oder zögerlich um. (ZINN, 2021:609)

2.3. Interessensvertretung in Österreich

Aus politikwissenschaftlicher Sicht handelt es bei der potenziellen Anwendung eines psychosozialen Lagebildes, um die Erhebung und die Rücksichtnahme auf Bedürfnisse von Teilen der (oder der gesamten) Bevölkerung bzw. um deren Durchsetzung. Dies kann auch als Vertretung von Interessen über die Erhebung von Daten eingestuft werden. Daher ist es notwendig auf die Organisation der Interessenvertretung in Österreich in der gebotenen Kürze einzugehen, um den größeren Kontext darzustellen, in dem eine solche „neue“ Interessenserhebung und -vertretung eingebettet wäre.

Vorausschickend ist festzuhalten, dass es in Österreich trotz der Vielfalt an Interessensvertretungen staatliche Institutionen gibt, die auf Grundlage gesetzlicher Rahmen jene Gesetze und Verordnungen erlassen, die unser Zusammenleben regeln.

Für Österreich hält Gottweis (1997) in seinem Beitrag fest, dass Österreich in sozialen und politischen Entwicklungen im Vergleich zu anderen westlichen Ländern hinterhergehint ist. Dies ist einerseits auf die relativ schlechte Zugänglichkeit zum politischen System zurückzuführen, die für Kleinparteien relativ hohe Hürden vorsieht. Aber auch eine politische Kultur, die geprägt durch zahlreiche traumatische Ereignisse aus der ersten Hälfte des 20.

Jahrhunderts, „*einen deutlichen Hang zur Vermeidung von Konflikten und eine starke Neigung zur Integration*“ hat. (GOTTWEIS, 1997:344)

Aufgrund dieser Analyse ist es nicht verwunderlich, wenn die zu regelnden Inhalte und Prozesse durchwegs einem etablierten politischen Prozess obliegen, der durch Diskurs, Verhandlung, Kompromissfindung und eventuell auch Einflussnahmen durch betroffene Interessensgruppen mit-/gestaltet sein kann.

Interessengruppen und Interessenvermittlung ist in Österreich aufgrund der tiefen historischen Spaltung (zusammenhängend mit den erwähnten traumatischen Ereignissen) grob gesagt in ein katholisches-bürgerliches und ein sozialdemokratisch-säkulares Lager geteilt. Entlang dieser beiden Lager entstanden zahlreiche Parallelstrukturen mit ähnlichen Interessen, aber unterschiedlichen politischen Weltanschauungen, z.B. Naturfreunde gegenüber Alpenverein. Und beide wurden staatlich gefördert. Hinzu kommt eine enge Vernetzung von staatlichen Strukturen, Parteien und Wirtschaft, wobei letzteres aus der Gesamtheit aus Interessen der Wirtschaftstreibenden aber auch der Arbeitnehmer:innen (inkl. Angestellten) umfasst. Diese Strukturen werden ergänzt durch die Organisation in Sport- und Kulturvereinen, religiöse Vereine, Automobil-, Spar- und Gartenvereine und ähnliches. Insofern sind die Chancen in Österreich gut, „dass Bürger sich in Vereinen und Verbänden zusammenschließen“. (ARMINGEON, 2017:290) Parallel dazu entstanden auch Interessensgruppen mit konkreten sozialpolitischen Anliegen wie Frauenbewegung, Umweltschutzgruppen, Tierschutz usw.

Eine Besonderheit so Armingeon ist die hohe Anzahl von Parteimitgliedschaften in Österreich. (ARMINGEON, 2017:292) und später schreibt er recht klar, dass Verbandsmitgliedschaften „*für das politische System wichtig sind, weil Verbände Interessen artikulieren und Einfluss auf die staatliche Politik nehmen*“. (ARMINGEON, 2017:293) Ebenso gäbe es im Vergleich zu den Nachbarländern keine bemerkenswerte Abweichung bei der verbindlichen Durchdringung der Gesellschaft. (ARMINGEON, 2017:294)

In diesem Kontext ist die Sozialpartnerschaft zu erwähnen, in ihrem Beitrag „Unternehmerverbände“ zum Kapitel Sozialpartnerschaft, Verbände und Wirtschaftsmacht, halten Traxler und Zeiner (1997) fest, dass im Hinblick auf Unternehmerverbände „*jede Interessenorganisation [ist] ein mehrdimensionaler Prozeß*“ ist und weiter sind „*Interessen immer in einem spezifischen gesellschaftlichen Kontext eingebettet*“ (TRAXLER UND ZEINER, 1997:371). Gleichzeitig ist auch festzuhalten, dass ab Mitte der 80er Jahren die Bedeutung nachließ, dieser Bedeutungsverlust beschleunigte sich durch die damalige blau-schwarze Regierungskoalition ab 2000. In den 2000er Jahren begannen neue Akteure in der Politikgestaltung Fuß zu fassen und Gehör zu finden, dazu zählen Think Tanks, Politikberater:innen und Lobbyistin:innen. (ARMINGEON, 2017:306 f) Und dies ist der gesellschaftliche Raum, in dem ein psychosoziales Bild angesiedelt sein könnte und wo sich dessen Ergebnisse behaupten müssten.

Aufgrund der oben erwähnten historischen Entwicklung entlang von zwei Lagern sowie des Zusammenwirkens von Parteien, Wirtschaft, Industrie, Berufsvertretungen, NGOs, Vereine, Sozialpartnerschaft, Arbeitnehmer:innenverbände, verstaatlichte Industrie, sind über die Zeit hinweg starke Verflechtung von Wirtschaft- und politischen Interessen entstanden, die teilweise auch in Personalunionen erkennbar sind. Der politische Einfluss, der diese

gesellschaftliche Landschaft in Lager organisiert, kann als Proporz bezeichnet werden. (Vgl. KARAZMAN-MORAWETZ UND PLESCHIUTSCHNIG, 1997)

Eine für die vorliegende Arbeit relevante Erkenntnis findet sich bei Armingeon (2017), als er treffend festhält, dass gesellschaftliche Gruppen wie Kranke, Rentner oder Hausfrauen schlecht organisierbar wären, denn ihnen fehlt das ausschlaggebende Kriterium, sie verfügen über keinerlei Ressource als Druckmittel. Wenn Studenten oder Hausfrauen streiken, wird dies weder das wirtschaftliche noch das politische Gefüge stören. (ARMINGEON, 2017:294) Im Rahmen dieser Erkenntnis muss auch gefragt werden, ob und wie ein psychosoziales Lagebild seitens Politik ernst genommen werden würde und zu entsprechenden Maßnahmen führen könnte.

Zu Fragen ist zweierlei, einerseits, ob die über ein psychosoziales Lagebild erhobenen Bedürfnisse oder Mängel, die es zu bekämpfen gälte, ohne Druckmittel erfüllt werden könnten. Aber auch zweitens, ob der nächste Schritt in dieser Entwicklung, weg von konkreten z.B. Berufsinteressen hin zur Erfüllung und Berücksichtigung psychosozialer Grundbedürfnisse nicht der nächste Schritt in der staatlichen Entwicklung wäre.

2.4. Krisenkommunikation

Krisenkommunikation umfasst alle Elemente der Kommunikation in der Krise, sei es die notwendigen Abstimmungsprozesse der beteiligten Organisationen oder die Kommunikation auf politisch-administrativer Ebene hin zu Medien und Bevölkerung. Das Ziel ist jedoch nicht nur die Information an sich, sondern auch die Deeskalation, um einer Verschärfung der bestehenden Situation zu vermeiden und Ressourcen nicht unnötig zu belasten. An Bedeutung gewinnt auch die Einbeziehung der Bevölkerung, um die Lage, die getroffenen Entscheidungen besser zu verstehen und damit auch eigenes – möglicherweise gefordertes – Verhalten anpassen zu können. (Vgl. GREENEN, 2016:306)

2.4.1. Krisenkommunikation im Gesundheitsbereich

Eine Untersuchung der Krisenkommunikation im Gesundheitsbereich nehmen Winter und Rösner (2019) in ihrem Buchbeitrag vor, der vor der Covid-19 Pandemie erschien. Nach einer kurzen Zusammenfassung der behördlichen Kommunikation in Deutschland in Folge des EHEC-Ausbruches 2011 erläutern sie zwei gängige Krisenkommunikationsmodelle, einerseits jene des Zentrums für Krankheitskontrolle und Prävention (CDC) in den USA, nämlich das *Crisis and Emergency Risk Communication Model* mit seinen 5 Phasen. Andererseits die *Situational Crisis Communication Theory* nach W. Timothy Coombs, welche Krisen in zwei Kategorien unterscheidet, die für die weitere Kommunikation ausschlaggebend sind, nämlich eine Krise ohne klare bzw. geringer Schuldzuweisung (z.B. Naturkatastrophe) und jene, die auf Fehlverhalten zurück geht oder vermeidbar gewesen wäre. (Vgl. WINTER UND RÖSNER, 2019)

In einem weiteren Schritt untersuchen sie Kanäle und Quellen der Krisenkommunikation und kommen zu dem Schluss, dass Behörden auch in Sozialen Medien aktiv werden müssten, auch wenn der Umgang mit negativen Nutzer:innenkommentaren eine Herausforderung darstellen

könnte. Auch sie betonen die Bedeutung, dass *„Informationen wahrheitsgemäß an die Öffentlichkeit weiterzugeben“* (WINTER UND RÖSNER, 2019:427) sind.

In ihren Handlungsempfehlungen erwähnen sie auch deren Anwendbarkeit für Epidemien und Pandemien; darin halten sie als oberstes Ziel fest die Bevölkerung zu schützen; und dazu müsse Information umfassend bereitgestellt werden. Auch das Thema der Unsicherheit sprechen sie an, welches von den Kommunikatoren nicht nur akzeptiert, sondern auch an die Öffentlichkeit weitergegeben werden müsse. Sie raten explizit davon ab dem paternalistischen Prinzip zu folgen, *„nach dem Entscheidungen für die Bevölkerung getroffen werden, und gegenteilige Informationen (oder Unkenntnis) zurückgehalten werden“* (WINTER UND RÖSNER, 2019:429). Sie trauen der Bevölkerung den Umgang mit Unsicherheit aber auch Risiken sehr wohl zu und sehen hier sogar eine Möglichkeit der Vertrauensstärkung. Schließlich verweisen auch sie auf die Notwendigkeit der guten Vorbereitung auf solche Krisen aus kommunikativer Perspektive. Gleichzeitig empfehlen sie Medien und die Öffentlichkeit nicht als Gegner:in, der/ die unangenehme Fragen stelle, zu sehen, sondern als Partner:in mit Informationsbedarf. (Vgl. WINTER UND RÖSNER, 2019:430)

Konkrete Erfahrungen und eine Evaluation der Kommunikation während pandemischen Ereignissen untersuchen Michelle Driedger et. al (2018) in ihrer Studie. Darin analysieren sie das Kommunikationsverhalten der kanadischen Behörden während der H1N1 Pandemie im Vergleich zum dortigen SARS Ausbruch 2003 anhand von qualitativen Expert:inneninterviews mit hochrangigen Vertreter:innen aus den Gesundheitsbehörden, aber auch Fokusgruppen aus der Bevölkerung. Sie konstatieren, dass in Folge der misslungenen Krisenkommunikation während dem SARS Ausbruch Pläne erarbeitet wurden, die auch ein eigenes Kommunikationskapitel umfassen, dieses aber trotzdem nicht den erwarteten Erfolg gebracht hatte. (Vgl. MICHELLE DRIEDGER et al., 2018)

Sie loben zwar, dass während der H1N1 Pandemie die Behörden sehr viel Wert auf Transparenz gelegt haben, diese aber einen unerwünschten Effekt hatte, sie stiftete Verwirrung und löste eine negative Meinung hinsichtlich der Performance der Behörden aus. Zudem litt die den Behörden zugeschriebene Kompetenz, gleichzeitig und interessanterweise das Vertrauen aber nicht. Es scheint, als ob man den Behörden nicht viel zutraut, aber da sie sich bemühen und transparent sind, vertraut man ihnen. (MICHELLE DRIEDGER et al., 2018:14) Aufgrund der teilweise unverständlichen Botschaften griffen die Personen auf ihr eigenes Wissensreservoir zu Grippe zurück und zogen darauf Schlüsse für ihr eigenes Verhalten.

Eine wichtige Erkenntnis der Autor:innen ist, dass die Kommunikation von Unsicherheit bzw. Ungewissheit („uncertainty“) ein konstantes Element im Kommunikationsverlauf bleiben sollte, ebenso der Hinweis der konstanten Weiterentwicklung von Information bzw. eigentlich wissenschaftlicher Erkenntnisse. Und sie empfehlen weiterhin möglichst transparent zu bleiben. (MICHELLE DRIEDGER et al., 2018:16)

Im Verlauf der Pandemie wurde diese immer wieder als eine tiefe Kränkung des Mensch-seins bezeichnet, da sie eine Beleidigung für die Menschheit als sogenannte Krone der Schöpfung symbolisierte. Ähnlich drückt es auch Greenen (2016) aus, als sie meint, dass Krisen *„das Vertrauen in die eigene Kultur, in die Beherrschbarkeit von Risiken“* (GREENEN, 2016:307) erschüttern. Und solche Krisen bedürfen einer besonders intensiven Kommunikation, denn

diese stiftet auch Sinn und erlaubt die Einbettung der Realität in den kulturellen Kontext. (Vgl. GREENEN, 2016) Ausschlaggebend ist zudem alle Menschen zu erreichen, Vertrauen zu bilden und abweichende Narrative oder gar Verschwörungserzählungen zu unterbinden von Gegner:innen oder Leugner:innen hinten zu halten. (GREENEN, 2016:309)

Nun ist die Entwicklung einer konsistenten strategischen Kommunikation für den Pandemiefall schwierig, da alle modernen politisch-administrativen Systeme – mehr oder weniger stark ausgeprägt – (vertikal und horizontal) differenzierte oder interessenspolitischen Lagern verantwortlich sind. Eine weitere nicht zu unterschätzende Ebene in der Kommunikation. Hinzukommt, dass es in pluralistischen Demokratien nicht nur vielfältige „Sender:innen“ von Botschaften gibt. Vielmehr sind auch die „Empfänger:innen“ – gerade in heterogenen Gesellschaften – hochgradig differenziert, weshalb besonderer Aufwand nötig ist, die verschiedenen Zielgruppen überhaupt zu erreichen. Pandemien sind zudem dynamische Ereignisse, die in zeitlicher und örtlicher Hinsicht veränderte Botschaften nötig machen. (SCHRÖTER, 2022:550)

Aus Forscher:innen Sicht beschreiben Bicher et al. (2022) in ihrem Paper einerseits die Entwicklungen, aber auch die Zusammenführung ihrer diversen Covid-19 Prognosemodelle, um abgestimmte Prognosen an die Policy Ebene zu liefern, wofür sie im Laufe der Zeit auch eigene Formate entwickelt haben mit verständlichen visuellen Elementen, die sich als hilfreich in der Kommunikation erwiesen haben, erinnert sei an den Erfolgsfaktor der bedarfsorientierten Informationsaufbereitung bei Bogenschneider und Corbett (2021). Sie konstatieren aber auch, dass es sehr schwierig ist an *Policymaker* wie auch an nicht Fachexperten zu kommunizieren, was der Unterschied ist zwischen einer Prognose mit einem definierten Level an Sicherheit (*certainty*) und einem hypothetischen „*was wäre, wenn Szenario*“. (BICHER et al., 2022:8) Dabei erwähnen sie das Beispiel Großbritannien, wo das Imperial College letzteres kommuniziert hatte. Zudem konnte man im Verlauf der Pandemie eine Zunahme an Variablen erkennen, die es zuvor nicht in dem Ausmaß gegeben hatte und für die Prognosemodelle auch nicht berücksichtigt hatte, wodurch die Glaubwürdigkeit im Endeffekt litt, bis diese erkannt und eingebaut worden waren. Schließlich sei auch darauf hingewiesen, dass die Modelle nur so gut sein können wie die ihnen zu Grunde liegende Daten. Letzten Endes empfehlen sie anderen Modellier:innen extrem vorsichtig zu sein in der Kommunikation, vor allem bei sehr spekulativen Szenarien gegenüber Politiker:innen und der Öffentlichkeit. Kurzfristige Modelle können jedoch in der Maßnahmensetzung oder deren Lockerung wohl von Nutzen sein. (BICHER et al., 2022:9)

Daran anschließend muss festgehalten werden, dass die Wirkweise von Krisenkommunikation auch mit dem persönlichen Bildungsgrad, wobei ein höherer Bildungsgrad nicht automatisch einen höheren Grad an Maßnahmenbefolgung impliziert hat. Auch hinsichtlich des Grades der Gesundheitskompetenz, wurde beispielsweise in Deutschland erhoben, je geringer die Gesundheitskompetenz, umso geringer wurde das Gefühl von Informiertheit berichtet. (Vgl. SKODA et al., 2021) Die Informiertheit bzw. eine hohe Informiertheit kann in zwei Richtungen ausschlagen, sie kann zu einem höheren Grad an Distresserleben führen oder mit weniger generalisierter Angst einher gehen. Auch in Bezug auf die eigene Einschätzung zu sterben oder

sich zu infizieren wurden beinahe widersprüchliche Entwicklungen beobachtet: ersteres wurde anhaltend höher eingeschätzt, als die Zahlen es nahelegten, aber die Wahrscheinlichkeit sich zu infizieren wurde trotz steigender Fallzahlen als geringer eingeschätzt. (Vgl. SKODA et al., 2021) Diese Erhebung könnten als Argument für die Etablierung eines psychosozialen Lagebildes gewertet werden, denn bei systematischer Erhebung und Beobachtung wäre die Adaption der Kommunikation gezielt möglich.

2.4.2 Krisenkommunikation und psychosoziale Aspekte in der Covid 19 Pandemie

Schon zu Beginn der Pandemie haben zahlreiche Vertreter:innen des gesamten sozialwissenschaftlichen Spektrums durch Publikationen ihren Beitrag zur Pandemiebekämpfung geleistet, in dem sie den damals aktuellen Wissensstand zu psychosozialen Aspekten, Anforderungen an die Verhaltensänderung und Kommunikation im Hinblick auf die Pandemie zusammen fassten und veröffentlichten. Eine recht früh erschienene - Mai 2020 – Publikation stammt von Bavel et.al (2020) und befasst sich mit der Anwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen aus den Sozial- und Verhaltenswissenschaften zur Unterstützung der Covid-19 Bekämpfung. Ziel ihres Beitrages war es *Policymaker*, Staatenlenker:innen sowie die Öffentlichkeit zu informieren wie dieser Herausforderung in unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten begegnet werden kann.

Eingangs widmen sie sich dem Angstgefühl, welches eine natürliche Reaktion auf eine neue Bedrohung darstellt, wobei das Appellieren an die Angst unterschiedliche Reaktionen hervorrufen kann, von starken Verhaltensänderungen bis hin zu defensiven Reaktionen; ein weiteres Risiko besteht im sogenannten „*optimism bias*“, wonach schlechte Dinge anderen passieren aber nicht einem selbst, diesen gilt es in der Kommunikation zu durchbrechen. (BAVEL et al., 2020:461) Ein wesentliches Element in der Bewertung von Information bzw. in der Kosten-Nutzen-Analyse sind Emotionen, hier ist es sinnvoll nicht nur negativ zu berichten, im Sinne der Infektions- und Todeszahlen, sondern auch positiv z.B. hinsichtlich der Genesenen, damit Risiken besser eingeschätzt werden können und negative Berichterstattung nicht zu gänzlicher Ablehnung führt. Ergänzend zum Themenkomplex der Angst wird auch das Thema der Diskriminierung („Wuhan Virus“) und Panik (z.B.: leere Supermarktregale) erwähnt, ersteres kann gezielt durch internationale Kooperation gekontert werden und bei zweiterem sollte auf eine Panik erzeugende Sprache verzichtet werden. (BAVEL et al., 2020:462)

Ein wesentliches Element ist der soziale Kontext, in dem die Pandemiebekämpfung geschieht, so schärfen soziale Normen das, was andere tun oder nicht tun sollten, was erlaubt oder verpönt ist. Eine Erkenntnis ist, dass Menschen dazu tendieren gesundheitsförderndes Verhalten zu unterschätzen (Hände waschen) und gesundheitsschädliches Verhalten zu überschätzen. Diesbezüglich wird erwähnt, dass es sinnvoll ist Verhaltensänderungen – z.B. regelmäßiges Händewaschen – durch Vorbilder zu befördern, indem Multiplikatoren dies propagieren. (BAVEL et al., 2020:463)

Soziale Ungleichheit ist ein Faktor, der die Pandemiebewältigung verlangsamen kann, da die davon betroffenen Menschen nicht über jene Ressourcen – z.B. fließendes Wasser fürs Händewaschen, Möglichkeiten des Home Office, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel statt privat PKW etc. – verfügen, über die – zumindest im globalen Norden – eine gewisse Mehrheit

verfügt. Zudem verfügen sie – je nach Land – evtl. nicht über den gleichen Zugang zum Gesundheitssystem wie die Mehrheit oder jene, die es sich leisten können. In diesen Schichten oder Gemeinschaften lässt sich tendenziell ein größeres Misstrauen gegenüber sozialen bzw. Gesundheitseinrichtungen finden, weshalb sie oftmals empfänglicher für Fake News sind. Diese Gruppen müssen gezielt angesprochen werden. (BAVEL et al., 2020:463)

Kultur wird von den Autor:innen in zweierlei Ausprägung erwähnt, einerseits jene Kulturen westlicher Ausprägung, die als unabhängig und eher Individualistisch bezeichnet werden, gegenüber jenen innerhalb der Gesellschaft eine größere Abhängigkeit aufweisen und eine stärkere Orientierung zum Kollektiv aufweisen. Generell gesagt werden höhere Ansteckungswahrscheinlichkeiten mit ersterer kultureller Ausprägung verbunden. Eine weitere Dimension ist die gesellschaftliche Enge vs. Lockerheit, gemeint ist, dass engere Gesellschaften über engere soziale Normen mit Strafen für abweichendes Verhalten verfügen; dies kann auch durch wiederkehrende historische Erfahrungen im Zusammenhang mit Naturgefahren, Invasionen etc. sein. Während lockere Kulturen, die evtl. Freiheit vor Sicherheit priorisieren sich in der Pandemiebekämpfung größeren Herausforderungen gegenübersehen. (BAVEL et al., 2020:463 f.) Kultur ist aber auch in einem anderen Kontext wie Zinn (2021) beschreibt ausschlaggebend, denn Entscheidungen können nicht losgelöst vom religiös-kulturellen Hintergrund gesehen werden, der oftmals einen hohen Druck ausübt, um Rituale, Zeremonie, Feste trotz nötiger einschneidender Maßnahmen, ausüben zu dürfen. So haben manche Länder – wie China – große Feste abgesagt, während andere – z.B. Indien – dies nicht taten, auch in Österreich wurde der Lockdown Ende 2020 gleichsam unterbrochen, um Weihnachtsfeiern (legal) zu ermöglichen. (ZINN, 2021:607)

Auch die politische Polarisierung, die vor allem ab Herbst 2020 stärker sichtbar wurde in Österreich, wird von den Autor:innen erkannt bzw. vorhergesagt und angesprochen. In diesem Zusammenhang betrachten sie es als dringend notwendig Desinformation und Fake News zu bekämpfen. In diesem Kontext wird auch die Schwierigkeit für die Bevölkerung erwähnt Desinformation von wissenschaftlicher Kommunikation zu unterscheiden. Viel Raum wird den Verschwörungsmythen und Fake News eingeräumt, dieses daran glauben wird unter anderem darauf zurückgeführt, wenn wichtige psychologische Bedürfnisse nicht erfüllt werden. Diese Mythen können schädliche Auswirkungen haben und werden in Verbindung gebracht mit Impfzögerlichkeit, Klimawandelleugnung, extremen politischen Ansichten und Vorurteilen. Die Bekämpfung dieser Verschwörungsmythen stellt eine größere Herausforderung dar, da sich die Anhänger:innen in sogenannten Echo-Kammern befinden und kaum erreichbar sind für andere Information. (BAVEL et al., 2020:464)

In der Kommunikationswissenschaft wurde erforscht wie bzw. wann Quellen als glaubwürdig empfunden werden, und Personen sich somit von diesen überzeugen lassen. Diese glaubwürdigen Personen müssen nicht unbedingt Expert:innen sein, sondern können auch religiöse Anführer:innen sein, wie Beispiele aus dem Ebola Kontext bekannt. Abseits der glaubwürdigen Quelle sollte die Botschaft auch in einen effektiven kulturellen Kontext eingebettet werden, dazu zählt beispielsweise der Appell an den Schutz anderer, die Ausrichtung an moralischen Werten und sozialen Konsens und ähnliches. (BAVEL et al., 2020:465)

Die Pandemiebekämpfung erfordert das Ausrichten von individuellen und kollektiven Interessen, dazu gehören Themen wie das Null-Summen-Spiel, moralische Entscheidungen und Kooperation, zu letzteres gibt es einige Forschungsergebnisse, die unter anderem zeigen, dass Kooperation dann gut funktioniert, wenn man glaubt, dass andere auch kooperieren, denn Kooperation bedeutet auch, dass man eigene Interessen zurücksteckt bzw. „Kosten trägt“, um andere zu bevorzugen. (BAVEL et al., 2020:465) Seitens der Entscheidungstragenden erfordert eine solche Krise auch Leadership, damit einher gehen Vertrauen und Compliance, denn vertraut man den Gesundheitsbehörden, dann ist man auch eher gewillt den Anweisungen zu folgen. (BAVEL et al., 2020:466)

Schließlich widmet sich das Thema auch der Bedeutung von Stress und dem Umgang damit, denn dieser wird vor allem durch die ständige Angst einer möglichen Infektion bzw. wirtschaftlichen Schwierigkeiten befördert. Zudem sind die erforderlichen Isolierungsmaßnahmen ein zusätzlicher Stressfaktor, diese können durch diverse Maßnahmen abgemildert werden, die die heutige Technologie möglich macht, trotzdem fehlt der Kontakt. Gleichzeitig kann die intensive Nähe im gemeinsamen Haushalt über längere Zeit ebenfalls zusätzliches Konfliktpotential entfalten und Beziehung belasten. (BAVEL et al., 2020:466)

Bavel et al. (2020) beschreiben in ihrem eigentlich kurzen Beitrag ein sehr breites Spektrum an psychosozialen Faktoren, die es in der Krisenkommunikation während einer Pandemie zu beachten gilt. Klar wird, dass es kein „one size fits all“ gibt, wie bereits im Kapitel *evidencebased policy making* angesprochen.

Ergänzend soll noch Zinn (2021) angeführt werden, der in seinem Plädoyer für eine Soziologie der Pandemie meint, dass wenn die Prognosen korrekt sind und aufgrund der fortschreitenden Umweltzerstörung Zoonosen zunehmen, wäre es wünschenswert soziale Aspekte gleichwertig in Betracht zu ziehen, wie die technologischen und politischen Werkzeuge in der Krisenbekämpfung. (ZINN, 2021:611) Dazu müsse die Bevölkerung besser verstanden werden, da die Betroffenheit (z.B. Tod), individuelle Lebensumstände etc. sehr unterschiedlich sein können und berücksichtigt werden müssen. In diesen Fällen sind langfristig andauernde Verhaltensänderungen möglich und bleiben bestehen, wenn sie auf eigene Erfahrungen basieren.

In diesem Kontext soll noch – stellvertretend für viele andere polarisierende Themen – in aller Kürze für die Vollständigkeit kurz das Phänomen der Polarisierung beschrieben werden und als konkretes Beispiel auch aufgrund seiner Bedeutung für auch zukünftige Pandemiebewältigung das Thema Impfung, denn hier zeigen die Zahlen, dass auch in Bezug auf andere durch Impfungen vermeidbare Krankheiten, die Impfwilligkeit zurück gegangen ist und dies könnte zu weiteren Herausforderungen führen. (Vgl. FORUM, 2023) (Vgl. WIEDERMANN-SCHMIDT, 2019) Gesellschaftliche Polarisierung wird sowohl als Entwicklung als auch als Endpunkt einer Entwicklung verstanden in der Forschung, und kann je nach wissenschaftlichem Fachgebiet beispielsweise aus einer ökonomischen, ideologischen oder psychologischen Sicht ausgestaltet sein. Gemeinsamkeiten finden sich in der Beobachtung, dass Unterschiede stärker betont werden, eigene Positionen verhärten und es auch zur Herabwürdigung der Gegenseite kommen kann. (Vgl. GANGL et al., 2022)

Die Covid-19 Pandemie wurde von Menschen unterschiedlich erlebt, hatte unterschiedliche Auswirkungen, hat bestehende Herausforderungen verschärft und somit die Lebensrealitäten stärker auseinanderdriften lassen. Folgende Dichotomien können als Beispiele aufgezählt werden: Personen, die gesellschaftlichen Institutionen mehr vertrauen und jene, die das weniger oder nicht tun, Personen, die unter besonders negative finanzielle Folgen leiden gegenüber den sogenannten Krisengewinner:innen; Wissenschaftsgläubige versus Wissenschaftsskeptiker:innen und auch Maßnahmen-/Impfgegner:innen gegenüber jenen, die diese unterstützen. (GANGL et al., 2022:2) Hinsichtlich des letzten Punktes, dem Impfverhalten gibt es bereits ein etabliertes Forschungsgebiet; eines der etablierten Modelle zur Vorhersage des Impfverhaltens, ist das von Betsch et. al (2018) entwickelte 5C Modell; hierbei stehen die Cs für die englischen Begriffe

Confidence: Vertrauen ist hier breit zu verstehen, angefangen von Vertrauen in den Impfstoff, bis hin zum Gesundheitssystem, sowie dem politischen System, welches über die Notwendigkeit der Impfung entscheidet. (BETSCH et al., 2018:5)

Complacency: Selbstzufriedenheit wird hier verstanden als der Mangel an subjektiver Bedrohung durch eine Krankheit bis hin zur Nachlässigkeit; die Impfung wird nicht als präventives Handeln gesehen, dies ist auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen, beispielsweise Mangel an Allgemeinbildung oder Bewusstsein. (BETSCH et al., 2018:5f)

Constraints: Barrieren umfassen sowohl strukturelle (finanzielle Leistbarkeit, geographische Entfernung) als auch psychologische Hindernisse (Verständnis bzw. Gesundheitskompetenz), die einer Impfung im Weg stehen. (BETSCH et al., 2018:6)

Calculation: mit Berechnung ist ein hoher Grad an Informiertheit gemeint, der jedoch sowohl positiv, im Sinne einer wissenschaftlich fundierten Aufklärung sein kann, aber auch negativ im Sinne der Desinformation durch Impfgegner. (BETSCH et al., 2018:6f.)

Collective Responsibility: umfasst den Willen andere zu schützen, indem man sich impfen lässt. (BETSCH et al., 2018:7)

Dieses Modell soll auch bei der Gestaltung zielgruppenspezifischer Impfkampagnen unterstützen, um gezielt eine der 5Cs anzusprechen. Um diesen Ansatz zu testen, wurden drei Studien durchgeführt und es konnte festgestellt werden, dass die Vorhersagen stark von der Impfung an sich abhängen sowie der Risikogruppe und dem Land. So wurden beispielsweise vier der erwähnten Faktoren im Zusammenhang mit der Grippeimpfung bei älteren deutschen Staatsangehörigen gefunden, während in den USA bei Eltern nur eine gefunden wurde, dadurch wird der Eindruck der Komplexität der Impfzögerlichkeit bestärkt. In der Adressierung der Gründe für die Zögerlichkeit muss man jedenfalls über das Vertrauen hinaus gehen und auch einfache Zugänge ermöglichen, Desinformation kontern und durch Information bzw. Gesundheitskompetenz auch das Risikobewusstsein stärken. (BETSCH et al., 2018:22ff)

Dieses Modell veranschaulicht auch die Notwendigkeit der Schaffung eines Grundlagen-Lagebildes im psychosozialen Bereich über diverse Themen hinweg, um zielgruppenorientiert, sei es über spezifische Kommunikationskanäle oder regionale Medien oder religiöse Anführer und ähnliches, Kommunikation betreiben zu können. Hierbei geht es nicht um Manipulation, sondern um das Erreichen der Menschen über ihren bevorzugten und vertrauten Kanal, in ihrer Sprache und wenn möglich zu einer Zeit, bevor sich Meinungen verfestigt haben.

2.5. Projekte und Best Practice

2.5.1. *Best Practice: wissenschaftliche Einbindung in Politik und Krisenmanagement*

Die in Kapitel 2.1 erläuterte *evidence based policy making* beschäftigt sich in erster Linie mit der Anwendung bzw. Nutzung von sozialwissenschaftlicher Forschung in der Ausgestaltung von Politik in sogenannten Friedenszeiten im angelsächsischen Raum. Wobei Bogenschneider und Corbett (2021) auch auf den Nutzen von sogenannten *knowledge brokers* verweisen, wie im Abschlusszitat des entsprechenden Kapitels erwähnt. Im Rahmen einer OECD-Studie wurde untersucht, wie wissenschaftliche Ergebnisse im OECD Raum allgemein Eingang finden und im Besonderen wie Krisenkommunikationsstrukturen beschaffen sind, um im Falle einer Krise möglichst evidenzbasiert handeln zu können und der betroffenen Bevölkerung dies auch verständlich und nachvollziehbar nahe bringen zu können.

2015 zeigte eine veröffentlichte Untersuchung, dass es zum damaligen Zeitpunkt in den Mitgliedsstaaten der OECD unterschiedliche Zugänge gab, um Wissenschaft einzubinden, so wurden auf nationaler Ebene folgende Formen unterschieden:

Wissenschaftliche Politikberatungskomitees oder -räte, die eingerichtet sind, um zu wissenschaftlichen oder technischen Themen Empfehlungen abzugeben. Sie bestehen oftmals in staatlichen Strukturen und sind nicht nur von Vertreter:innen der Wissenschaften besetzt, sondern auch Personen aus den betroffenen Industrien, Zivilgesellschaft und manchmal auch Kabinettsmitglieder. Die Beratung erfolgt hier auf strategischer Politikebene; vor allem von Großbritannien, den USA und Deutschland werden solche Strukturen genutzt, um im Wissenschafts-, Technologie- und Innovationsbereich zu beraten, als Beispiel seien erwähnt die Expertenkommission Forschung und Innovation in Deutschland oder *Prime Minister's Council for Science and Technology* in Großbritannien. (OECD, 2015:14)

Permanente oder ad hoc wissenschaftliche/ technische Beratungsgremien Strukturen bilden die Mehrheit der gefundenen Formen. Sie sind mehrheitlich auf konkrete Themen oder Fragestellungen spezialisiert und von ausgewiesenen Experten besetzt, die in ihrer Funktion tätig sind und nicht die Ursprungsorganisation (z.B. Universitäre Einrichtung etc.) vertreten. Als Beispiel wird seitens OECD Japan erwähnt, welches über einige Tausend solcher Gremien verfügt. Sie sind oftmals damit betraut den konkreten regulatorischen Vorgang zu begleiten. In Krisen- oder Notfallsituationen haben die meisten Staaten vordefinierte Beratungsgremien, die in der Bewältigung hinzugezogen und bei Bedarf erweitert werden können. (OECD, 2015:14)

Akademien, professionelle Gesellschaften und Forschungseinrichtungen, diese Formen haben oftmals kein konkretes Mandat in der Politikberatung, können aber großen Einfluss entwickeln. Der Stellenwert solcher Einrichtungen unterscheidet sich von Land zu Land; sie werden als Großteils unabhängig von Regierungen wahrgenommen, auch wenn sie durch öffentliche Gelder finanziert sind, jedoch garantieren ihre Statuten freie wissenschaftliche Arbeit. Hierzu gehören auch sogenannte Think Tanks, öffentliche und private sonstige Forschungseinrichtungen, die „unabhängige“ (sic!) Policyinformation für Politiker zur Verfügung stellen. (OECD, 2015:15)

Individuelle Beratung erfolgt meistens über (in-)formelle Netzwerke und Strukturen oder konkret beauftragte Personen. Manche OECD-Länder verfügen über einen *Chief Scientific Advisor* (CSA) oder Ähnliches, die Rolle kann auf nationaler Ebene oder innerhalb eines Ministeriums eingesetzt sein. Die Aufgabe ist hier in der Regel definiert als ein Vermittler*in zwischen Forschungs-/Wissenschaftswelt und Regierung. In Krisen- und Notfallsituationen kommt der/dem CSA auch zu als wissenschaftliche:r Regierungssprecher:in zu fungieren. 2014 wurde in Neuseeland das erste globale Treffen der CSAs durchgeführt. (OECD, 2015:14 ff.) Ein konkretes Beispiel für die Implementierung einer solchen Stelle findet sich weiter unten im Beitrag von Dolce und Di Bucci (2015).

Nicht unerwähnt sollen auch internationalen Gremien wie WHO, IPCC, WMO und andere bleiben, die auf breiter wissenschaftlicher Arbeit ihr Policy Empfehlungen an die Staaten der Welt richten.

Einige OECD-Staaten haben eigene Rahmenabläufe entwickelt, wie wissenschaftliche Information zur Unterstützung von evidenzbasierter Regierungstätigkeit bzw. Entscheidungsfindung verwendet werden kann. Großbritannien hat hierzu beispielsweise bereits 1997 eigene Guidelines dafür eingerichtet; oder Australien, welches 2012 die eigenen Informationsprozesse der Öffentlichkeit von wissenschaftlichen Ergebnissen analysierte. Internationale Gremien wie das International Academy Council und das European Academy Science Advisory Council (EASAC) haben ebenso eigene Richtlinien für die Implementierung von wissenschaftlicher Beratung herausgegeben. (OECD, 2015:17)

Abseits der Analyse bestehender Strukturen in den OECD-Staaten wird von der OECD ein Entwicklungsprozess vorgeschlagen, wie solche errichtet werden könnten.

Der erste Schritt besteht in der Formulierung der Frage („*Framing of the question*“).

Die zweite Phase umfasst die Auswahl der Experten, dies beinhaltet die Einbeziehung der „richtigen“ Expert:innen und die Vermeidung von Interessenskonflikten. Hierbei geht es darum vor allem jene Expert:innen zu involvieren, die zu dem definierten Thema bzw. Fragenkomplex über nachgewiesene Expertise verfügen, gleichzeitig sollte auch eine Aufgeschlossenheit gegenüber Expert:innen außerhalb etablierter Institutionen geben. Da nicht immer alle Interessenskonflikte ausgeräumt werden können, soll der Ernennungsprozess transparent gestaltet sein. Wesentliches Element in dieser Phase ist auch die Sicherstellung der Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Berater:innen; hierbei ist im Fokus die Garantie, dass die Wissenschaftler:innen ihre Beratung aus einem fairen, objektiven und unpolitischen Standpunkt heraus erfüllen. Dies bedeutet auch, dass Wissenschaftler:innen, die nicht die politischen Ansichten vertreten, nicht ausgeschlossen werden dürfen. Wissenschaftliche Beratung sollte auf der besten erhältlichen Wissenschaft aufgebaut werden. (OECD, 2015:19)

In der dritten Phase steht der Prozess der Generierung der Beratung im Vordergrund. Einige Aspekte der OECD-Empfehlungen sollen erwähnt werden, wie der Hinweis auf das Zulassen von unterschiedlichen Meinungen, diese Vielfalt muss angemessen behandelt werden. Und unterschiedliche Meinungen können auch aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen und den in Folge erhobenen Daten entstanden sein. Eine Möglichkeit zum Umgang mit solcher Vielfalt ist die Herstellung von Konsens; diese ist laut OECD ohnehin stärker zu fördern, da die steigende Spezialisierung zu einer inneren Entfremdung von verwandten Disziplinen führt. Vor allem jedoch ist eine stärkere Zusammenarbeit von Natur- und Sozialwissenschaften zu

fördern. Wissenschaftliche Beratung führt unweigerlich zu unterschiedlichen Graden an Unsicherheit (Anmerkung: „*uncertainty*“ nicht „*insecurity*“ im Originaltext). Grundsätzlich empfiehlt die OECD hier einen offenen Umgang mit diesen Unsicherheiten und sie auch gezielt gegenüber Entscheidungsträger:innen und Bevölkerung anzusprechen sowie klar zu kommunizieren. Abschließend ist die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit ausschlaggebend, hier geht es vor allem um die Reproduzierbarkeit der Analysen. (OECD, 2015:20 f.)

Als vierte Phase nennt die OECD die Kommunikation und Nutzung der Beratungsergebnisse. Ziel der Wissenschaftskommunikation ist die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses, hierzu gilt es über ausreichend Zeit mit der Policy-Ebene zu verfügen, um einerseits die wissenschaftlichen Ergebnisse verständlich zu erläutern, aber auch deren Bedeutung und potenzielle Auswirkungen darzulegen. Bereits in diesem Bericht hat die OECD festgehalten, dass es essenziell ist in Krisenlagen wie Pandemien rasch mit verfügbaren Erkenntnissen an die Öffentlichkeit zu gehen, um das Vertrauen zu gewinnen und zu halten. Der Kommunikationsprozess kann sich auch über die reine Publikation eines Berichts hinausbewegen. (OECD, 2015:21 f.)

Die fünfte und letzte Phase betrifft die Bewertung der Auswirkungen („*assessing the impact*“); viele der erwähnten Gremien bieten nicht bindende Empfehlungen an. Trotzdem wird es seitens der OECD als wichtig bewertet die Auswirkungen von Empfehlungen ein- bzw. abzuschätzen, obwohl viele der Gremien ihren Arbeitsumfang mit dem Aussprechen von Empfehlungen als beendet erachten. Gleichzeitig sehen manche Gremien ihre Empfehlungen als unbedeutend, wenn deren Auswirkungen als gering eingeschätzt werden. (OECD, 2015:23)

Für Österreich muss Vollständigkeit halber die im Bundeskanzleramt angesiedelte Bioethikkommission erwähnt werden, die den Bundeskanzler im Bereich Bioethik berät.

Eine weitere Möglichkeit wissenschaftliche Erkenntnisse besser in die Entscheidungsebene einzubinden, wurde von zwei Vertreter:innen des italienischen Zivilschutzes in ihrem Beitrag beschrieben, der als Ergänzung bzw. nähere Darstellung noch beschrieben wird. Dieser führt zwischen den politischen Entscheidungstragenden und den Forschenden die Figur der technischen Entscheidungstragenden ein, die als Übersetzer:innen oder Mittler:innen fungieren. Diese technische Entscheidungstragenden sollten über ausreichende wissenschaftliche Hintergrunderfahrung verfügen, um die verfügbaren Daten rasch deuten zu können und sie angemessen der operationalen Ebene zu übersetzen. (Vgl. DOLCE UND DI BUCCI, 2015:215) Sie weisen darauf hin, dass Wissenschaftler:innen und Entscheidungsträger:innen als beinahe konträre Verantwortungsbereiche gesehene wurden. Wobei sie nicht nur das Element der Wahrscheinlichkeiten erwähnen – wie weiter oben bereits angesprochen – sondern auch die Arbeit der Wissenschaft in dem Bereich vorwiegend in der retrospektiven Analyse von Ereignissen verorten, um Modelle für die Zukunft zu entwickeln, während Entscheidungsträger:innen angehalten sind sofort Antworten zu haben. (DOLCE UND DI BUCCI, 2015:213) In ihrem Beitrag strukturieren sie die Arbeit der Krisenbewältigung wie folgt auf und weisen die Aufgaben auch den drei Rollen zu, basierend darauf wurde folgende Tabelle erstellt.

Tabelle 2: Aufgabenverteilung im Krisenmanagement auf die drei Rollen

Aufgabe	Primäre Zuständigkeit	Beteiligung von
Definition des akzeptablen Risikolevels aufgrund der etablierten <i>Policies</i>	Politische Entscheidungstragende	
Quantitative Evaluation des Risikos	Wissenschaftler:innen	Technische Entscheidungstragende als Vermittler:innen
Identifikation spezifischer Aktivitäten, um das Risiko auf ein akzeptables Ausmaß zu senken	Technische Entscheidungstragende	
Evaluation der Kosten und Nutzen der möglichen risikomildernden Aktivität	Wissenschaftler:innen	Zusammenarbeit mit technischen Entscheidungstragenden
Anpassung der am besten passenden technischen Lösung entsprechend den Punkten 1, 3 und 4	Technische Entscheidungstragende ist hier federführend	Politische Entscheidungstragende muss hier Entscheidungen treffen, vor allem bei komplexen Szenarien
Umsetzung der Risikominimierenden Maßnahme	Technische Entscheidungstragende	

Quelle: Datengrundlage von DOLCE UND DI BUCCI, 2015:214, eigene Darstellung

Die Herausforderung für Entscheidungstragende liegt darin „*to balance the actions to be undertaken for a specific risk with the (limited) budget available to mitigate all the different risks affecting a given area, accounting for their respective occurrence probabilities.*“ (DOLCE UND DI BUCCI, 2015:215)

Abschließend weisen Dolce und Di Bucci (2015) auch auf die Rollen der Medien und der Bevölkerung hin, die beide größere Verantwortung tragen sollten. Beide sollten den ihnen zumutbare Beiträge in den diversen Phasen des Katastrophenzyklus leisten

Dieser Überblick sowie das italienische Beispiel zeigen wie Forschung und Evidenz in die Krisenbewältigung eingebunden werden kann.

2.5.2. Überblick psychosoziales Monitoring während Covid-19 in Österreich

Im Laufe der Corona Pandemie wurden diverse Gremien eingesetzt, die unterschiedliche Zugänge hatten, aber alle das Ziel die Politik bzw. Entscheidungstragende zu beraten. Folgende drei seien hier beispielhaft für die unterschiedlichen Formen bzw. Ebenen erwähnt:

„Psychosoziale Gruppen“, die auf Verwaltungsebene entstanden: im Zuge der Arbeit des SKKM Koordinationsstabs Corona im BMI wurde seitens der Verfasserin bereits Ende März 2020 eine Gruppe eingerichtet, die in ihrer ersten Besetzung Vertreter:innen aus den Einsatzorganisationen (BMI, BMLV, BMJ, ÖRK, Feuerwehr) und Expert:innen aus dem psychologischen Bereich umfasste. Ziel war es einerseits besser abzuschätzen wie sich „die Bevölkerung verhalten würde“, aber auch Szenarien zu entwickeln, wie es im bzw. nach dem ersten Lockdown weiter gehen könne und welche Bereiche zuerst geöffnet werden sollten, aber auch welche Herausforderungen auf die Blaulicht- bzw. Einsatzorganisationen zu kämen. Zeitgleich wurde seitens BMSGPK und GÖG eine Gruppe mit ähnlichem Titel eingerichtet, beide Gruppen wurden fusioniert und durch Vertreter:innen aus weiteren Bundesministerien ergänzt; sie wurde „Psychosoziale Gruppe anlässlich Covid-19“ umbenannt. Im Zuge der dort getätigten Arbeiten wurden zahlreiche Papers mit Empfehlungen verfasst und die Idee eines psychosozialen Monitorings basierend auf den Daten bzw. Beobachtungen diverser Helplines in Österreich entwickelt, welches von der GÖG umgesetzt wurde. Als weiteres konkretes Beispiel für die Arbeit bzw. den Output dieser Gruppe sei auf den folgenden Exkurs verwiesen, in dem die psychosozialen Bedürfnispyramide mit dem Katastrophenmanagementkreislauf zusammengeführt wurde. Diese Zusammenführung erlaubt es pro psychosoziale Ebenen die Bedarfe entlang des Katastrophenmanagementkreislaufes nachvollziehbar darzustellen.

Medial bekannt wurden das Austrian Corona Panel Project sowie das Future Operations Board im Bundeskanzleramt.

Für die wissenschaftliche Ebene ist stellvertretende das Austrian Corona Panel Project zu nennen, ein Projekt des *Vienna Center for Electoral Research*, der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Wien. Das Leitungsteam umfasst Lehrende aus unterschiedlichen Fachgebieten: Bernhard Kittel (Wirtschaftssoziologie), Sylvia Kritzinger (Staatswissenschaften), Hajo Boomgaarden (Kommunikationswissenschaften), und Barbara Prainsack (Politikwissenschaften). Bereits im März 2020 konnte es mit einer Stichprobe von 1.500 Personen, die als Panel organisiert zunächst wöchentlich und danach in größeren Abständen teilweise zu gleichen Themen, teilweise zu unterschiedlichen Themen befragt, Ergebnisse präsentieren. Durch die regelmäßige Befragung dieser gleichbleibenden Kohorte zu gleichen Themen, konnten die sich ändernden Einstellungen zu diesen erhoben und dargestellt werden. Die erste Befragung startete am 27. März 2020 und bis Oktober 2022 wurden sogenannte 33 Erhebungswellen durchgeführt. Die Wellen dauerten 3 bis 10 Tage; die Dauer im Median pro Welle lag zwischen 16 und 26 Minuten, interviewte Personen pro Welle lagen zwischen 1328 und 1662, 236 Personen nahmen an allen 33 Erhebungswellen teil. Die Ergebnisse der Befragungen können auf der Projektwebseite abgerufen werden und fanden auch regelmäßig Eingang in die österreichische Medienberichterstattung. Auch seitens des Covid-19 Prognosekonsortiums wurde regelmäßig auf die hier erzielten Ergebnisse verwiesen.(KITTEL et al., 2023)

Aus Sicht der Verfasserin als Schnittstelle von Wissenschaft, Verwaltung und Politik zu begrifen, wurde während der Pandemie im Bundeskanzleramt ein Gremium eingerichtet, welches

Entscheidungstragende auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse in diversen Aspekten der Krisenbewältigung – z.B. Krisenkommunikation – beraten sollte. Dieses Gremium nannte sich Future Operations Plattform und wurde nach Erinnerung der Verfasserin im Laufe des ersten Lockdowns 2020 ins Leben gerufen. Die Plattform ist entlang von 7 Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themenbereichen organisiert und wird von einem Projektbüro und einem Clearing Board begleitet, welches beides auch im Bundeskanzleramt angesiedelt ist. Eine der sieben Arbeitsgruppen tagt zum Themenkomplex Gesellschaft und Psychosoziales und wird von Sylvia Kritzinger und Barbara Schober moderiert. Von diesen Gruppen wurden diverse Expert:innenpapiere veröffentlicht, die noch heute auf der Webseite abrufbar sind.

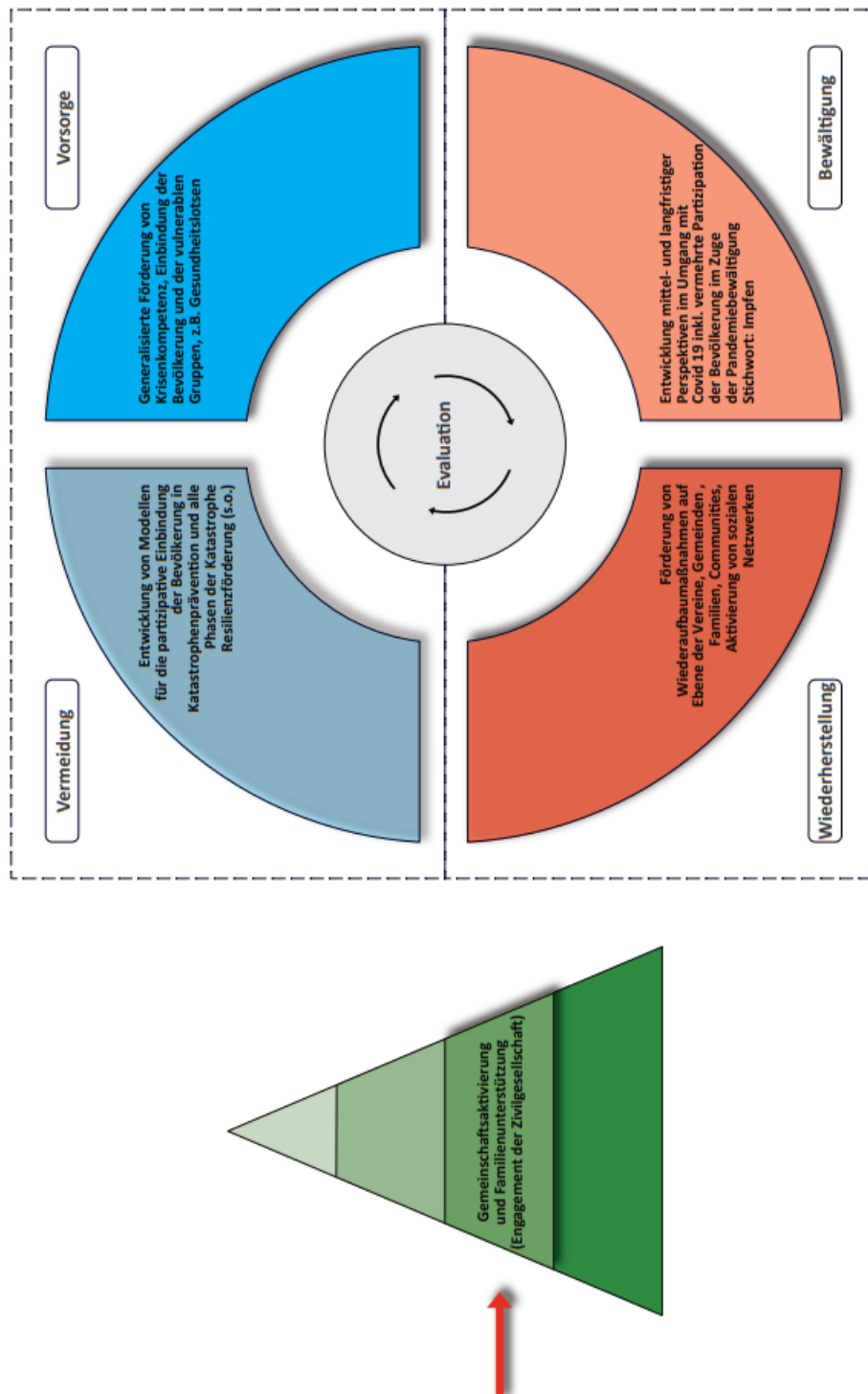
Exkurs: Fusion von psychosozialer Bedürfnispyramide und Katastrophenmanagementzyklus

An dieser Stelle möchte die Verfasserin, wie zuvor angesprochen, die Zusammenführung der psychosozialen Bedürfnispyramide mit dem Katastrophenmanagementzyklus präsentieren, eine Idee, die die Verfasserin nach dem ersten ÖRISK Block im Oktober 2021 hatte und mit Unterstützung von zuerst Barbara Juen und dann den Mitgliedern der „Psychosozialen Gruppe anlässlich Covid-19“ fertig stellen konnte. Der Katastrophenmanagementzyklus umfasst die Phasen von Vermeidung, Vorsorge, Bewältigung und Wiederherstellung, in der Mitte ist das zentrale Element der Evaluierung verankert. Die psychosoziale Pyramide ist in vier Stufen aufgebaut und beschreibt unterschiedliche Bedürfnisebenen: die unterste Ebene, die Basis, umfasst Basisleistungen und soziale Sicherheit, dazu gehören ein Heim, ausreichende Ressourcen zur eigenen bzw. Versorgung der Familie. Die nächste Ebene umfasst die Gemeinschaftsaktivierung und Familienunterstützung, gefolgt von fokussierten nicht-spezialisierter psychosozialer Unterstützung und an der Spitze stehen spezialisierte Hilfestellungen, wie beispielsweise Psychotherapien.

Ziel dieses Zusammenbringens ist es die Bedürfnisseinteilung der psychosozialen Pyramide nach Phasen im Katastrophenmanagementzyklus aufzuschlüsseln, um pro Ebene gezielter Ressourcen einzusetzen und evtl. auch reagieren zu können. Um den Rahmen vorliegender Arbeit nicht zu sprengen, wird von den vier Ebenen lediglich eine anhand der vier Phasen des Zyklus veranschaulicht. Dieses Konzept hat vor allem zum Ziel die Managementebenen, die zwar mit dem Katastrophenmanagementzyklus vertraut ist, aber eventuell nicht so intensiv mit psychosozialen Ansätzen und Konzepten, letztere näher zu bringen anhand eines Ablaufes, den sie kennen. Zudem war die Idee, dass durch diese Struktur finanzielle Ressourcen einerseits nachvollziehbarer beantragt, werden könnten, aber auch die Nachvollziehbarkeit – wann ist was von Nöten besser veranschaulicht werden kann.

Als Beispiel bzw. zur Veranschaulichung wird hier die Ebene der Gemeinschaftsaktivierung dargestellt, um zu beantworten, welche psychosozialen Maßnahmen dieser Ebene in den vier Katastrophenmanagementphasen gesetzt werden können. Sie reichen von präventiven Maßnahmen in der Bewusstseinsbildung bis hin zu konkreten Aktivitäten in der Wiederaufbauphase wie der re-Aktivierung von Vereinsleben. Das Beispiel wurde mit dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie erstellt, dieser Zugang kann jedoch auf weitere Ereignisse angewandt werden.

Abbildung 1: Fusion von Psychosoziale Bedürfnispyramide und Katastrophenmanagementzyklus



Quelle: Datengrundlage Mitglieder der „psychosoziale Gruppe anlässlich Covid-19“, graphische Aufbereitung Nieves Kautny

3. Hypothesen und Forschungsfragen

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass psychosoziale Lagebilder während Krisen und Katastrophen zwar hilfreich wären, dass aber diverse Hindernisse die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik erschweren. Dies beginnt bei der mangelnden sozialwissenschaftliche Datenlage in der Krise aber auch vor der Krise. Des Weiteren sind die Ergebnisse von Politik und Wissenschaft sehr unterschiedlich, während Wissenschaft nicht immer klare Entscheidungen treffen muss und eine gewisse Unschärfe bzw. ein sowohl-als auch bestehen darf, muss die Politik Entscheidungen treffen. Zudem zeigt sich, dass die richtige Kommunikation in der Krise zwar gut erforscht ist, aber nicht befolgt wird und somit nicht alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden und die Compliance wegen dem Vertrauensverlust leidet. Eine Pandemie geht zudem mit besonderen Bedingungen einher, die die Notwendigkeit evidenzbasierter Entscheidungen noch einmal wesentlicher machen. Und gleichzeitig in der ersten Phase, in der kaum Evidenz vorhanden ist es sehr schwierig ist richtige Entscheidungen zu treffen und hier die Erfahrung bzw. umsichtiges Handeln von großer Bedeutung sind. Umso wichtiger ist es die eigene Bevölkerung möglichst gut zu kennen, um ein breit akzeptiertes Krisenmanagement umsetzen zu können und die Compliance aufrecht zu erhalten und auch hier ist gute Angstfreie und ehrliche Kommunikation der Schlüssel. Schließlich wurde in Kapitel 2 hoffentlich nachvollziehbar dargelegt, dass evidenzbasiertes Handeln aufgrund der beschriebenen Analysen Platz bekommen sollte, wie in anderen Staaten westlicher Prägung auch, im sowohl politikgestaltenden Prozess als auch Krisenmanagement.

Die Literatur und das in Österreich getätigte psychosoziale Monitoring zeigen, dass es bereits sehr viele Erkenntnisse und gute Ansätze gibt, diese bedürfen einer Zusammenführung, um ein Gesamtbild zu ergeben.

Aufgrund der beschriebenen Problembereiche macht es Sinn sich noch einmal anhand der in der Covid 19 Pandemie gemachten Erfahrungen folgenden Fragestellungen zuzuwenden.

Frage 1: Welche Rolle spielt evidenzbasierte Forschung und psychosoziale Lagebilder im Speziellen bei der Erstellung von Krisenplänen und im Krisenmanagement?

Hypothese 1:

Die systematische Einrichtung eines psychosozialen Lagebildes in bundesweiten und langandauernden Krisen und Katastrophen würde im Krisenmanagement bei folgenden Fragestellungen hilfreich sein (Vgl. HELMERICHs et al., 2016):

- ✓ Planung von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen des Pandemiemanagement im Sinne von nicht pharmakologischen Interventionen
- ✓ Zur Vorhersage von möglichen Reaktionen der Bevölkerung und *compliance*-förderlichen bzw. -hinderlichen Faktoren (Vgl. auch WINTER UND RÖSNER, 2019)
- ✓ Identifikation von psychisch vulnerablen Gruppen

- ✓ Entwicklung von zielgruppenspezifischen Kommunikationsstrategien und Maßnahmen (Vgl. auch BETSCH et al., 2018)
- ✓ Entwicklung von zielgruppenspezifischen psychosozialen Interventionen auf allen Ebenen der Pyramide (Gliederung nach dem Katastrophenzyklus)

Frage 2: Lassen sich Erkenntnisse aus der Pandemiebewältigung in Österreich für die zukünftige Planung einer psychosozialen Lagebilderstellung nutzen?

Hypothese 2:

Die rückblickende Analyse der Erfahrungen aus der Covid-19 Pandemie liefert wertvolle Erkenntnisse für die zukünftige Erstellung von psychosozialen Lagebildern.

Hypothese 3:

Eine systematische, langfristige und zielgerichtete Erhebung von psychosozialen Basisdaten aus der Bevölkerung mit Fokus auf vulnerable Gruppen liefert entscheidende Informationen zur Erstellung eines psychosozialen Lagebildes in folgender Weise (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021) (Vgl. auch HELMERICHS et al., 2016):

- ✓ Als Baseline für die Feststellung von Verschlechterungen der psychosozialen Lage in bestimmten Bevölkerungsgruppen;
- ✓ Als Indikator für auftretende Probleme in bestimmten Bevölkerungsgruppen vor und unabhängig von auftretenden Katastrophenlagen;
- ✓ Als empirische Basis für die gezielte Erstellung von psychosozialen Lagebildern in verschiedenen Katastrophenszenarien als Basis für gezielte Präventions- und Vorbereitungsmaßnahmen;

4. Methodik

Für die vorliegende Arbeit wurde der Ansatz der qualitativen leitfadengestützten Expert:inneninterviews gewählt. Die Entwicklung des Interviewleitfadens sowie die Auswahl der interviewten Personen verlief beinahe parallel.

Auswahl der Interviewpartner:innen

Aus Sicht der Verfasserin gab es drei Hauptzugänge, die über die Wahl der Personen abgedeckt werden sollten; interviewt werden sollten Personen aus dem Bereich Forschung und Wissenschaft mit Fokus Sozialwissenschaften, die sich während der Corona-Pandemie mit dieser, sei es in Fachgremien oder durch besondere Projekte mit der Thematik näher auseinandergesetzt hatten. Es sollten Personen aus der Verwaltung interviewt werden, die vor allem in höheren Positionen an der Schnittstelle zu Politik bzw. Forschung agieren und daher Einblick in die diversen Gruppen haben. Und schließlich wurde angedacht ehemaliger Politiker:innen zu gewinnen, die aufgrund deren Funktionsendes, dann evtl. offener über das Erlebte sprechen würden, dies gelang durch die Interviews der ehemaligen Minister Anschober (Gesundheit) und Fassmann (Bildung). Auf Empfehlung zweier Interviewter wurde diese Liste durch drei weitere Personen erweitert. Die Personen wurden per E-Mail kontaktiert und es wurde per Mail oder telefonisch ein Termin vereinbart. Ein bis zwei Tage vor dem Termin erhielten die Interviewpartner:innen eine weitere Mail mit einer einseitigen Beschreibung des Masterarbeitsvorhabens sowie der Einverständniserklärung zur Aufnahme und Analyse des Interviews. Somit wurden letztere entweder im Vorfeld bereits per Mail eingescannt zurück übermittelt oder vor Ort unterzeichnet und der Verfasserin übergeben.

Stichprobe

Eine Auflistung der Personen, deren Funktion, während der Covid-19 Pandemie sowie weitere relevante Information findet sich hier in der folgenden Tabelle. Die Interviews wurden im Zeitraum Ende März bis Ende Mai durchgeführt.

Tabelle 3: Übersicht Interviewpartner:innen samt Kerninformation

Interviewte in alphabetischer Reihenfolge	Begründung der Auswahl Dauer und Ort
Anschober, Rudolf	Gesundheitsminister a.D.; zuständiger Amtsträger während der ersten Phasen der Covid-19 Pandemie; Interviewdauer: 32 min. Ort: Kaffeehaus
Fassmann, Heinz	Bildungsminister a.D.; zuständiger Minister während eines Teils der Covid-19 Pandemie Interviewdauer: 31 min. Ort: Büro von Prof. Fassmann

Interviewte in alphabetischer Reihenfolge	Begründung der Auswahl Dauer und Ort
Grabenhofer-Eggerth, Alexander	Leiter der Abteilung psychosoziale Gesundheit in der GÖG, Mitbegründer der „Psychosozialen Gruppe anlässlich Covid-19“ und verantwortlich für das Monitoring Tool; Selbstbezeichnung: Schnittstelle Forschung/Politik Interviewdauer: 51 min. Ort: Büro des Interviewten in der GÖG
Müller, Markus	Rektor der Medizinischen Universität Wien und in den ersten Pandemiemonaten oberster Sanitätsrat; Mitglied von GECKO; Schnittstelle Forschung/Politik Interviewdauer: 33 min. Ort: Büro des Interviewten
Partheymüller, Julia	Senior Scientist am Vienna Center for Electoral Research (Universität Wien), Projektmitarbeiterin des Austrian Corona Panel Projects, GECKO Mitglied; Forschung Dauer: 1h 16min. Ort: Büro der Interviewten
Reich, Katharina	Generaldirektorin für die öffentliche Gesundheit, Leiterin der GECKO, Mitglied der Corona Ampel Kommission; Aspekt: gesundheitliches Krisenmanagement Bundesebene; Schnittstelle Politik und Forschung Dauer: 39 min. Ort: Büro der Interviewten
Rizzoli, Elmar	Leiter des „Tiroler Zentrum für Krisen- und Katastrophenmanagement“, Dauer: ca. 40 min. Ort: Online, aufgrund der Deaktivierung des Aufnahmemodus konnte keine Aufnahme gemacht werden und in Folge keine Transkription angefertigt werden, sondern lediglich eine Mitschrift, in der die Antworten zusammengefasst sind;
Schnakl, Reinhard	Leiter der Direktion Organisation, Ressourcen- und Krisenmanagement im BMI; während der Corona-Pandemie Stellvertretender Einsatzleiter des SKKM Corona Koordinationsstabs; Mitglied in GECKO und der Corona Ampel Kommission; Schnittstelle Politik und Verwaltung Dauer: 48 min. Ort: Büro des Interviewten
Schober, Barbara	Rektorin und Professorin Uni Wien, Fakultät für Psychologie, Bildungspsychologin; zusätzlich während der Corona Pandemie Mitglied im Future Operations Board des Bundeskanzleramtes und im Expertenstab des BMSGPK Dauer: 42 min. Ort: Büro der Interviewten

Quelle: eigene Darstellung

Interviewleitfaden

Die Entwicklung des Interviewleitfadens erfolgte entlang der Fragestellung und den Hypothesen, dabei wurde eine Dreiteilung in Blöcke vorgenommen sowie eine abschließende offene Frage gestellt, sollte die interviewte Person etwas ergänzen wollen, was aus ihrer Sicht relevant war, aber durch die Fragen nicht abgedeckt worden war.

Der erste Block war zum Einstieg gedacht und zur Verortung der interviewten Person, Ziel war die Abfrage von Position, Aufgaben sowie der Einschätzung erster im Kontext Politik, Verwaltung und Forschung; zudem erschien es relevant zu fragen, wie die damalige Zeit erlebt worden war, um die Person gedanklich in dieses Damals hineinzuführen.

Der zweite Block betraf das Lagebild, dabei wurde einerseits gefragt, ob der Begriff bekannt sei und man damit gearbeitet habe, sowie folgend welche Vorstellungen das Gegenüber habe hinsichtlich des psychosozialen Lagebildes. Es folgten weitere tiefergehende Fragen, um auch zu erheben, welche konkreten Elemente Eingang finden müssten oder wo die beste Einrichtung wäre dafür. Dieser Block wurde häufig angepasst, um entsprechend des interviewten Gegenübers weitere Fragen z.B. aus dem Bereich Bildung zu erhalten.

Der dritte Block umfasste Fragen zu Kommunikation, Grund dafür war, dass dieser Punkt oftmals kritisiert worden war während der Pandemie, da sie nicht entsprechen den Expert:innenempfehlungen durchgeführt worden war. In diesem Kontext wurde auch der theoretische Ansatz des *evidence based policy making* eingeflochten.

Schließlich erfolgte die erwähnte offene Frage.

Aufgrund der unterschiedlichen zeitlichen Verfügbarkeit der befragten Personen, konnte nicht immer jede Frage des Leitfadens eingebracht werden, ebenso wurden manche Antworten sehr breit ausgestaltet, wodurch manche Fragen nicht mehr gestellt wurden, da sie schon implizit beantwortet worden waren.

Der grundlegende Fragebogen ohne Ergänzungsfragen oder Anpassungen findet sich im Anhang.

Datenauswertung

Für die Interviewanalyse wurde das qualitative Analyseverfahren nach Mayring (Vgl. RAMSENTHALER, 2013) gewählt. Die Kategorien wurden sowohl deduktiv als auch induktiv gebildet; deduktiv, weil vor allem die Codes aufgrund des Interviewleitfadens festgelegt worden waren, z.B. „*evidence based policy making*“ oder „Lagebild“. Während der Analyse wurde erkannt, dass diese Codes zu grob waren und aus den Interviewantworten heraus wurden Subcodes entwickelt, um die Information präziser einordnen und auswerten zu können; z.B. wurde der Code Kommunikation in die Subcodes Kommunikation zwischen Forschung und Politik, Kommunikation zwischen Forschung und Bevölkerung sowie Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung unterteilt. (Vgl. RAMSENTHALER, 2013:25) Eine wie Mayring vorschlägt, kontrollierende Zuordnung des codierten Materials von zwei oder mehreren Kodierer:innen wurde nicht durchgeführt, weshalb die Anforderungen hinsichtlich der Gütekriterien nicht gänzlich erfüllt werden können. (Vgl. RAMSENTHALER, 2013:25) Die Analyse wurde IT unterstützt mit dem Programm f4analyse durchgeführt, es erlaubt die Analyse einzelner Texte, die Bildung von Codes und Subcodes, das Einfügen von

Kommentaren, der Vergleich ausgewählter Transkripte anhand ausgewählter Codes sowie die quantitative Auswertung über die Häufigkeit der zugeordneten Codes. Die Analyse der Transkripte wurde entlang folgender Codes durchgeführt, eine eigene Ausweisung der deduktiven und induktiven wird hier nicht mehr angeführt:

Tabelle 4: Beschreibung Codes und Subcodes

Code	Subcode, wenn angewandt	Beschreibung
Position und Aufgabe		Eigene Angaben zur beruflichen Position und Aufgaben während der Covid-19 Pandemie
	Eigene Verortung	Zuordnung der eigenen Position zwischen Schnittstellen oder Einzelpositionen Forschung, Politik, Verwaltung
	ACPP	Wenn ACPP erwähnt wurde, wurde es eigens markiert
Lagebild	Allgemein	Aussagen über das Instrument Lagebild, welches sich nicht dem nächsten Subcode zuordnen lässt
	Bekannt, selbst verwendet oder erstellt	Eingeordnet wurden die Aussagen, ob der Begriff und das Instrument bekannt ist, ob die Personen ein solches in ihrer Entscheidungsfindung angewendet haben oder eines erstellen, haben lassen (da davon auszugehen ist, dass bspw. ein Gesundheitsminister dies nicht selbst gemacht hat)
Gestaltungsmöglichkeiten		Dieser Code war abgestimmt auf die Frage nach den eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im Pandemiekontext, nachdem einige Personen in mehrfacher Funktion tätig waren, z.B. beratend in einem Gremium und entscheidungstragend in der eigenen Organisation;
	Konkreter eigener Beitrag	Nachdem manche Personen auch konkret angeben konnten, was sie genau mit-gestaltet oder entschieden hatte, wurde dieses Element als konkretere Definition des Allgemeinen eingeführt.
Maßnahmen		Allgemeine Aussagen zu dem Thema der primär Pandemiebekämpfenden Maßnahmen, aber auch allgemein zu dem Thema
	Spannungsfeld zu psychosozialem Lagebild	Einordnung konkreter Aussagen in diesem Spannungsverhältnis von

Code	Subcode, wenn angewandt	Beschreibung
		Maßnahmen (weil epidemiologisch notwendig) und psychosozialen Bedürfnissen
	Nebenwirkungen	Jene ungewünschten Effekte, die im Zuge der Maßnahmen entstanden sind.
Psychosoziales Lagebild	Ausgleichsmaßnahmen	Erwähnung von Maßnahmen, die dazu dienten, jene die belastend waren auszugleichen im Pandemiekontext aber auch allgemein angelehnt an den Leitfaden
	Kinder, Jugendliche	Nachdem oftmals diese Bevölkerungsgruppe als besonders leid-tragend erwähnt wurde und für diese auch ein eigenes Lagebild gefordert wurde, wurde dieser Subcode geschaffen
	Entscheidungsgrundlage	Antworten auf die Frage, ob ein psychosoziales Lagebild eine Entscheidungsgrundlage sein könnte im Bereich der Krisenbekämpfung
	Herausforderungen/Risiken	Aussagen, ob die Nutzung eines psychosozialen Lagebildes auch Risiken birgt.
	Wo, Wie, durch Wen?	Antworten hinsichtlich der genauen Ausgestaltung eines psychosozialen Lagebildes
	Thema allgemein	Aussagen, die zu dem Thema fielen und in keine der anderen Subcodes eingeordnet werden können
	Konkret zur Idee	Aussagen zur konkreten Idee des Aufbaues und der Anwendung eines psychosozialen Lagebildes
Kommunikation inkl. Mittler:innen		Dem Code wurden Aussagen zur Kommunikation allgemein und zur Figur eines:r Mittler:in zwischen Forschung und Politik zu geordnet
	Expert:innen / Volk	Subcode zu den Aussagen der Kommunikationsachse der definierten Gruppen
	Politik / Volk	Subcode zu den Aussagen der Kommunikationsachse der definierten Gruppen
	Politik / Expert:innen	Subcode zu den Aussagen der Kommunikationsachse der definierten Gruppen

Code	Subcode, wenn angewandt	Beschreibung
Evidence based policy making	Kein Subcode	Jegliche Aussage sei es zu der Theorie oder allgemein zu evidenzbasiertem Handeln oder Entscheidungen, teilweise Überschneidung mit Subcode Entscheidungsgrundlage
Krisenbewältigung	Kein Subcode	Aussagen zur Krisenbewältigung allgemein, im Pandemiekontext und in der künftigen Entwicklung

Quelle: eigene Analyse und Darstellung

Einige Schritte der Inhaltsanalyse wurden oben bereits beschrieben, so wurden 8 transkribierte Interviews genommen, die Teilnehmenden waren Personen mit unterschiedlichen professionellen und organisatorischen Hintergründen, die, während der Covid-19 Pandemie, diverse Funktionen innegehabt hatten. Während der Interviews wurde ein Aufnahmegerät genutzt, sowie eine App fürs Mobiltelefon sollte ersteres ausfallen, und es wurden Notizen gemacht, die es erlaubten am Ende die – aus Sicht der Verfasserin – wichtigsten Punkte zusammenzufassen und auf Basis dessen die offene Frage über das Fehlen weiterer Punkte oder Empfehlungen für die zu verfassende Arbeit zu ermöglichen. (Vgl. RAMSENTHALER, 2013:26)

Für eine Unvoreingenommenheit gegenüber den Aussagen wurden auch die Antworten der Befragten einerseits anonymisiert, wobei P1-P8 nicht der alphabetischen Reihenfolge entsprechen und jene Fragen, die sich auf Position beziehen oder in deren Antworten auf berufliche Besonderheiten eingegangen wird, wurden in der Ergebnisdarstellung nicht wiedergegeben.

5. Analyse der Interviews

5.1 Überblick und quantitative Analyse

Als erster Punkt wird in diesem Kapitel eine knappe Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Auswertung der Codes gegeben, ohne auf Detailergebnisse oder alle Subcodes einzugehen.

Wahrgenommene Möglichkeiten der Mitgestaltung

Die Möglichkeit der Mitgestaltung in der Krisenbewältigung wurde von den Befragten unterschiedlich wahrgenommen und umfasst das gesamte Spektrum von Ja bis eher Nein in diversen Schattierungen, auf die in Detailergebnisse noch eingegangen wird. Aufgrund der doppelten Rolle mancher Befragten, konnte im z.B. unmittelbaren eigenen Wirkungsbereich gestaltend mitgewirkt werden beispielsweise hinsichtlich Mitarbeiter:innen, jedoch im übertragenen Bereich im Sinne einer beratenden Funktion weniger.

Lagebild und Maßnahmen

Der Begriff Lagebild allgemein war allen Befragten ein Begriff, wobei dieser Begriff mit teilweise unterschiedlichen Kontexten assoziiert wurde, z.B.: wurde er als militärisch strategisch eingeordnet bzw. war auch der Zeitfaktor oder die Parallelität unterschiedlicher Quellen, womit es gleichzeitig mehrere Lagebilder gab, aber die Daten trotzdem unzureichend waren. Die Mehrheit hat mit Lagebildern gearbeitet und manche haben auch eigenen Lagebilder erstellen lassen. Sie dienten in erster Linie als Informationsgrundlage, aber auch als Entscheidungsgrundlage, wenn solche erforderlich waren. Das Thema Maßnahmen wurde einerseits im Kontext der Corona Pandemie besprochen, aber auch losgelöst davon, hinsichtlich zukünftiger Krisen- und Katastrophenlagen, die Maßnahmen erforderlich machen. In Bezug auf die Corona Pandemie wurden die Maßnahmen mehrheitlich als notwendig empfunden, vor allem zu Beginn und unter dem Eindruck der Bilder von Italien bzw. des Informationsmangels. Eine Ausdifferenzierung ist mit fortschreitender Zeit und Information bzw. Phase erkennbar.

Psychosoziales Lagebild

Der Ansatz eines psychosozialen Lagebildes wird von allen verstanden, je nach Befragten gibt es hier unterschiedliche Umfänge, ob es eher breit oder enger gefasst sein soll. Es wird von fast allen Befragten als gute und notwendiges Element nicht nur für die Krisenbewältigung, sondern auch für ein umfassenderes Monitoring des gesellschaftlichen Befindens gewertet. Im Fokus stehen hier Kinder und Jugendliche, die eine stärkere psychische Belastung aufweisen.

Kommunikation als Schlüsselement

Die Kommunikation wird von allen Befragten als ein Schlüsselement in der Krisenbewältigung erkannt, wobei hier eine hohe Ausdifferenzierung hinsichtlich der Akteursgruppen allgemein (z.B. Politiker:innen, Expert:innen etc.) aber auch innerhalb dieser Gruppen unterschiedliche Interessen und Foki erkannt werden. Hingewiesen wird in dem Zusammenhang auch der Bedarf wonach Kommunikation keine sogenannte Einbahnstraße sein darf, sondern auch die Verwaltungsebene auf Feedback aus der Bevölkerung angewiesen ist. Zudem wird auf die Erkenntnis hingewiesen, was zum Thema der *evidence based policy* führt, dass es im Bereich Gesundheitskompetenz wie mathematisch / statistischen Verständnis größere Mängel gibt. Und beides als eng zusammenhängend erkannt wird, nach dem Motto: Kommunikation funktioniert nur, wenn der Empfänger:in mich versteht.

Die Notwendigkeit evidenzbasierter Politik bzw. Entscheidungen wird von allen anerkannt, wobei auch hier eine klare Linie gezogen wird zu der Entscheidungsebene; Wissenschaft bietet wissenschaftliche Zahlen, Daten, Fakten an und beantwortet Fragen soweit dazu Daten vorhanden sind und Politik muss entscheiden. Und auch innerhalb der Entscheider:innenebene kann es Zielkonflikte geben, desgleichen innerhalb der Expert:innengruppe.

Krisenbewältigung

Das Thema der Krisenbewältigung wurde von allen Personen angesprochen, oftmals unterschiedlich gewichtet, was im Zusammenhang steht mit der eigenen Position, jene, die ihre Rolle stärker beschrieben haben bzw. mehr Gestaltungsmöglichkeit hatten nach eigenem Erleben, konnten auch mehr zur Krisenbewältigung leisten. Gleichzeitig wird das Thema auch im Zusammenhang mit zukünftigen Krisen und den Möglichkeiten, wie es besser gemacht werden kann erwähnt.

Quantitativer Überblick über Codes und Subcodes

Die Codierung sowie deren Inhalt wurde im Methodenkapitel beschrieben, trotzdem werden zum besseren Verständnis die Codes noch einmal zusammengefasst. Die Zahlen ergeben sich aus der Summe von Codes und Subcodes.

Doppelte Nennungen kann es geben, wenn z.B. ein Beitrag sowohl in die Unterkategorie Ausgleichsmaßnahmen und Risiken fällt; oder Gestaltungsmöglichkeit und Kommunikation. Zugleich wird nicht jedes Mal codiert, wenn ein Wort fällt, sondern nur, wenn es in entsprechendem Kontext steht, beispielsweise das Wort „Lagebild“ wurde im Fragebogen in zwei Kontexten abgefragt, in der Tabelle wurde es je nach Kontext dargestellt. Zudem wurden Mehrfachnennungen innerhalb eines Absatzes, sofern sie einem einzigen Gedankengang zuzuordnen sind, nur einfach gezählt.

- Lagebild: Abfrage nach Bekanntheit des Begriffes, Nutzung bzw. Erstellung im eigenen Bereich;
- Gestaltungsmöglichkeiten: Abfrage der Möglichkeit auf Maßnahmen oder anderes einzuwirken bzw. allgemeine Aussagen zu dem Thema;
- Maßnahmen: Maßnahmen im Zuge der Covid-19 Pandemie, deren Nebenwirkungen und das Spannungsfeld zu den psychosozialen Bedürfnissen;

- Psychosoziales Lagebild: inklusive den acht Unterkategorien;
- Kommunikation: umfasste die Kommunikation zwischen den diversen Akteursgruppen sowie den Ansatz des/der Mittler:in als Schnittstelle zu Politik;
- *Evidence based policy making*: im Literaturteil beschriebener Ansatz und Aussagen, die evidenzbasierte Politik anstreben;
- Krisenbewältigung: in der Krisenbewältigung ging es zumeist allgemein um das Thema bzw. wurde es häufig im Kontext der eigenen Aufgabenbeschreibung erwähnt; etwas das es zu überwinden gilt bzw. etwas bei dem das psychosoziale Lagebild helfen könnte;

Tabelle 5: Quantitative Auswertung Codes und Subcodes

	Lagebild	Gestaltungs- möglich- keiten	Maßnah- men	Psych- soz. Lb	Kommuni- kation	Evidence based p.m.	Krisenbe- wältigung
P1	5	13	12	31	13	8	14
P2	13	5	9	76	39	8	11
P3	4	8	5	33	31	18	24
P4	3	5	41	107	19	14	6
P5	8	11	9	57	24	46	9
P6	8	7	16	59	32	44	7
P7	4	10	11	31	9	12	4
P8	9	8	16	30	29	11	5
Total	54	67	119	424	196	161	80

Quelle: eigene Darstellung

Anhand dieser einfachen quantitativen Auswertung ist erkennbar, dass in den Interviews das Thema psychosoziales Lagebild natürlich im Vordergrund stand, und gleichzeitig auch das Thema Kommunikation als ein Wesentliches erkennbar ist, knapp gefolgt von *evidence based policy making*, wobei sie die hohen Nennungen hier vor allem auf zwei Interviews stützen.

Auch im Vergleich der einzelnen Interviews führt der Begriff psychosoziales Lagebild in allen die Mehrheit der codierten Themen an, knapp gefolgt von entweder Kommunikation oder *evidence based policy making*. Bei P4 liegt die zweithäufigste Codierung im Bereich Maßnahmen (inkl. Spannungsfeld und Nebenwirkungen), die ist vor allem durch die Fokussierung während des Interviews auf die Nebenwirkungen zu erklären, die des Öfteren erwähnt wurden.

5.2 Ergebnisbeschreibung anhand der Subcodes

Im vorangegangenen Kapitel wurden bereits erste Einblicke in die Ergebnisse gewährt, nun sollen diese anhand der Subcodes näher ausgeführt werden.

Sehr viele Fragen wurden im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie oder mit dem Hintergrund gestellt, trotzdem soll die Pandemie und ihre Bewältigung hier nicht gänzlich im Vordergrund stehen, sondern die Metathemen, auch wenn es immer wieder notwendig ist auf die Pandemie Bezug zu nehmen.

Der Aufbau der Detailanalyse ist pro Code ähnlich strukturiert, zu Beginn werden meistens Ankerzitate präsentiert, die auf besondere Weise die eindrücklichen Erkenntnisse präsentieren, darauf folgt eine kurze Einführung in das Thema, dann eine übersichtliche Aufzählung der Kernaussagen, die dann im Fließtext näher ausgeführt werden.

5.2.1 Lagebild

Übersicht über die wichtigsten Funktionen des Lagebildes sowie Möglichkeiten einer Weiterentwicklung.

Funktionen des Lagebildes
• Lagebilder als primäre Informationsquelle und Quellenlage • Lagebilder als Grundlage für Entscheidungen • Lagebild als Format der Dokumentation • Präsentation des Lagebildes im Dashboard • Weiterentwicklung - Wiedererkennungswert

Lagebilder als primäre Informationsquelle und Quellenlage

Wie erwähnt war der Begriff allgemein bekannt, auch wenn er unterschiedlich zugeordnet wurde oder teilweise auch als „Lagebericht“ gebräuchlicher war. Von zwei Personen wurde die nicht ausreichend gute Datenlage angeführt, während der Covid-19 Pandemie, sowie der Tatsache, dass das Lagebild eher ein Blick in die Vergangenheit war und man dadurch immer einen Schritt hinten nach (P8) war; von vier Personen wurde ein „zu viel“ an Lagebildern kritisiert.

„Lagebilder sind natürlich primäre Informationsquellen um eine Situation entsprechend beurteilen zu können“ (P3)

Daten aus sozialwissenschaftlichen Studien wurden auch als Baustein für ein Lagebild eingeordnet.

„Andererseits würde ich aber sagen, dass wir natürlich permanent ein Lagebild in dem Sinne, also jetzt in unserer Studie erstellt haben, weil ja das ganze Ziel und der ganze Zweck unserer Studie natürlich ist, einen Überblick zu geben, Wie ist denn die Situation in der Bevölkerung und wie? Also gibt es irgendwelche Probleme und Auswirkungen dieser Krise auf die Bevölkerung?“ (P6)

Lagebilder wurden von zwei Person auch im erweiterten Kontext gesehen bzw. erstellt, um auch hinsichtlich der materiellen und personellen Ressourcen Information für weitere Aktionen und Entscheidungen zu generieren;

„Was haben wir denn überhaupt für Ressourcen, um kollektiv zu testen?“ (P5)

Lagebilder als Grundlage für Entscheidungen

Vier Personen nutzen Lagebilder nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Grundlage für Entscheidungen für z.B. Maßnahmen im eigenen Bereich. Thematisiert wurde, wie erwähnt auch die mangelhafte Datenlage sowie die Parallelität von diversen Lagebildern unterschiedlicher Akteur:innen in der Krisenbewältigung.

„Also die Lagebilder, waren sehr intensiv einbezogen in die Entscheidungsfindung. Das Problem war teilweise dort, wo die Zahlen nicht ganz stimmig waren“ und später „kleinen Divergenzen, die es gegeben hat, die haben hier eher den öffentlichen Diskurs a bisserl in Richtung Verunsicherung auch forciert“ (P3)

Lagebild als Format der Dokumentation

P6 sah im Lagebild auch ein Format der Dokumentation.

„[...] Informationen gesammelt, um das zu dokumentieren, um zu zeigen, wie die Situation ist. Das würde ich schon als Lagebild so beschreiben.“ (P6)

Präsentation des Lagebilds im Dashboard

Von sich aus erwähnten vier Personen auch die Bedeutung der zur Verfügung Stellung der Lagebilddaten in Form eines Dashboards, um die Bevölkerung informiert zu halten.

Einheitliches Format für Lagebild, Wiedererkennungswert

Von P2 wurde auch die Erwartungshaltung hinsichtlich zukünftiger Weiterentwicklungen von Lagebildern angesprochen, wonach *„es braucht klaren Wiedererkennungswert für die Leute, das ist meine Information und die ist in jedem Bundesland gleich (...) Das wird zur Verfügung gestellt. Das ist das österreichische Lagebild, das sind Informationen. (...) Aber ich glaube, das würde extrem helfen, wenn die Leute einen sicheren Wiedererkennungswert haben. Das schaut immer gleich aus.“* Hier wurden Lehren aus der Covid-19 Pandemie gezogen und dem Ziel in Zukunft ein in Österreich einheitliches Lagebild zu schaffen, um auch wie P2 es später ausdrückt Vertrauen zu schaffen, denn unterschiedliche graphische Gestaltungen und Skalierungen von Pandemiezahlen wirken verunsichernd, da es eine hohe Kompetenz bräuchte, um diese Unterschiede begreifen zu können.

Aus der Gesamtheit der Antworten ergibt sich, dass Lagebilder als Informationsquelle über die Lage, über den Stand von Aktivitäten (z.B. Impffortschritt), in einer Dokumentationsfunktion und als Entscheidungsgrundlagen genutzt wurden.

5.2.2. Gestaltungsmöglichkeiten

Der Code Gestaltungsmöglichkeiten³ sollte einerseits die Selbsteinschätzung der Befragten wiedergeben, inwiefern sie ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung von vor allem staatlichen Maßnahmen einschätzen, bzw. auch abseits davon Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb ihrer eigenen Strukturen und Verantwortungsbereiche sahen. Um auf die Erfordernisse der

³ Konkrete Beispiele, was die Befragten genannte haben in dem Bereich werden bewusst nicht zitiert, um weiterhin die nicht-Zuordenbarkeit der Antworten zu den Personen zu garantieren.

Anonymität einzugehen, werden hier vor allem erstere dargestellt, da die Ausführung zweiterer Kategorie Rückschlüsse auf die Person erlauben könnte. Die Gestaltungsmöglichkeiten wurden von den ExpertInnen sehr unterschiedlich eingeschätzt, die folgenden Aussagen geben einen ersten Einblick.

„[Wir haben] learning by doing praktiziert“ (P3)

„Mitgestalten ist jetzt ein hohes Wort für das, was unsere Aufgabe war.“ (P2)

„Die Politik trifft die Entscheidungen, die Experten stellen die Expertise bereit. Das ist die Aufgabentrennung, die so angedacht war und ich würde es auch sagen, genauso umgesetzt wurde.“ (P6)

Zunächst ein Überblick über die Schlüsselerkenntnisse.

Bedingungen für Mitgestaltung und Form der Mitgestaltung
• Struktur für Mitgestaltung erstellen • Gestaltungsmöglichkeiten abhängig von Position im System und von Bereitschaft der EmpfängerInnen • Möglichkeiten des Einbringens abhängig von konkreter Rolle in jeweiligem Gremium • Rolle der ExpertInnen ○ Expertise bereitstellen ○ Eigene Argumentationslinien einbringen und hohe Reibungsverluste ○ Transdisziplinäre Vernetzung • Moderierende Rolle • Ideen auf Machbarkeit bewerten • Netzwerke zwischen diversen Ebenen als Basis für Mitgestaltung

Im Folgenden werden die einzelnen Bereiche konkreter dargestellt.

Struktur für Mitgestaltung erstellen

Die Antworten fielen hier sehr vielfältig aus, wie die eingangs erwähnten Zitate zeigen, da einerseits in manchen Bereichen erst die Strukturen geschaffen werden mussten, um zu gestalten, z.B. *„parallel zum Arbeiten erst die Strukturen aufstellen mussten“*. (P3) Dieses Schaffen von Strukturen wurde von P3 nicht nur im Bereich der Krisenbewältigung gesehen, sondern auch in der Kommunikation nach außen.

Gestaltungsmöglichkeiten abhängig von Position im System und von Bereitschaft der EmpfängerInnen

In diesem Kontext wurde auch auf die Herausforderung der föderalen aber auch Parallelstrukturen in Österreich hingewiesen; sowie das Erfordernis die Bevölkerung zum Einhalten der Regeln zu bewegen.

„Weil wir konnten ja alles Mögliche an Maßnahmen beschließen. Wenn nicht 90, 95 % mitmachen, dann sind die eher sinnlos und helfen uns nicht wirklich“ (P3)

Dies verdeutlicht, dass die Gestaltungsmöglichkeiten nicht nur von der Position im staatlichen System abhängig war bzw. ist, sondern auch die Bereitschaft der Empfänger:innen braucht diese umzusetzen, um zu wirken, anhand dieses Satzes sieht man die hohe Verwobenheit mit dem Code Maßnahmen.

Möglichkeiten des Einbringens abhängig von konkreter Rolle in jeweiligem Gremium

Die unterschiedlichen Gremien der Krisenbewältigung boten auch unterschiedliche Möglichkeiten des sich Einbringens, da es unterschiedliche Ebenen waren, wie P1 ausführt: *„(...) SKKM im Koordinierungsausschuss sehr viele operative Maßnahmen beraten haben und in GECKO und in der Ampelkommission sehr viel analytisch gearbeitet“.*

Rolle der Expert:innen

Während die meisten Befragten eine kleine oder größere Möglichkeit der Mitgestaltung für sich erkannten, wurde diese von P6 komplett verneint, wie im dritten Zitat zu Beginn dieses Codes dargestellt hinsichtlich der Rolle der Expert:innen und wie folgt noch erläutert.

Expertise bereitstellen

„[A]lso, wenn ich eine wissenschaftliche Frage kriege, dann kann ich hineinsehen, Was gibt es dazu wissenschaftlich? Oder ich kann sagen, es gibt dazu nichts wissenschaftlich, aber das ist aus meiner Sicht keine Gestaltung“.

Eigene Argumentationslinien einbringen und hohe Reibungsverluste

Während P5 die Möglichkeit der Mitgestaltung wie folgt beschreibt: *„Also ich habe den Eindruck gehabt, man kann irgendwie mitgestalten, aber es hat sehr, sehr, viele Reibungsverluste gegeben“*, trotzdem wird seitens P5 auch angeführt, dass man hin und wieder eigene Argumentationslinien in den politischen Entscheidungen wieder gefunden hat. Und P4 beschreibt die eigenen Möglichkeiten wie folgt *„Bis zu den wirklichen Entscheidungsträgern oder bis zur wirklichen Entscheidung sind die Sachen kaum durchgekommen.“* Herausforderungen in der Gestaltung bzw. das Vermeiden sogenannte Reibungsverlust wurden auch von P3 erwähnt, wenn es heißt *„wenn wir von Beginn an geklärt hätten, der ist dafür zuständig, der ist dafür zuständig und keine Parallelstrukturen erarbeitet hätten,“*.

Transdisziplinäre Vernetzung

Gleichzeitig wies P5 auch darauf hin, dass *„[I]ch habe nie so viel mit anderen Professorinnen und Kolleginnen aus ganz anderen Fächern zum gleichen Thema geredet, um aus den unterschiedlichen Perspektiven, um letztlich zu sagen: Was würde ich denn jetzt machen, was ist denn jetzt eingedenk deines Feldes und meines Feldes die Entscheidung?“*

Moderierende Rolle

P1 fasste die Gestaltungsmöglichkeit durchwegs in Verbindung mit den diversen ausgeübten Funktionen auf, so wurden die *„moderierende Rolle“* im staatlichen Kontext als Gestaltung interpretiert, während im unmittelbaren Umfeld auch Entscheidungen getroffen werden mussten.

Ideen auf Machbarkeit bewerten

Das Eingangs gesetzte Zitat von P2 wurde schließlich noch näher ausgeführt: „Und unsere Aufgabe war es, diese Ideen auf Machbarkeit zu bewerten. Und auf Sinnhaftigkeit auch“ und später „Ja, natürlich ist das ein gewisser Gestaltungsspielraum, aber der ist nicht so groß, wie man glauben sollte“

Netzwerke zwischen diversen Ebenen als Basis für Mitgestaltung

Auch im Bereich der Gestaltungsebene gab es in die Zukunft gerichtete Antworten, wenn P1 auf folgenden Umstand hinweist, dass „Vernetzung, die persönlichen Beziehungen, die durch diese Krise entstanden sind zwischen Beamten auf Ministeriumsebene, Länderebene, Einsatzorganisationen bis hinein in die Wirtschaft und die Politik. Das sind Netzwerke, die, wie ich glaube, uns helfen werden, zukünftige Krisen vielleicht besser zu managen“.

Zusammenfassend Gestaltungsmöglichkeiten hängen vom Kontext ab und der eigenen Position darin bzw. dem Auftrag, aber auch ob dessen Erfüllung Wirkung zeigt.

5.2.3. Maßnahmenentscheidung und Maßnahmenauswirkung

Das Thema der Maßnahmen lässt sich nur schwer losgelöst vom Kontext debattieren, weil es eines hohen Abstraktionsgrades bedarf, und angesichts der kurz zuvor überstandenen Pandemie wurden Maßnahmen primär im Kontext von Covid-19 gesetzt. Als Maßnahmen gelten hier sowohl nicht pharmazeutischen Maßnahmen wie pharmazeutische Maßnahmen. Im Folgenden werden die Aussagen zu Maßnahmenentscheidungen und deren Folgen dargestellt. Zunächst wieder ein Überblick über einige markante Aussagen, gefolgt vom Analyseüberblick.

„Was wir jetzt sehen, ist, dass die Länder wesentlich besser offensichtlich durch die Krisen gekommen sind, bei denen die Krise nicht so sehr politisiert war.“ (P2)

„Es hilft uns nichts, psychisch gesund zu sein, wenn alle sterben.“ (P5)

„Auf der politischen Ebene kann es nicht aufgelöst werden, weil es ist ein klassischer politischer Zielkonflikt ist. Der Gesundheitsminister ist für die Gesundheit verantwortlich und würde wahrscheinlich am liebsten alle restriktiven Maßnahmen durchziehen. Und ein Bildungsminister ist für die Bildung verantwortlich, ein Wirtschaftsminister für die Wirtschaft [...] Da kann man nur dialogisch abwägen, vielleicht auch zeitlich differenzieren, zeitlich begrenzen, versuchen, einen Kompromiss zwischen diesen Zielkonflikten zu finden“ (P7)

„welche Maßnahmen sind welchen Leuten mit welchen Folgen zuzumuten?“ (P4)

Maßnahmenentscheidung und -auswirkungen
• Phasenverlauf der Pandemie und der Maßnahmen: zunehmender Vertrauensverlust in der Bevölkerung und Verlust der Solidarität • Nebenwirkungen sind zu erwarten • Wirkung der Maßnahmen herausstreichen • Präventionsparadoxon als Herausforderung

- Dialog mit der Bevölkerung
- Verzögertes Auftreten der psychosozialen Folgen und Überlagerung von mehreren Krisen
- Langfristige Kosten für die Gesellschaft
- Positive Auswirkung: interdisziplinärer Diskurs
- Auswirkungen auf ältere Menschen nicht übersehen
- Framing von Maßnahmen
- Verpolitisierung von Maßnahmen

Im Detail wurde folgendes von den Interviewten wahrgenommen

Phasenverlauf der Pandemie und der Maßnahmen: zunehmender Vertrauensverlust in der Bevölkerung und Verlust der Solidarität

Das Thema der Maßnahmen bot ein weites Spektrum an Antworten, welches eine starke Überlagerung mit den psychosozialen Aspekten und der Kommunikation aufweist. Zudem wurde hier oftmals auf den zeitlichen Verlauf der Covid-19 Pandemie verwiesen. Folgende Beispiele machen deutlich was von vielen Interviewten ähnlich ausgedrückt wurde in Bezug auf die Phasen und den Verlauf.

„Mit dem ersten Lockdown war das von der psychosozialen Lage eine völlig andere Lage, die sehr geprägt war durch ein hohes Vertrauen in die Regierung und eine sozusagen eigentlich psychologisch bessere Lage als im Durchschnitt, also selbst besser als in den Zwischenwellen Zeiten sozusagen, weil hier einfach so ein großer gesellschaftlicher Zusammenhalt geherrscht hat und die Leute einfach dieses Gefühl hatten, wir halten alle zusammen, zusammen können wir die Krise bewältigen.“ (P6)

„Und in der zweiten Phase und in der dritten Phase ist es aber interessanterweise überhaupt nicht mehr gelungen, weil es, glaube ich, nicht mehr gelungen ist, die Akzeptanz für bestimmte Maßnahmen bei den Bürgerinnen und Bürger zu erwirken.“ (P1)

„[Mit] sinkenden Todeszahlen und mit den Erkenntnissen, dass bestimmte Bürgerinnen und Bürger eher einem geringeren Risiko ausgesetzt sind, ist dieser Zusammenhalt und diese Solidarität immer mehr verschwunden.“ (P1)

Nebenwirkungen sind zu erwarten

Auch die Frage, was hätte man tun sollen, wird von einer interviewten Person deutlich angesprochen, wenn P8 meint, dass der Lockdown natürlich eine massive Maßnahme war, aber alternativlos, denn niemand hätte es sich leisten können zu zusehen, wie Intensivstationen übergehen und Patient:innen nicht mehr versorgt werden können, und natürlich sei sie mit gravierenden Nebenwirkungen verbunden.

Wirkung der Maßnahmen herausstreichen

Von einigen wurde darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen nicht nur notwendig waren, sondern auch gut umgesetzt wurden und ihre Wirkung gezeigt haben und Bereiche wie

z.B. die Altenpflege phasenweise gut geschützt werden konnten, auch wenn dies bedeutet hat, Beeinträchtigungen in Kauf zu nehmen.

Präventionsparadoxon als Herausforderung

Dieses Wirkung Zeigen führte zu einer besonderen Herausforderung, dem sogenannten Präventionsparadox, ein bedeutendes Element in der Gesundheitsvorsorge wie auch der Krisenbewältigung, da Maßnahmen, die gut wirken, die düstere Entwicklung, die man erwartet hatte, erst gar nicht entstehen lassen.

„Aber ich glaube, wir haben einerseits dieses in der Gesundheitspolitik sehr bekannte und gefürchtete Präventionsparadoxon erlebt mit dem Aha Effekt: Das war ja gar nicht so schlimm, wie die gesagt haben, weil wir eben gut waren, alle miteinander als Gesellschaft“ (P3)

„Also die waren dann nach dem ersten Lockdown, fühlen sich hinter das Licht geführt (..) und seitdem waren die dann quasi durchgängig verärgert und sind eigentlich davon nicht mehr abzubringen gewesen.“ (P6)

Beide Aussagen stehen für unterschiedliche Ergebnisse in der Wahrnehmung, ein Teil der Bevölkerung ist stolz auf das Erreichte oder Vermiedene und der andere führt sich eben hinters Licht geführt, weil es nicht so schlimm wie erwartet kam.

Dialog mit der Bevölkerung

Das Einhalten der Maßnahmen – *Compliance* – wurde auch regelmäßig erwähnt, von P2 wurde hier sogar der Bedarf geäußert stärker in Dialog mit der Bevölkerung zu treten, um zu erfahren, ob die Maßnahmen verständlich sind, eingehalten werden und so weiter.

„Gibt es aus dem Lockdown heraus Probleme, also mit der Compliance der Bevölkerung? Wie geht es den Schülern? Findet dieser Unterricht zu Hause tatsächlich statt,“ (P2)

„Okay, ganz sicher, weil klarerweise alle Maßnahmen müssen immer mit den Menschen gemacht werden und nicht gegen den Menschen. Wir brauchen immer eine Bereitschaft der Bevölkerung. Die Dosierung von manchen Dingen hängt davon ab, wie weit die Bevölkerung etwas akzeptiert.“ (P7)

Verzögertes Auftreten der psychosozialen Folgen und Überlagerung von mehreren Krisen

Die Frage zu den Spannungsfeldern wurden von dem meisten mit wiederum dem Verweis auf die unterschiedlichen Phasen beantwortet, während die erste Phase durch ein hohes Maß an Solidarität gekennzeichnet war, ließ diese im Verlauf nach. Auch wurde kein Automatismus gesehen, wonach viele Maßnahmen eine hohe psychische Belastung bedeuten würden, hier wurde darauf verwiesen, dass die Belastung oftmals erst später auftritt.

„Geht es jetzt wirklich schon noch um maximale Sicherheit oder ist das jetzt nicht der Zeitpunkt, wo die psychische Gefahr, die mindestens so und so hoch ist, mindestens genauso ins Feld geführt werden muss?“ (P5)

„Also es ist nicht einfach so ein Automatismus. Viele Maßnahmen, viele Belastungen, so ist es nicht, sondern es wird mediiert, vermittelt durch weitere Konzepte wie eben auch das Vertrauen, der Zusammenhalt usw. Das spielt eine wichtige Rolle“ (P6)

„Es hat begonnen sich 21 langsam abzuzeichnen und 22 hätte ich gesagt, war das Jahr, wo es wirklich sichtbar ist und diese Welle ist nach wie vor da.“ (P4)

P4 spricht hier an, dass die Nebenwirkungen der gesetzten Maßnahmen zeitlich verzögert auftreten und aktuelle noch nicht abebben, besonders bei Schüler:innen und Jugendlichen ist dieses Phänomen stärker ausgeprägt, wie in der Analyse des Codes psychosoziales Lagebild gezeigt werden wird. Gleichzeitig verweist P4 auch auf das Auftreten anderen Krisen – Krieg in der Ukraine, Teuerung etc. – wodurch Überlagerungen auftreten, die eine klare Zuordenbarkeit als Nebenwirkung der Covid-19 Maßnahmen nicht zu lassen. In Bezug auf langfristige Nebenwirkungen der Maßnahmen tritt neben den Jugendlichen auch eine andere Personengruppe derzeit stärker in den Fokus, nämlich ältere Personen.

„(..) viel weniger hören und was man bei uns den Daten ein bisschen sieht, dass im Bereich der alten Menschen nach wie vor irgendwie auch Probleme bestehen dürften. (...) beispielsweise, bei der Telefonseelsorge ist das Thema Einsamkeit bei alten Menschen erst jetzt so richtig virulent wird“ (P4)

Langfristige Kosten für die Gesellschaft

Die Nebenwirkungen der Maßnahmen werden auch im Sinne von langfristigen Kosten für die Gesellschaft gesehen wie P5 ausführt: *„die Kosten auf individueller und gesellschaftlicher Ebene, die jetzt entstehen, das wird uns Jahrzehnte beschäftigen, also psychische Erkrankung im Kindesalter, da hat man ewig was davon, im bösen Sinne,“.*

Positive Auswirkung: interdisziplinärer Diskurs

Nicht unerwähnt soll auch eine positive Nebenwirkung der Maßnahmen bleiben, die ähnlich von mehreren Befragten erwähnt wurde: *„In der interdisziplinären Kommunikation und interdisziplinären Diskurs über: Was eine Krise ausmacht und wie man handeln sollte, wurde in einer Weise gefördert, den wir sonst nicht geführt hätten. Ich habe nie so viel mit anderen Professorinnen und Kolleginnen aus ganz anderen Fächern zum gleichen Thema geredet, (...) Was würde ich denn jetzt machen, was ist denn jetzt eingedenk deines Feldes und meines Feldes die Entscheidung? Haben wir vorher nicht gemacht, und darin besteht eine große Chance.“ (P5)* Ähnlich formuliert es auch P4: *„Was ich übrigens in der Pandemie sehr, sehr spannend und gut fand (..), dass eigentlich die Leute, die sich mit dem Thema psychische Gesundheit beschäftigen, in den unterschiedlichsten Feldern sehr schnell zusammengefunden haben und dann sehr, sehr schnell ein sehr einheitliches Bild gehabt haben.“*

Auswirkungen auf ältere Menschen nicht übersehen

Durch die Maßnahmen wurden laut P4 viele Angebote für ältere Menschen geschlossen, und nicht wieder geöffnet, zudem traut sich ein Teil dieser Generation noch nicht gänzlich hinaus, was durch Beobachtungen aus dem Kulturbereich bestätigt wird: *„[was] Theater teilweise berichten, also vor allem was jetzt die älteren Abonnentinnen und Abonnenten*

von den Theatern betrifft, dass die nach wie vor dann lang nicht in die Theater wieder zurückgekehrt sind und die Karten haben verfallen lassen und solche Sachen.“

Framing von Maßnahmen

Auch die Methode des Framings wurde erwähnt, womit sich einer der vielen Anbindungspunkte an die Kommunikation ergibt; wonach die Kommunikation der Maßnahmen in einem „richtigen“ Kontext ausschlaggeben dafür waren, wie man die Maßnahmen empfunden hat.

„Framing der Gesamtsituation. Also das spielt dafür eine Rolle, ob ich das als belastend empfinde oder nicht. Das finde ich eigentlich eine ganz interessante Einsicht. Leider ist es im öffentlichen Diskurs überhaupt nicht durchgedrungen. Im öffentlichen Diskurs ist durchgedrungen. Corona Diktatur Maßnahmen schrecklich. Was haben wir gelitten und wie extrem war das alles?“ (P6)

Verpolitisierung von Maßnahmen

Abschließend soll auch auf die von fast allen, bis auf eine Person, erwähnte Verpolitisierung der Maßnahmen eingegangen werden, P2 ist hier recht deutlich. Da die Verpolitisierung auch für eine tiefe(re) Spaltung in der Gesellschaft gesorgt hat.

„Was wir jetzt sehen, ist, dass die Länder wesentlich besser offensichtlich durch die Krisen gekommen sind, bei denen die Krise nicht so sehr politisiert war. Ich sage das jetzt auch relativ gut geschützt.“ (P2)

„unglaubliche Parteipolitisierung dann plötzlich entstanden,“ (P3)

Im Kontext der Ver- oder Partei-politisierung wurden auch auf das Element der Emotionen verwiesen, welches die Diskussion rund um Maßnahmen oftmals geprägt hat, da die Diskussion darüber, die oftmals kontrovers geführt wurde, viele Menschen verärgert hätten und zu einer Abwendung der Teilhabe an der Pandemiebekämpfung geführt haben. In Anbetracht der im Fragenkontext von Maßnahmen geschilderten Erkenntnissen, kann hinsichtlich zukünftiger ähnlicher Krisen versucht werden Kommunikationskonzepte zu entwickeln, die auf diese Phasen und den damit einhergehenden Veränderungen Rücksicht nehmen und ein positiveres Framing versuchen.

5.2.4. Psychosoziales Lagebild

Aufgrund der Weite dieses Codes und der umfassenden Diskussion wird für diesen Bereich weiter entlang der Subcodes strukturiert, die in kursiver Schrift angeführt sind und darunter wie oben bereits umgesetzt die Analyseübersicht. Folgende zentrale Aussagen charakterisieren diesen Bereich.

„Insofern habe ich immer ein bisschen gewitzelt, dass möglicherweise das österreichische Kurzarbeitsmodell die wichtigste Suizid Präventivmaßnahme in diesem Zusammenhang war, die man ergreifen konnte.“ (P4)

„dass der Gesundheitssektor ein Stück weit zunächst auf die psychische Gesundheit vergessen hat. (...) was von den Expertinnen Experten aus dem Feld kam ist, dass vieles

nicht gehört wurde, was aber natürlich letztendlich auch kein österreichisches Phänomen ist, sondern allgemein damit zu tun hat“ (P4)

„also die bloße Existenz eines solchen Lagebilds irgendwie wird noch nichts bewirken, sondern es hängt dann immer davon ab, was man damit macht und welche Schlüsse man daraus zieht.“ (P4)

Psychosoziales Lagebild
• Unterschiedliche Definitionen • Wissen über psychosoziale Lage von Kohorten im zeitlichen Verlauf generieren und Kausalität erkennen • Stimmungslage der Bevölkerung erfassen • Psychosoziale Wirkung von Maßnahmen auf allen Ebenen sehen

Unterschiedliche Definitionen

Mit dem Begriff psychosoziales Lagebild konnten alle Interviewten etwas anfangen, bzw. erfassen was damit bezweckt ist. P1 brachte es in erster Linie mit dem klassischen Ansatz dem Umgang mit Angehörigen beim Großschadensereignissen zusammen. P6 wollte den Begriff eher eng definiert verstehen, als rein auf die „*psychologische Verfasstheit*“ fokussiert. Im Subcode allgemein zum Thema wurde auch auf die Bedeutung des allgemeinen Monitorings hingewiesen, sowie auf den Bedarf nach Vernetzung und mehr Daten. Konkret wurde beispielsweise auch erwähnt, dass es relevant wäre zu erfassen: *„Welche Bevölkerungsgruppen können leichter in so einer Krisensituation mit der Krise umgehen? Welche Schwerer?“ (P7)*

Wissen über psychosoziale Lage von Kohorten im zeitlichen Verlauf generieren und Kausalität erkennen

Und Seitens P6 wurde auch der positive Nutzen angemerkt: *„Das ist ein sehr gutes Tool und dass es einen gesellschaftlichen Nutzen auch langfristig hätte, auch mit den neuen Krisen, die jetzt schon wieder gekommen sind. Wir haben es schon gesehen, im letzten Jahr sind ja neue Krisen aufgetreten, zum Beispiel die Inflation usw. Und das haben wir sofort in den Daten gesehen, dass es bei der finanziellen Lage für den einen oder anderen doch schon eng wird.“* Ergänzend dazu der Input von P5: *„wenn ich kontinuierlich immer wieder Kohorten verfolge in der Entwicklung, dann weiß ich, was in einer bestimmten Zeit passieren sollte. Wenn ich das nicht tun, dann weiß ich auch über Kausalität schon mal gar nichts.“*

Diese Aussagen zeigen, dass sowohl erkannt wird, was ein psychosoziales Lagebild sein könnte wie auch den Nutzen, den es bringen könnte.

Stimmungslage der Bevölkerung erfassen

Aufgrund der Auswahl der befragten Personen berichteten einige über die Anfragen, die sie erhielten, um über die Stimmungslage in der Bevölkerung Auskunft zu geben und es Ansätze gab auf etwas wie ein psychosoziales Lagebild hin zu arbeiten. Dies umfasste konkrete Fragestellungen, die in Form von Studien etc. abgearbeitet wurden, aber auch

Erhebungen bei Einrichtungen aus dem stationären Bereich oder den seelsorgerischen/psychosozialen Hotlines.

Psychosoziale Wirkung von Maßnahmen auf allen Ebenen sehen

Das eingangs zu dem Code erwähnte Zitat zur Kurzarbeit soll veranschaulichen, dass eine psychosoziale hilfreiche Maßnahme, nicht unbedingt aus dem psychosozialen Bereich – im Sinne des therapeutischen – kommen muss, sondern eine arbeitsmarktpolitische sein kann, die es dem Einzelnen ermöglicht seinen Lebensunterhalt weiterhin zu bestreiten, um damit die Basis seines Überlebens und bis zu einem gewissen Grad auch Wohlergehens – im Sinne einer Nützlichkeit und Sinnhaftigkeit – zu garantieren.

Das Psychosoziale Lagebild als Entscheidungsgrundlage

Funktion des Lagebildes
• Durchsetzbarkeit von Maßnahmen prognostizieren • Wirkungsweise von Maßnahmen und notwendige Anpassungsnotwendigkeiten erkennen

Durchsetzbarkeit von Maßnahmen prognostizieren

Der Nutzen eines psychosozialen Lagebildes hinsichtlich der Nutzung als Entscheidungsgrundlage wird von fast allen Befragten erkannt, da – wie weiter oben schon angeführt – es beispielsweise keinen Sinn macht Maßnahmen zu verhängen, die nicht durchsetzbar sind. P7 drückt es recht anschaulich aus, dass *„ohne empirische Fakten im Hintergrund werden politische Entscheidungen hohl, brüchig, auch nicht überzeugend.“*. Zudem wird auch hier der Bedarf einer wissenschaftlichen Begleitung als vorteilhaft erachtet. Gleichzeitig werden die Grenzen erkannt, wenn es um die erwähnten Zielkonflikte geht, für die es entweder Kompromisse benötigt oder unterschiedliche Schwerpunktsetzung in den Maßnahmen über den Krisenverlauf hinweg. Es bedarf auch der Fähigkeit mit Dissens umzugehen und diesen in der Entscheidungsfindung abzuwägen. Hingewiesen wird seitens P4 auch auf eine grundlegende Schwierigkeit der Verwendung, *„[dann] ist es natürlich Fluch und Segen gleichzeitig; möglicherweise auch nicht, weil wenn man sich dann nicht traut, (...) notwendige Maßnahmen zu ergreifen, weil ja die Bevölkerung irgendwie dann angepisst wäre, dann ist es schwierig, weil dann sozusagen, kann es sein, dass man irgendwelche wichtigen Entscheidungen nicht trifft. Also das muss man sehr gut einsetzen und das ist halt, (..) das wird man der Politik nie wirklich abnehmen können, sozusagen am Schluss eine Entscheidung zu treffen, ob sie populär ist oder nicht populär ist sie, nicht?“*.

Dieses von P4 angesprochene Dilemma, des einerseits Erhebens von Daten und dann das Treffen von Entscheidungen, wird auch von P6 recht treffend zusammengefasst, denn Wissenschaft könne eigentlich nur *„die Infos bereitstellen, die Denkweisen erklären, die Methoden erklären. Und ja, dann kann man natürlich immer noch was ganz anderes entscheiden.“*

Dann würde sich evtl. ab einem Punkt die Frage stellen, wozu man Wissenschaft dann eigentlich noch hinzuzieht.

Wirkungsweise von Maßnahmen und notwendige Anpassungsnotwendigkeiten erkennen

Und sind Entscheidungen gefällt und umgesetzt, dann wurde seitens P2 auch sehr konkret festgehalten, dass es einer Möglichkeit bedarf in Austausch zu treten mit den Betroffenen, um Rückmeldung zu erhalten, ob „das verständlich ist, annehmbar, was da so kommt?“.

Die Konkrete Ausgestaltung des psychosozialen Lagebildes

Diese Aussagen führen zum nächsten Subcode, nämlich der Diskussion konkreter Ansätze und der Ausgestaltung eines psychosozialen Lagebildes. Je nach befragter Person waren die Antworten sehr konkret mit einem hohen Detailgrad, gleichzeitig waren die Antworten über das „Wo“ bzw. die Struktur unterschiedlich.

Durchführung der psychosozialen Lagebilderstellung
• Erstellung einer Baseline und Kontinuität der Erhebung • Indikatoren breit ansetzen bei neuralgischen Punkten: nicht nur Arbeitsbereich, sondern auch Bildung • Methode, Daten, Quellen: hochfrequent, umfassend, interdisziplinär • Örtlichkeit der Installierung des psychosozialen Lagebildes: BKA, Gesundheitsbereich, Wissenschaftsbetrieb/Unis • Stakeholderaustausch

Erstellung einer Baseline und Kontinuität der Erhebung

Die Notwendigkeit zur Erstellung einer Baseline, zu der im Krisenfall verglichen werden kann wurde durchgehend bejaht, da es, wie es von einer Person erwähnt wurde, nicht nur Krisen sind, die sich auf die menschliche Psyche auswirken, sondern auch viele andere Umstände. Seitens P7 wurde in diesem Kontext der Baseline auch die Kontinuierlichkeit – wie von einigen anderen auch – in der Erhebung erwähnt.

„(...) eine bestimmte Vorratshaltung, wenn man so will, an empirischen Evidenzen zu haben, auf die man dann zugreifen kann, so wie sie das psychosoziale Lagebild heran angeführt haben. Also eigentlich müsste das etwas sein, wo wir relativ kontinuierlich darüber Bescheid wissen sollten, weil es schwierig ist, in einer Krisensituation plötzlich so etwas auf die Beine zu stellen.“

Gleichzeitig wurde von anderer Seite (P2) Zweifel geäußert, ob es „gelingen kann, da kontinuierlich dabei zu bleiben.“ Hinsichtlich der Daten zu der Baseline wurde von P4 auch darauf hingewiesen, dass man vorsichtig sein müsse, was man dazu verwendet, da es immer schwierig sei nach hinten zu vergleichen.

Die konkrete Idee wurde auch dahingehend als recht positiv bewertet, um über eine bessere Informationsbasis zu verfügen und besser abschätzen zu können, was passiert, wenn man gewisse Maßnahmen setzt, gleichzeitig müsse die Robustheit der Daten

gewährleistet sein (P8). Und bei der Umsetzung müsse gefragt werden, wer die Zielgruppe sei und wozu die Informationen gebraucht werden sollen (P4). In diesem Kontext wurde von P4 ausgeführt, dass sehr viel an Erfahrungen, Wissen und Ratschlägen, die von Expert:innenseite gegeben worden war, während der Pandemiebewältigung nicht berücksichtigt worden war.

Indikatoren breit ansetzen bei neuralgischen Punkten: nicht nur Arbeitsbereich, sondern auch Bildung

Seitens P5 wurde auch auf bestehende Panels in anderen Ländern verwiesen, die nicht nur sozioökonomische Aspekte im Fokus hätten, sondern auch in anderen Lebensbereichen, wie jenem der Bildung etabliert seien.

Die ersten Schritte, die zu einem Aufbau führen, wurden seitens P5 wie folgt skizziert.

„Ich glaube, es braucht so was Verschränktes. Also man muss sich überlegen, wo fängt man damit an? Man muss die Themenbereiche identifizieren, die so neuralgisch sind;“
(P5)

In diesem Zusammenhang wurde von zwei Personen angeführt, dass es für den Schul- und Jugendbereich eines eigenen Monitorings bedürfe, da dieser Bereich ausschlaggebend sei auch hinsichtlich potenzieller Kosten für die Zukunft, wie weiter oben bei den Nebenwirkungen erwähnt.

Methode, Daten, Quellen: hochfrequent, umfassend, interdisziplinär

In der Ausgestaltung eines psychosozialen Lagebildes wurden folgende Elemente genannt, die der Einfachheit halber in Listen- und Phrasenform wieder gegeben werden, da sie zeigen, dass die Befragten durchwegs bereits jetzt Möglichkeiten in bestehenden Quellen sehen, aber auch darüber hinaus weiterdenken:

- **Hochfrequente Befragungsdaten** über ein Panel (P4);
- **Interdisziplinarität als Grundlage**, um auch sozioökonomische Faktoren, Gesundheit, Wirtschaft, politische, gesellschaftliche Fragen und andere Faktoren und Parameter zu erheben (P5, 6, 4);
- Erhebung von **individuellen, aber auch kollektiven Auswirkungen** (P6);
- Erhebung **worauf man jetzt bereits Zugriff hat** und dies in einem ersten Schritt auswerten (P4);
- *„Anrufrdaten von den Hotlines, Betretungsverbotsdaten vom Innenministerium, Krankenhausdaten und versuchen, Anrufrzahlen von den wie sagt man von den Einsatzorganisationen, wenn die gerufen wurden zu **Suizid assoziierten (..) Einsätzen**. Also ein ganzes Bündel von unterschiedlichsten Hotlines, **Beratungsstellen**, was weiß ich Daten von den Familienberatungsstellen und so (..)“*
(P4);
- *„**Alarm Baseline** (...) als Indikator, wie viel suizidverdächtige Fälle habe ich, wie stark ist eben **Kinder und Jugendpsychiatrie** in den klinischen Bereichen ausgelastet?“* (P7);
- Informationen aus dem **Schulbereich** durch Lehrer*innen, School-Nurses, Schulärzt:innen (P7);

- Regelmäßiges **im Feld sein** (P3);
- **Strukturierte Fragebögen** (P2);
- **Ähnlich dem Austrian Corona Panel Project** (P2);
- „wichtig wäre dann diese **verschiedenen Inseln zu verschneiden**,“ (P5);
- „**strukturierte Beteiligungsmöglichkeit**, einen Kern an Menschen in jedem Bundesland etablieren können, der in so einer Krise zum Beispiel dann aktiv wird, (...) Also etwas so quasi könnte ich mir Team Österreich vorstellen für die Erhebung von psychosozialen, nennen wir es mal psychosozialen Lagebildern.“ (P2);
- „**wissenschaftliche Qualität** und diese wissenschaftliche Vorgehensweise, die muss gesichert werden.“ (P6);

Auffallend ist der zweimalige Hinweis auf Suizid, da es sich hierbei doch um ein – nach Auffassung der Verfasserin – Extremereignis handelt, dem viele Anzeichen vorangehen, und wo es noch „Luft nach oben“ gibt. Wiederholt sei hier das Zuvor geschriebene hinsichtlich der von Kulturbetrieben geäußerten Beobachtung des Verfallen-lassen von Abonnements oder Einzelkarten durch älteres Publikum. Im Rahmen der Ausgestaltung eines psychosozialen Lagebildes wurde seitens P6 auch die Frage nach dem Ziel genannt, um den Faktor Mensch abschätzbar zu machen. Obwohl die Frage der Kosten nicht gestellt wurde, so wurde von zwei Personen darauf hingewiesen, dass die Befragung über Online Panels günstig sei.

Örtlichkeit der Installierung des psychosozialen Lagebildes: BKA, Gesundheitsbereich, Wissenschaftsbetrieb/Unis

Die Örtlichkeit der Installierung eines psychosozialen Lagebildes wurde, wie bereits erwähnt unterschiedlich beantwortet, wie folgende Antworten zeigen:

- eine Person sah den idealen Ort im **Bundeskanzleramt** (P3)
- in Normalzeiten wurde die Stelle im Gesundheitsbereich – **Ministerium oder GÖG** – gesehen, für den Krisenfall sollte sie eine eigene Stabsstelle sein (P1, 2, 4, 8),
- für den Fall der Zusammenführung diverser fachspezifischer Lagebilder würde sich laut P1 auch im Rahmen des Bundeskrisensicherheitsgesetzes **neu zu schaffenden Strukturen** eventuell eignen;
- eine weitere Person zog hinsichtlich des Schul- und Jugendbereiches den Vergleich zu dem in Deutschland bestehenden **Nationalen Bildungspanel** (NBP), der an einer Universität angesiedelt sei und von Bund wie Land, aber auch der Universität finanziert werde. Die Person ergänzte: „Es sollte nicht so sein, dass es politisch allzu eng in der Hierarchie drin ist. Ich glaube, gleichzeitig kann man es aber nicht nur der Wissenschaft überlassen, weil man muss sich überlegen, wie sollen wir das finanzieren?“ (P5)
- **gemeinsame Konstruktion**;
- „dann müsste das **möglichst unabhängig erhoben werden von politischem Einfluss**. Und aus meiner Sicht muss es daher unbedingt in einem **wissenschaftlichen Kontext** angesiedelt werden, der auch, sagen wir mal, unabhängig ist.“ (P6)

Stakeholderaustausch

Von P6 wurde die Form und die Struktur präzise verknüpft durch die Idee, dass es einen Stakeholderaustausch geben müsse, *„damit wir auch wissen, welche Fragen wir stellen können. Aber die Gestaltung der Fragebögen, die methodische Qualität, das muss wissenschaftlichen Standards genügen.“*

Abschließende kann zu diesem Subcode festgehalten werden, dass es eine Vielfalt an Antworten gibt, die zeigen, dass weder an Interesse noch an Kreativität mangelt ein solches Instrument zu entwickeln.

Wo werden Herausforderungen und Risiken gesehen?

Herausforderungen und Risiken
• Kein Assessment ohne folgende Maßnahmen • Interpretation der Ergebnisse • Verschwörungstheoretiker:innen erreichen • Föderale Struktur • Belastbarkeit der Daten und blinde Flecken • Schnittstellen und systematische Evidenz • Panelstudien: Ermüdung der TeilnehmerInnen

Kein Assessment ohne folgende Maßnahmen

Bereits erwähnt wurde die Aussage von P4 wonach es nicht sein solle die Bevölkerung zu befragen, oder Themen zu erheben und danach keine Maßnahmen zu setzen. Insofern wurde auch nach den Herausforderungen bzw. Risiken gefragt, die eine Schaffung eines psychosozialen Lagebildes mit sich bringen würde. Und auch hier wurde die Einschätzung von P4 von beispielsweise P3 geteilt, dass die „große Herausforderung ist immer die Umsetzung bestimmter Maßnahmen“.

Interpretation der Ergebnisse

Seitens P1 wurde der Aufwand bzw. die richtige Interpretation der Erkenntnisse als grundlegende Herausforderung genannt, um beispielsweise *„nicht gleich nach ersten Erkenntnissen in Panik verfällt und irgendwelche überstürzten Maßnahmen setzt,“*, damit einher geht auch deren Hinterfragung. Ähnliches wurde auch von P4 bestätigt, dass man vorsichtig beim Ziehen von Schlüssen sein müsse. Parallel dazu dürften Erkenntnisse auch nicht instrumentalisiert werden, wie P6 anmerkt.

„Dass das Wissen erst einmal vorhanden sein muss, damit diese Probleme dann behandelt werden können und auch nicht so instrumentalisiert werden können. Dann kann man hier sagen: Ja, ihr habt recht. Hier gibt es ja eine Problematik und wir kümmern uns um sie und setzen Maßnahmen und Schritte.“ (P6)

Verschörungstheoretiker:innen erreichen

Eine besondere Herausforderung nannte P3, nämlich jene Personengruppe, die der Verschwörungsmithologie anheimgefallen sei, da diese durch herkömmliche Kommunikation absolut nicht erreichbar sei, auch nicht im Anlassfall. Diese Entwicklung sei demokratiepolitisch eine große Herausforderung, auch für die Zukunft.

Föderale Struktur

Als generelle Herausforderung – nicht nur im Kontext psychosoziales Lagebild – sondern allgemein in der Pandemiebewältigung oder im Krisenmanagement wurde seitens P2 die föderale Struktur bemängelt, da beispielsweise während der Pandemie die Berichte aus den Bundesländern *„unterschiedlich gefärbt, einmal eher medizinisch epidemiologischer, einmal vielleicht organisatorischer, technischer, auch finanzieller. Das heißt eine heterogene und keine homogene Info über: Wie geht es den Leuten im Land?“* Von P2 wurde auch in der Methode die Herausforderung erkannt, nämlich die bereits erwähnte Kontinuität an Informationen aus der Bevölkerung zu erheben.

„Wir kriegen kein gutes psychosoziales Lagebild, weil wir keine gute, strukturierte Bürger-Patientenbeteiligung haben.“ (P2)

Belastbarkeit der Daten und blinde Flecken

Die Belastbarkeit von Daten (P8) wie auch die Erkenntnis über blinde Flecken in der Datensammlung (P4) wird ebenso als Herausforderung anerkannt. Bei der rückblickenden Betrachtung von Daten, die derzeit vorhanden seien, läge die Herausforderung in dem Mangel an Erklärungsmodellen über die eventuellen Gründe der damaligen Ergebnisse (P4).

„wenn man sich schon vor der Pandemie gewisse Gruppen angeschaut hat. Hier hätte man zum Beispiel gerade bei Kindern, Jugendlichen, teilweise dort auch schon erhöhte Angst und Depressionswerte gesehen. Auch in den früheren Studien. (...) Es ist nicht alles, es ist wahrscheinlich nicht alles: Die Pandemie.“ (P4)

Insofern ist es auch notwendig die Mechanismen zu analysieren, da man nicht sagen könne, dass eine konkrete Maßnahme zu einer konkreten Auswirkung geführt habe (P4).

Schnittstellen und systematische Evidenz

Eine Herausforderung, die eventuell leicht lösbar ist, wurde von P5 aufgezeigt: *„Wir haben auch kaum Schnittstellen und systematische Evidenz darüber, was für Evidenz wir überhaupt haben.“*

Panelstudien: Ermüdung der TeilnehmerInnen

P6 wies auf die generelle Herausforderung von Panelstudien hin: *„Es gibt viele Panelstudien, die kommen nach kurzer Zeit zum Erliegen und Verwandeln sich im Prinzip in rollierende Querschnitte nach und nach, weil die Leute keine Lust mehr haben, diese immer gleichen Fragen zu beantworten.“* Insofern sei es wichtig in den Befragungen auf die neuen Fragen der Zeit einzugehen, neben wiederholten Fragestellungen, um die Teilnehmenden kontinuierlich in ihrer Entwicklung erfassen zu können. In diesem Zusammenhang wies P6

auch auf die weiter oben geäußerte Befürchtung von politischem Einfluss auf die Fragestellung hin, die als erhebliches Risiko gewertet wurde. Weiters sei die Herausforderung das abzubilden zu messen was vorhanden ist. Und hier läge auch ein weiterer Aspekt, nämlich die Abgrenzung zu tendenziösen Umfragen.

Ausgleichsmaßnahmen

Anhand der während der Covid-19 Pandemie gemachten Erfahrungen, war eine Überlegung im Zuge der Entwicklung der Hypothesen wie auch des Interviewleitfadens, ob ein psychosoziales Lagebild die Grundlage sein könnte, um zu den erforderlichen z.B. gesundheitspolitischen Maßnahmen auch sogenannte Ausgleichsmaßnahmen zu setzen, um der Bevölkerung zu helfen.

Herausforderungen für Ausgleichsmaßnahmen
• Schwere Nachvollziehbarkeit, aber Anwendbarkeit erkannt angesichts knapper Ressourcen • Konkurrenz mit anderen, Gesamtbild vs. Lautester

Schwere Nachvollziehbarkeit, aber Anwendbarkeit erkannt angesichts knapper Ressourcen

Für viele der Interviewten war diese Idee nicht leicht nachzuvollziehen, evtl. weil die Unterscheidung zu Maßnahmen nicht klar genug war. Trotzdem jene, die sich darunter etwas vorstellen konnten bejahten die Möglichkeit. Von P6 wurde im Kontext der Pandemie auch explizit darauf hingewiesen, dass es im Großen und Ganzen massiv abgedeckt worden war, erinnert sei hier auch an die Aussage von P4 wonach das österreichische Kurzarbeitsmodell die beste suizidpräventive Maßnahme gewesen sei. Eine weitere Person wies auch auf die Problematik der Finanzierung hin in Folge einer Krise.

„Klar. Absolut. (..) weil das hilft mir natürlich, die Prioritäten zu setzen. Dann sagen wir: Wo stehen wir denn? Wo können wir, gerade in Zeiten von Krisen oder kurz nach Krisen hinschauen. Was ist jetzt? Wir haben nicht Geld für alles, es ist überall knapp. Und da muss man natürlich sagen ich brauche Evidenz dafür.“ (P5)

Konkurrenz mit anderen, Gesamtbild vs. Lautester

Im Kontext der Idee von Ausgleichsmaßnahmen und knapper Ressourcen wurde auch auf das Kommunikationsverhalten bzw. Einflussmöglichkeiten aufmerksam gemacht.

„Aber solange wir diese Evidenzen im Gesamtblick nicht haben, wird es immer nur darum gehen, wer hat auf seinem Gebiet, das jeder für das Wichtigste hält, die lauteste Stimme und die beste Logik,“ (P5)

„Und der ganze Schulbereich ist total neuralgisch“ (P5)

Während der Interviews sowie später in der Auswertung fiel auf, dass Kinder, Jugendliche, und Schulen oftmals Thema waren und erwähnt wurden, ob im Kontext Infektion, Testen, oder den „geschlossenen Schulen“ bzw. „ortsungebundenem Unterricht“. Jedoch als vor allem besonders vulnerable Gruppe, die während der Pandemie stark gelitten hatte. Daher wurde ein weiterer Subcode eingeführt innerhalb des psychosozialen Lagebildes, da sich einige der Personen auch dafür aussprachen für Kinder und Jugendliche ein eigenes Monitoringinstrument aufzubauen.

Kinder und Jugendliche als besondere Gruppe/Erfassung von vulnerablen Gruppen
• Schule im psychosozialen Lagebild • Maßnahmen abmildern, sie sind für vieles auch, aber nicht für alles verantwortlich • Schule als „Lebensmittelpunkt“

Schule im psychosozialen Lagebild

Bedingt durch die Pandemie und Schulen als Orte, an denen viele Menschen auf relativ engem Raum zusammen sind, aber auch deren gesamtgesellschaftlicher Bedeutung bei räumlicher Schließung bzw. bei steigenden Infektionszahlen, wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen den Personen aus den jeweiligen Bereichen aufgebaut.

„Die [Anmerkung: gemeint ist das Bildungsministerium] waren dann auch ständiges Mitglied in der Coronakommission, um aus den Schulen ein Lagebild zu bekommen.“ (P2)

Wie weiter oben in der Darstellung konkreter Elemente oder Quellen angeführt sei hier nur kurz wiederholt, dass Lehrpersonal, aber auch Gesundheitspersonal, welches in den Schulen tätig ist, als Quelle für ein eigenes Kinder-/ Jugendlagebild dienen könnte.

Auch die Eltern sind hier nicht zu vergessen, wie P5 betont: *„Evidenz zu kombinieren aus dem, was wir über Kinder und Jugend, psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen haben, abzuwägen mit der psychischen Verfasstheit von Eltern und Lehrkräften.“*

Die Herausforderung eines eigenen psychosozialen Lagebildes für Kinder und Jugendliche ist bzw. war hier, dass es keine Vergleichswerte gab, zu denen verglichen werden konnte. Auch hier spiegelt sich die Notwendigkeit einer Baseline – wie oben angesprochen – wider.

„Wir wurden immer gefragt, was hat die Schulschließung für einen Effekt auf die Kompetenzvermittlung? Eine Aussage können wir eigentlich nicht treffen, weil im Unterschied zu anderen Ländern haben wir keine Ausgangslage. Wir haben keine Vergleichswerte. Die Daten starten mit der Krise“ (P4)

Maßnahmen abmildern, sie sind für vieles aber auch nicht für alles verantwortlich

Solche Erhebungen im Schulbereich könnten auch dazu dienen evidenzbasiert auf Konsequenzen diverser Maßnahmen hinzuweisen.

„(..) hilfreich ist, wenn man gute empirische Grundlagen hat bei diesen Zielkonflikten. Wenn der Bildungsminister aufmerksam machen muss, dass der Schaden durch geschlossene Schulen möglicherweise größer wird als der Nutzen der Infektionsverhinderung.“ (P7)

„Pandemie hat das Aufgehen dieser Bildungsschere massiv gefördert. Und das ist natürlich relevante Information für die Frage, wo sollten wir bildungstechnisch was hin investieren.“ (P5)

Trotz des Leidendruckes der Kinder und Jugendlichen wurde darauf hingewiesen, dass nicht alles an der Pandemie lag, seitens P4 wurde diesbezüglich auf eine OECD-Erhebung hingewiesen: *„Aber es gibt eben diese OECD-Studie, die das verglichen hat in allen OECD-Ländern und das ganz spannend dabei ist, dass die Belastungen bei Kindern und Jugendlichen überall zu sehen sind und ja, die Länder ganz unterschiedliche Maßnahmen getroffen haben. Und zum Beispiel Schweden, die jetzt eigentlich die waren, die am wenigsten die Schulen zugesperrt haben, das sind die, das ist das Land, das, glaube ich, auf Platz zwei mit den psychosozialen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen ist.“*

Schule als „Lebensmittelpunkt“

Von diversen Personen wurde auf die Bedeutung der Schulen hingewiesen, sei es im Sinne der Bildungsvermittlung, die gelitten hat, aber auch als das Element in der Gruppe der Schüler:innen, um welches sich das Leben dieser Altersgruppe dreht und die auch im Bereich des Soziallebens elementar ist und war.

„Schule so etwas wie eine Zeit und Sinnstruktur den Kindern und Jugendlichen vermittelt durch einen geregelten Tagesablauf (...) Und wenn das wegfällt, dann bleibt schon so etwas wie ein existenzielles Vakuum zurück.“ (P7)

Dieser Blick auf Schulen und den darin befindlichen Kindern und Jugendlichen zeigt, dass diese Gruppe im Rahmen eines psychosozialen Lagebildes nicht nur gesondert betrachtet werden muss, sondern auch in den erwähnten Ausgleichsmaßnahmen oder Auffangprogramme besonders unterstützt werden muss. Während mancher Interviews wurde auch auf Studierende verwiesen, die – wie Schüler:innen – viel Zeit im Fernunterricht verbracht haben, von Zukunftsängsten geplagt seien und auf die man nicht vergessen dürfe, da sie näher am nächsten Schritt in ein selbstständiges Leben seien, als Kinder und Jugendliche. Eine Personengruppe, die nur selten erwähnt wurde, obwohl es sich auch um Jugendliche handelt, waren die Lehrlinge. Diese wurden nur am Rande erwähnt, aber auch als vulnerable Gruppe bewertet, da sie noch schwieriger zu erreichen seien als Kinder und Jugendliche im regulären Schulbetrieb.

5.2.5. Kommunikation

„Kommunikation war bei dieser Pandemie einer der größten Herausforderungen.“ (P3)

„Also ich glaube, in der Kommunikation wurde so ziemlich jeder Fehler gemacht, vor dem vorher gewarnt wurde.“ (P4)

Als zweiter zentraler Analysebestandteil vorliegender Arbeit hat sich das Thema der Kommunikation, da sie ein wesentlicher Bestandteil in der Krisenbewältigung ist, deutlich herauskristallisiert. Dafür wurden anhand von drei Akteursgruppen untersucht welche Spannungsfelder existieren, auch hier stehen in erster Linie die Erfahrungen der Corona Pandemie im Hintergrund.

Obwohl es sich auf den ersten Blick „nur“ um drei Gruppen handelt, stehen dahinter keine homogenen Gruppen, sondern sehr unterschiedliche; so umfassen die Expert:innen bzw. Wissenschaftler:innen nicht nur – angelehnt an die Pandemie – Virolog:innen, Epidemiolog:innen, sondern eben auch Soziolog:innen und Psycholog:innen. Auch die Bevölkerung ist eigentlich eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Werten, Glaubenssätzen, Zielen, Erfahrungen, Prägungen usw. Insofern wird in der weiteren Analyse der Einfachheit halber von dieser groben Dreiteilung gesprochen, aber sie wird immer wieder aufgebrochen werden.

Im Zuge der Codierung hat sich zudem ergeben, dass die Medien nicht nur ein Transportmittel von Inhalten oder Botschaften sind, sondern auch als eigene Akteurskategorie gewertet werden sollten. Besonders hervorzuheben ist auch die Rolle der Verwaltung, die als Mittler:in gewertet werden kann zwischen den oben angeführten drei Akteur:innen.

Kommunikation allgemein und die Figur eines:r Mittler:in
• Glaubwürdigkeit, Einigkeit und Setting • Vertrauen, Information und Solidarität • Kommunikationstheorie und Psychologie beachten • Rolle der Medien • Wissenschaft: Stabile Grundlagen schaffen und Verständnis für wissenschaftlichen Diskurs • Evidenz und Meinung klar trennen • Zukünftige Notwendigkeiten: Pläne, Übersetzer:innen, Informationsaufbereitung

Glaubwürdigkeit, Einigkeit und Setting

Glaubwürdigkeit wurde von einigen Personen als sehr wichtiger Faktor in der Krisenkommunikation erwähnt, denn die in der Krise getroffenen Entscheidungen sind hochpolitisch so P1. Gleichzeitig gilt es diese angepasst an den Krisenverlauf weiter zu gestalten.

„Kommunikation hängt für mich immer sehr stark mit Glaubwürdigkeit zusammen und beim ersten Lockdown haben das alle sehr ernst genommen,“ (P1)

Im Kontext der Glaubwürdigkeit bedeutet es viel politische Einigkeit zu haben, aber auch zu transportieren, um der Bevölkerung den Ernst der Lage zu vermitteln.

„Gibt es so was wie eine politische Einigkeit. Ich glaube, das war am Beginn extrem gut und wichtig, dass wir, da es zumindest die ersten drei, vier Monate geschafft haben, dort Geschlossenheit zu demonstrieren“ (P3)

P4 weist darauf hin, wie die Glaubwürdigkeit stärker hätte unterstützt werden können, wenn er darauf hinweist, dass Transparenz beim Wissensstand geholfen hätte.

„Okay, wir sind am Lernen. Aus derzeitigem Stand sagen wir das jetzt. Das heißt aber nicht, dass das jetzt eine für alle Zeiten die ewig gültige Wahrheit ist,“ (P4)

Für P8 war die größte kommunikative Herausforderung für die Politik während der Covid-19 Pandemie, dass es sich nicht um Ärzt:innen handelt und ihnen damit Glaubwürdigkeit gefehlt hätte in der Kommunikation.

Glaubwürdigkeit und Einigkeit werden idealerweise auch durch das entsprechende Setting in der Kommunikation vermittelt, sei es, dass die politische, die wissenschaftliche Ebene oder beide gemeinsam auftreten, hierzu hab es unterschiedliche Einschätzungen bei den interviewten Personen.

„Nein, was ich eher so wenn man Rückblick sagt, was vielleicht nicht so optimal gelaufen ist. Auf der einen Seite waren es die gemeinsamen, wenn man so will, Presseauftritte von Politik und Wissenschaft. (...) klar dafür plädieren Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und Politik auf der anderen Seite. Das sind zwei unterschiedliche gesellschaftliche Subsysteme, und die muss man auch trennen.“ (P7)

Seitens P8 wurde hingegen die Kombination bevorzugt.

Von einigen Personen wurde auch darauf hingewiesen, dass diese Settings von Land zu Land anders gestaltet waren; die meisten waren der Ansicht, dass die Settings angepasst an die Phasen hätten gestaltet werden müssen.

Vertrauen, Information und Solidarität

Eng bei der Glaubwürdigkeit liegt das Vertrauen, vor allem das Vertrauen der Bevölkerung in die Entscheidungstragenden und daran angeschlossen in die Verwaltung als deren umsetzendes Organ.

„Trust is a must, ohne Trust ins System geht es einfach nicht und zu viele verschiedene Informationen sind automatisch nicht vertrauensbildend.“ (P2)

Als Basis dafür sind Informationen ausschlaggebend, wie weiter oben beim Thema Lagebild schon angesprochen war die Datenlage und deren Verarbeitung nicht ideal. Hier wurden seitens P2 ein kommunikativer Fehler erkannt.

„Es ging nur um Informationen rauszuschmeißen, und jeder hat dann für sich irgendein Wording gefunden oder eine Darstellung. Aber das geht nicht. Das überfordert, überlastet die Menschen. Die verlieren wir dadurch“ (P2)

Ergänzend die Erfahrung von P3, wonach man es schaffen müsse das Gegenüber – vor allem in Richtung Opposition – ernst zu nehmen und das Vertrauen zu vermitteln, dass der/die andere vollwertig informiert ist: *„Ich habe dieselben Entscheidungsgrundlagen wie der Kollege, der in der Regierung ist.“*

P3 merkt an, dass es grundlegend sei *„von Beginn an politische Vertrauensarbeit“* zu leisten. Und wie bereits angesprochen, so wurde auch das Vertrauen durch den Pandemieverlauf beeinträchtigt, als sich erwartete Szenarien nicht verwirklicht haben, wodurch auch die Solidarität innerhalb der Bevölkerung gelitten hat.

„Mit sinkenden Todeszahlen und mit den Erkenntnissen, dass bestimmte Bürgerinnen und Bürger eher einem geringeren Risiko ausgesetzt sind, ist dieser Zusammenhalt und diese Solidarität immer mehr verschwunden.“ (P3)

Kommunikationswissenschaft und Psychologie

Die Krisenbewältigung und die Informationsweitergabe benötigt solides Wissen aus dem Bereich der Kommunikationstheorie, diversen psychologischen Bereichen aber vor allem der Krisenkommunikation. Wie in einem eher kritischen Eingangszitat sichtbar, wurde aus Sicht der meisten Interviewten viele Fehler begangen. Als konkrete Beispiele wurden die Aussagen des ehemaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz genannt, wonach bald jeder jemanden kennen würde, der an Corona gestorben sei (Vgl. WURZINGER, 2023) oder die Corona Impfkampagne in Österreich, die die Impfung als „Stich“ bezeichnete und hier Unverständnis und Abwehr erzeugt hätten, da das Wort „Stich“ eher negativ belegt sei.

„ganz viele Dinge, die man vorher gewusst hat, welche Botschaft man eigentlich senden müsste, damit sie zu welchem Zeitpunkt angenommen werden und dass dieses Wissen, das ist sogar noch unabhängig von einem Lagebild, sondern es ist einfach gesichertes Wissen aus Kommunikationspsychologie und Wahrnehmungspsychologie und was weiß ich welche alle Disziplinen, die es da gibt. Also da hätte es viel Wissen gegeben, auf das man nicht zurückgegriffen hat.“ (P4)

Seitens P6 wurde darauf hingewiesen, dass laut Erkenntnissen aus der Wahrnehmungs- und Meinungsbildungsforschung bereits bekannt ist, dass sich Meinungen sehr früh bilden, wenn neue Themen oder Probleme entstehen; darauf hätte man Rücksicht nehmen müssen. Ergänzend dazu auch P8, wonach es das Spezialgebiet der medizinischen Kommunikation gibt, die hier kaum berücksichtigt wurde.

Rolle der Medien

Im Zuge der Interviews wurde mehrfach die Rolle der Medien diskutiert, die wesentlich zur gesamten kommunikativen Entwicklung beigetragen hatte. Die am häufigsten geäußerte Kritik bezog sich darauf – sei es aus medialer Logik heraus oder falsch verstandener Transparenz – jeder Meinung eine Plattform zu bieten.

„[Was ich als] merkwürdig empfunden habe, ist das false Balancing der Medien (...) in dem Sinne man möchte alle zu Wort kommen lassen, alle Wissenschaftler, auch die, die vielleicht eher Leugner sind, obwohl die, die es geleugnet haben, prozentmäßig vielleicht an der scientific community 1, 2, 3, 5 % ausgemacht haben,“ (P7)

„Oft sieht man nur die Lautesten und Schreiesten. Und so eine Umfrage denke ich, kann einem ein breiteres Bild liefern, wie die Öffentlichkeit insgesamt so denkt. Wir haben das gerade beim Thema Impfungen immer gesehen. Da waren immer die Krassesten, die Radikalsten, die finden in der Meinung Gehör. Im Fernsehen und überall sind sie total überrepräsentiert. Sie probieren ja auch strategisch sich als eine besonders große Gruppe zu zeigen. Aber wir stellen dann oft fest, so viele sind es gar nicht.“ (P6)

„Aber die Gefahr droht noch immer, dass die mediale Durchsetzbarkeit nie gleich verteilt ist. Nicht jede Bevölkerungsgruppe hat die gleiche Chance, in den Medien gehört und genannt zu werden. Manche sind lauter, manche sind leiser.“ (P7)

Das sogenannte *false balancing* bezog sich nicht nur auf die Expert:innen, die zu Wort gelassen wurden, sondern auch Gruppen aus der Bevölkerung, die im Kontext Covid-19 Pandemie als Leugner bezeichnet wurden. Etwas später merkt P6 an, dass einer der Fehler war diese Gruppe negativ abzustempeln, anstatt ihre Anliegen und Sorgen aufzunehmen und zu diskutieren oder Lösungen anzubieten, beispielsweise hinsichtlich ihrer anfänglichen Sorgen zur psychosozialen Entwicklung.

Weiter oben wurde die Herausforderung der Erreichbarkeit jener Gruppen erwähnt, die den Verschwörungserzählungen anheimgefallen sind, hierzu eine Ergänzung von P6.

„Aber die meisten Leute, ich sag es immer wieder, sind normal und sie sind auch für Informationen erreichbar und sie sind auch willig mitzuhelfen. (...) Und es ist dann eben teilweise so, es schaukelt sich dann politisch so hoch, weil wir sehen, besonders die extremsten und polarisierenden Stimmen, die finden dann Gehör.“

Insofern sorgt nicht nur die epidemiologische Entwicklung für Dynamik in der Krise, sondern auch die kommunikative Entwicklung. P3 hofft hier für die Zukunft, dass man einen besseren Umgang mit diesen Verschwörungstheorien findet. Aufgrund der Erfahrung von P6 mit Medienvertreter:innen wird gefolgert, dass auch diese aufgrund mangelnder (wissenschaftlicher) Bildung Inhalte nicht korrekt transportieren können und dadurch die Bevölkerung schlecht informiert wird, daher sei es wichtig: *„auch vor allem die Informationen in die Gesellschaft hineinragen und desto mehr die und auch dann in die Medien hineinragen und die Journalisten auch informieren. Weil das habe ich schon auch gemerkt, also die sind ja auch teilweise verwirrt, die gehen der ganzen Sache ja dann auch manchmal auf den Leim.“* (P6)

Wissenschaft: Stabile Grundlagen schaffen und Verständnis für wissenschaftlichen Diskurs

Der Erkenntnisprozess in der Wissenschaft wird über Forschung und Diskurs geführt, letzteres ist entscheidend für die Weiterentwicklung und das Vorankommen. Trotzdem ist es notwendig – wie im Falle der Covid-19 Pandemie – grundlegende Erkenntnisse, oder Fakten außer Streit zu stellen, sei es die Schutzwirkung von Masken wie von P8 angesprochen oder die Schutzwirkung von Impfungen.

„(..) dass alle Sehnsucht danach gehabt hätten, dass die Basisfakten viel stärker außer Streit gestellt sind, und das Vertrauen in eine Struktur.“ (P3)

Wenn nun wissenschaftlicher Diskurs zu noch nicht stabilen Grundlagenkenntnissen in die Bevölkerung getragen wird, dann muss dieser Diskurs begleitet werden, wie weiter oben bereits erwähnt. Sie im rein akademischen zu belassen ist in der Krisensituation eventuell nicht hilfreich.

„normalerweise werden wissenschaftliche Diskussionen im Stillen geführt, auf der Universität, in entsprechenden Fachzirkeln usw. Und dort ist ganz klar, dass Wissenschaft kontroversiell sein muss, um sich gegenseitig einfach auch zu challengen.“ (P2)

Dass Wissenschaft – vor allem in einer Pandemie – ein „*laufender Erkenntnisprozess*“ (P4) ist, muss permanent wiederholt werden, um auch hier das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die Wissenschaft zu stärken.

„Was von Anfang an ein bisserl gefehlt hat, auch von Seiten der Wissenschaft zu kommunizieren, wie Wissenschaft funktioniert.“ (P4)

Evidenz und Meinung klar trennen

Die Unterscheidung und klare Trennung sowie dem transparenten Umgang damit gilt in der journalistischen Berichterstattung landläufig als selbstverständlich, bedarf aber auch in der wissenschaftlichen Kommunikation eines eindeutigen Umgangs.

„schaut's, wo ihr im Bereich der Evidenz seid und wo ihr in den Bereich der Meinung abgeleitet. Und das, finde ich, war schon auch ein wichtiger Lernprozess auch für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, diese Grenze immer klar zu haben, wo argumentiere ich auf Basis von mehr oder weniger gesicherten Fakten, je nachdem wo halt, wie gerade der Wissensstand war, und wo laufe ich Gefahr, irgendwie in meine persönliche Meinung abzudriften.“ (P4)

Zukünftige Notwendigkeiten: Pläne, Übersetzer:innen, Informationsaufbereitung

Im Zuge der Antworten zum Kommunikationsaspekt wurden von vielen Personen aus den gemachten Erfahrungen auch Vorschläge und Empfehlungen für die Krisenkommunikation der Zukunft abgegeben.

„Politik müsste überlegen, wie wir die Kommunikation bei zukünftigen Krisen machen“ (P3)

Die Frage ob es Übersetzer:innen bräuchte wurde mehrheitlich positiv beantwortet.

„Übersetzer oder diesen Übersetzungsmodus bräuchte es.“ (P2)

Teilweise wurde auch konkret vorgeschlagen diese in der Verwaltungsstruktur einzubringen, da dort das Potential gesehen wurde – aufgrund der doch gegebenen Kontinuität – Expertise aufzubauen und als Andockstelle für die Wissenschaft zu entwickeln.

„wissenschaftliche Beamtinnen oder den ganzen ministeriellen Verwaltungsapparat. (...) kontinuierlich Expertise aufbauen (...) quasi die Andockstelle bilden und den Rahmen bilden, um das zu machen“ (P5)

Diese Übersetzer:innen müssten gewonnen werden, und gleichzeitig auch das Vertrauen der Entscheidungsebene haben, so P5 weiter. Sie könnten auch dafür sorgen, dass es „*strukturierte Beratung der Politik, mit Reportings, mit transparentem Reporting wie und warum haben Wissenschaftler folgend Empfehlungen?*“ gibt. (P2)

Eine der Aufgaben von Übersetzer:innen oder Mittler:innen könnte sein Ideen auf Machbarkeit und Sinnhaftigkeit zu überprüfen, wie es P2 in einem ähnlichen Kontext anführt, denn nur nein oder nur ja sagen sei oft nicht genug, sondern oft wäre ein „ja, aber“ notwendig.

Die (visuelle) Aufbereitung der Information gehöre auch dazu, „etwas positiver zu framen, dass ich es mir gerne anschau, dass ich einen Informationsgewinn habe“ (P2). Prinzipiell

müsse man die „Informationen klarer, besser, einfacher aufbereiten“ (P2) und auf Wissen aus dem Bereich des Human Design Faktor zurückgreifen.

Kommunikation Wissenschaft - Bevölkerung

„Hier könnten wir viel besser werden, sozusagen wissenschaftliche Denkweisen in die Welt zu tragen.“ (P6)

„Wissenschaft normalerweise dreht sich um sich selbst in diesem Peer Review, und redet eigentlich nur mit Wissenschaft. Also wir haben oft nur einen Science zu Science Austausch und der Science to Public Austausch, der ist eigentlich gar nicht so stark gewesen,“ (P6)

Kommunikation Wissenschaft Bevölkerung
• Gesundheits- und Wissenschaftskompetenz stärken • Bedarfsorientierte Kommunikation • Aufklärung vs. Legitimation

Gesundheits- und Wissenschaftskompetenz stärken

Die Mehrheit der Interviewten äußerten den Bedarf, dass in Österreich sowohl die Gesundheitskompetenz – im Sinne der *health literacy* – als auch allgemein die Wissenschaftskompetenz gestärkt werden müsse, denn ohne die hier vermittelten Grundlagen sei die Krisenbewältigung auch in anderen Bereichen erheblich erschwert. Die Stärkung dieses Wissens diene letzten Endes auch dazu Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu stärken, wenn man die Grundlagen und Prozesse kennt und richtig einordnen kann.

„[Es gibt] wenig Gesundheitskompetenz im Land und auch weniger Wissenschaftsgläubigkeit. In Wahrheit haben natürlich die Menschen diese unterschiedlichen Botschaften nicht bewerten können, sondern haben auch fälschlicherweise geglaubt: Na ja, die haben sich jetzt widersprochen, sind alles Idioten,“ (P2)

Seitens P6 wurden auch konkrete statistische Verfahren erwähnt, die aufgrund der Rückfragen aus Leser:innenbriefen vielen nicht bekannt waren, wenn sie jedoch erklärt wurden, gab es seitens der Rückantworten eine gewisse Einsicht. Insofern ist oftmals eher eine Frage des verständlichen nachvollziehbaren Erklärens als des Einforderns blinden Glaubens.

„Also die Bevölkerung scheint zum Teil wissenschaftlichen Argumentationen sozusagen nicht folgen zu können und auf fundamentale Weise nicht.“ (P6)

Diese Kompetenzstärkung könnte auch dazu führen, dass es leichter wird zu akzeptieren, wenn sich Fragen eben nicht immer ganz eindeutig beantworten lassen, wie P7 ausführt. Hierzu gehört auch die Aussage von P4, dass *„wie Wissenschaft funktioniert und wie Erkenntnisgewinn funktioniert. Dass das ein bisschen den Regeln der medialen und der politischen Meinungsverbreitung ein Stück weit widerspricht.“* Die Aussagen könnten dahingehende interpretiert werden, dass diese zwei der drei Subsysteme eventuell selber zusätzlich Komplexität erzeugen.

Bedarfsorientierte Kommunikation

Das Erklären von wissenschaftlichen Methoden und Prozessen ist ein Teil der Kommunikation, da diese – wie von einigen Interviewten angeführt – auf jeden Fall in beide Richtungen gehen sollte eine wichtige Erkenntnis aus der Covid-19 Pandemie.

So wurde in der direkten Kommunikation mit der Bevölkerung versucht durch Voting jene Themen zu erheben, die von der Bevölkerung als besonders wichtig empfunden worden waren und dann wurde von Expert:innen dazu Stellung bezogen und erklärt, dieses Modell wurde laut P3 gut angenommen.

Geschildert wurden auch das Bedürfnis interessierter Personen die Wissenschaftskommunikation weiter zu gestalten und ihren Bedürfnissen in struktureller Hinsicht anzupassen.

„viele Leute bedankt oder hatten noch Anregungen, was man da noch alles machen kann und wie man das technisch noch verbessern kann.“ (P6)

Darin spiegelt sich das Bedürfnis einer gewissen Teilhabe. Und dies scheint aktuell weitere Ideen entstehen zu lassen, Medienkanäle wie YouTube oder andere Formate besser zu nutzen, um „einfach wissenschaftliche Zusammenhänge mal einfach erklären“ zu können. (P6)

Aufklärung vs. Legitimation

Manche Interviewten stellten aber auch die Funktion der Wissenschaft in Frage, vor allem hinsichtlich der Legitimation, ob eine direkte Kommunikation in einer Krisensituation überhaupt legitim sei. Es wurde aber auch Verständnis geäußert, dass es manchmal notwendig sei, wenn es zu Fehlentscheidungen käme oder überhaupt keine Entscheidungen getroffen würden, diese seitens der Wissenschaft auch aufzuzeigen.

„Recht und teilweise auch die Pflicht und Verantwortung von Wissenschaftlern ist das dann, wenn ihre Aussagen zu keinen Maßnahmen führen, dass sie das auch kommunizieren können und sollen, weil sonst ist es eine ganz schwierige Situation.“ (P3)

Kommunikation Wissenschaft - Politik

„Das Herausfordernde für die Politik ist, dass die Wissenschaft oft nicht nur eine Antwort hat, sondern viele unterschiedliche Antworten auch hat. Und dann die richtige Maßnahme dann auch zu setzen.“ (P1)

Kommunikation Wissenschaft Politik

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Herausforderungswettstreit: zwischen unterschiedlichen Expert:innenmeinungen und Reputationsverlust• Inhaltliche Expert:innen vs. Kommunikationsexpert:innen• Weiterentwicklung von Wissenschaft und Politik durch Austausch |
|--|

Herausforderungswettstreit: zwischen unterschiedlichen Expert:innenmeinungen und Reputationsverlust

Abgesehen von der grundlegenden Herausforderung der Pandemiebekämpfung waren die unterschiedlichen Einschätzungen der Expert:innen, allerdings auch die Sprache der Wahrscheinlichkeit, die oftmals keine klaren Jas oder Neins hatte und die Frage auf welche Meinung vertraut man.

„In der Pandemie hatten wir ja unterschiedliche Expertenmeinungen und überhaupt das Herausfordernde für die Politik ist es auch dann auf die richtige Meinung zu setzen“ (P3)

Nicht nur für die politische Ebene sind zahlreiche Herausforderungen im Umgang mit der wissenschaftlichen Ebene in den Interviews sichtbar geworden, auch von der anderen Seite wurden solche erwähnt;

„manche Kolleginnen [sind] auch wirklich in schwierige Situationen gekommen, weil man dann was gesagt hat und das wurde dann auch komischerweise verwendet und auf einmal war man bad Person.“ (P5)

Die Frage für die Zukunft sei auch wie eine wissenschaftlich fundierte Beratungsstruktur aufgebaut werden könne, *„die nachhaltig ist (..) ohne sich gegenseitig zu blamen.“ (P5)* Ähnlich meint auch P6, dass es im wissenschaftlichen Betrieb wohl schwer vermittelbar wäre die Forschung ruhen zu lassen und nur mehr beratend tätig zu sein, *„aber was sehr gut funktioniert hat, war wirklich zu sagen, wir nehmen diese Praxisfragen her und wir probieren sie so wissenschaftlich wie möglich zu beantworten und machen dazu Studien.“*

Inhaltliche Expert:innen vs. Kommunikationsexpert:innen

Einer der Fehler in der Kommunikation wird von P8 darin verortet, dass die Expert:innen zwar befragt wurden zu den medizinischen Inhalten, wie sie das einschätzen würden, aber sie wurden nie gefragt wie man es kommunizieren könnte. Diese Zweiteilung der Kommunikation könnte tatsächlich problematisch gewesen sein. In diesem Kontext und anknüpfend an die Figur eines:r Mittler:in erwähnt P8 auch, dass eine solche Funktion in Friedenszeiten kaum funktioniere und in der Krise noch weniger funktioniert habe.

Weiterentwicklung von Wissenschaft und Politik durch Austausch

Erkennbar im Näherrücken von Politik und Wissenschaft ist auch das Potential für die Weiterentwicklung der Wissenschaft näher an die Praxis oder an Alltagsbezogene Themen und der Politik hin zu evidenzbasierten Entscheidungen. So meint P6, dass die Befassung mit Praxisfragen *„das eigentlich die Wissenschaft noch mal befruchtet und eigentlich auch noch mal bessere Wissenschaft produziert.“*

Kommunikation Politik - Bevölkerung

Während es zwischen Wissenschaft und Bevölkerung zu einer mehr oder weniger direkten Kommunikation kam, sei es über die klassischen Medien oder dem direkten Veröffentlichen wissenschaftlicher Inhalte (z.B. eigene Projektwebseite oder YouTube Kanäle von z.B. Martin Moder), konnte aufgrund der mangelnden Fachexpertise seitens der Politik diese Direktheit nur über den wissenschaftlichen Umweg erzeugt werden. Denn

eine:r Politiker:in wird oftmals zugetraut in wirtschaftlichen oder rechtlichen Fragen kompetent zu sein, bei medizinischen Fragen scheint man dies der politischen Ebene weniger zu zutrauen. Daher kann das Spannungsfeld Politik zu Bevölkerung in der Analyse vorwiegend im Kontext der Abhängigkeit von der Wissenschaft betrachtet werden.

Kommunikation Politik Bevölkerung
• Wissenschaft: zwischen Feigenblatt und Abgrenzung • Transparente Entscheidungsfindung und klare, ehrliche Kommunikation • Unterschiedliche politische Botschaften als Risiko in der Krisenbewältigung • Keine Einbahnstraße • Verbesserungsvorschläge

Wissenschaft: zwischen Feigenblatt und Abgrenzung

Von vielen Interviewten wurden auf ähnliche Weise zum Ausdruck gebracht, dass die Wissenschaft oftmals als Feigenblatt – manche nutzten auch das Wort Sündenbock – benutzt worden war, um Maßnahmen durchzusetzen, die – auch dies wurde von einigen angemerkt – meistens zu spät kamen.

„Also wir hatten das gleiche Problem: Entweder neigt die Politik dazu, sich die Wissenschaft als Feigenblatt herzunehmen und sich sozusagen politische Entscheidungen ein bisschen sozusagen entschuldigend auf die Wissenschaft zu schieben; andererseits versucht sich die Politik maximal abzugrenzen, so dass das, was die Wissenschaft sagt, ist das eine, und was wir machen, ist das andere.“ (P2)

So habe sich die Politik zurückgezogen und die Experten vor die Kameras gesetzt, was P8 und andere als kritisch bewerteten.

Transparente Entscheidungsfindung und klare, ehrliche Kommunikation

Ebenso wurde von beinahe allen Interviewten der Mangel an klarer Kommunikation angemerkt, die darlegt, wie es zu den Entscheidungen kommt, die einerseits die Information aus der Wissenschaft aufnimmt, sie abwägt gegen andere ebenso berechnete Bedarfe, Interessen und Überlegungen, und basierend auf diesem Prozess die Entscheidung transparent kommuniziert.

P4 geht sogar weiter: *„Politik hätte genauso die Möglichkeit, die Wissenschaft zu erklären und zu sagen: Hey, die Wissenschaftler wussten zu dem Zeitpunkt das. Und damals am Tag X haben wir auch auf Basis dieser vorhandenen Fakten entscheiden müssen.“* Dies hätte ein partnerschaftliches Entstehen bedeutet und Vertrauen gefördert.

„[Sie hätten] von Anfang an irgendwie ein Stückweit klarer kommunizieren müssen. Okay, wir sind am Lernen. Aus derzeitigem Stand sagen wir dies, das heißt aber nicht, dass das jetzt eine für alle Zeiten die ewig gültige Wahrheit ist,“ (P4)

Eine von P8 pointiert fest gehaltene Diskrepanz betrifft den Kommunikationsstil, so sollten Politiker:innen in einer solchen Krise nicht so kommunizieren wie zu ihrem Wahlvolk, sondern eher wie Ärzt:innen zu Patient:innen.

Unterschiedliche politische Botschaften als Risiko in der Krisenbewältigung

Von einigen Interviewten wurde indirekt auch die Problematik angesprochen, die entstand als eine politische Partei – nach anfänglicher Kooperation – die Covid-19 Pandemie nutzte, um „politisches Kleingeld“ (P4) zu machen, P3 wurde hier direkter als die Aussage fiel: *„Weil wenn ein Parteichef sagt, das Coronavirus gibt es nicht oder so, zugespitzt formuliert, dann wird es für den Gemeindefunktionär auch schwierig den Glauben beizubehalten.“* Insofern öffnet sich hier ein weiteres innerdemokratisches Spannungsfeld, wenn die Volksvertretung – egal ob regierend oder in Opposition – nicht an einer gemeinsamen Krisenbewältigung arbeitet bzw. opponierende Narrative vertreten werden. Dies bringt in Folge die anderen Parteien in Zugzwang, die hier entstehende Spaltung gering zu halten indem beispielsweise Maßnahmen verzögert oder geschwächt werden. Wodurch weitere ungewünschte Dynamiken entstehen.

Keine Einbahnstraße

Kommunikation darf auch für die Politik keine Einbahnstraße mehr sein, so wie für die Wissenschaft die Notwendigkeit gesehen wird sich für Fragen und Anregungen zu öffnen dürfte ähnliches auch für die Politik gelten, abseits etablierter Parteistrukturen. Denn es sei notwendig der Bevölkerung viel Platz einzuräumen so P3, um die dichte Krisenkommunikation umzusetzen. Ähnlich kommt dieser Aspekt auch weiter oben bei den Maßnahmen vor, wenn P2 meint, dass herausgefunden werden müsse, ob die Botschaften in der Bevölkerung ankommen, verstanden und auch umgesetzt werden.

Verbesserungsvorschläge

Verbesserungsvorschläge, wie Krisenkommunikation in Zukunft besser gelingen kann gab es insbesondere in struktureller und methodischer Hinsicht. Einerseits gelte es Kommunikation positiv zu gestalten und auf Angstbotschaften zu verzichten, aber auch die Kontinuität in der Kommunikation aufrecht zu halten und eine möglichst hohe Barrierefreiheit zu garantieren (P3).

„Und wenn man da 1, 2, 3, maximal griffige Informationen drinnen hat, oder wie kann ich mich verhalten, Anleitungen, vielleicht auch mit Comics, mit kleinen Videos, mit ein bisschen Humor oder Freude sozusagen. Ja, Spaß daran, sich das anzuschauen. Oder ich habe ein Interesse daran, Gamification, was auch immer.“ (P2)

Abschließend sei es erforderlich sich in der Sprach dem Gegenüber anzupassen, um verstanden zu werden.

„Klar, immer wenn man die Sprache derer spricht, die man ansprechen möchte, ist es immer leichter. Jugend muss anders angesprochen werden, dass ältere Menschen, usw. Aber das ist Grundregel der politischen Kommunikation“ (P7)

5.2.6. Evidence based policy making

Die Antworten im Kontext der Frage zu evidenzbasierter Politikgestaltung inkl. Krisenmanagement zeigen, dass es zwar generell befürwortet wird, aber die Umsetzbarkeit oder die Anwendung in Krisen als Herausforderungen gewertet wird.

„Bei uns hat halt immer die Evidenz herhalten müssen, wenn sie grad gepasst hat als Erklärung. Und ansonsten war es manchmal so ein bisschenl wie das Erzherzogspiel.“ (P4)

„Wissenschaftliche Begleitung. Ohne wissenschaftliche Begleitung, ohne Daten, Fakten geht gar nichts.“ (P1)

„Wir haben auch kaum Schnittstellen und systematische Evidenz darüber, was für Evidenz wir überhaupt haben.“ (P5)

„Die Politik aus meiner Beobachtung nach will eigentlich das machen, was die Menschen möchten. - Und deswegen ist es ganz wichtig, das, was auch immer die Menschen wollen, dass die Menschen auf jeden Fall die Information zur Kenntnis genommen haben und ihnen zur Verfügung stehen. Sie können sich ja immer noch dagegen entscheiden.“ (P6)

Evidenzbasierte Politikgestaltung
• Allgemeine Befürwortung, zweifacher Nutzen, aber diverse Risiken • Unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen und schwierige Umsetzbarkeit • Herausforderungen von (mangelnder) Evidenz in der Krise • Desinteresse an Evidenz • Trennung der Welten • Unterschiedliche Sprache und Kultur • Wissenschaftsfeindlichkeit und deren „Bekämpfung“ • Empfehlungen für die Zukunft

Allgemeine Befürwortung, zweifacher Nutzen, aber diverse Risiken

Eine stärkere Einbindung von wissenschaftlicher Evidenz wird von fast allen interviewten Personen befürwortet, aber nicht ohne Bedenken und Vorbehalte zu äußern, die im Laufe dieses Kapitels näher dargestellt werden.

„Und ich glaube, dass es für Entscheidungsträger schon wichtig wäre, solche Erkenntnisse sowie Basics auch zu kennen, weil man das dann automatisch in die Entscheidungsfindung mit einfließen lässt.“ (P1)

P7 spricht von einer „bestimmten Vorratshaltung“ an Evidenz, auf die man zurückgreifen können, sollte, gleichzeitig wird auch die Notwendigkeit der kontinuierlichen Erhebung gesehen, *„weil es schwierig ist, in einer Krisensituation plötzlich so etwas auf die Beine zu stellen.“*

P6 kann den Nutzen von beispielsweise empirischer Sozialforschung präzise formulieren, denn diese könne *„ein Korrektiv sein [kann], eine andere Perspektive bieten kann, nämlich ein Gesamtbild, was das auch quantifiziert: Welche Meinungen gibt es und wie viele davon haben wir?“*

Ohne näher darauf einzugehen, aufgrund der zugesagten Anonymität, wurde auch die Erwartungshaltung der Politik gegenüber der Wissenschaft erwähnt, die sich ändern müsse.

Ergänzend wird auch der Nutzen für die Wissenschaft an sich gesehen, wie im Kapitel Kommunikation bereits angesprochen, denn *„in weiterer Folge [haben man] viel bessere*

Wissenschaft produziert, als wenn wir immer nur um unsere selbst gestellten Fragestellungen, die, sagen wir mal aus Theorieperspektive interessant sind und so gekreist hätten“. (P6)

Von manchen Befürworter:innen wird aber auch die Sorge geäußert, dass es „*bestenfalls Zuarbeiter für letztlich politische Zwecke*“ sein könnte, wie es P4 konkret ausspricht.

Unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen und schwierige Umsetzbarkeit

Eine auch im Kapitel Kommunikation angesprochene Herausforderung in der evidenzbasierten Politikgestaltung können unterschiedliche wissenschaftliche Interpretationen oder Meinungen sein; und dass die Politik selbst das Vertrauen in eine Meinung haben müsse, auf der sie ihre Entscheidungen basiert, zudem sei „*Wissenschaft ja im Regelfall nie schwarz oder weiß*“ (P3). Aber auch die Umsetzbarkeit von Vorschlägen oder Ideen aus dem wissenschaftlichen Bereich sind aus politischer Umsetzungs-Perspektive nicht immer machbar.

„Da gibt es ein gewisses Spannungsfeld. Ich habe das auch wahrgenommen. Einerseits wissenschaftliche Erkenntnisse, wissenschaftliche Theorien und Modelle. Die sind oft sehr schwierig eins zu eins umsetzbar, weil zum Beispiel ein Teil der Bevölkerung, die nicht mitträgt, weil es ganz schwierig ist. Das sind ja oft sehr komplexe Materien, wo es oft nicht ganz einfach ist, die in einfachen Worten zu transportieren. Und eine weitere Herausforderung meines Erachtens ist die Geschwindigkeit.“ (P1)

Das Dilemma, in dem die Politik oft stecke, sei, dass niemand die Wahrheit habe laut P8 und dies umfasse auch wissenschaftliche Ergebnisse, die sich rasch auch wieder ändern können.

Es gab jedoch auch Bereich, in denen den wissenschaftlichen Empfehlungen nicht gefolgt wurde, vor allem in der Krisenkommunikation, deren Ziel es war Compliance aufrecht zu erhalten.

„Es gab ja dann früher oder später einen psychosozialen Beraterstab, auch im Gesundheitsministerium, mit einem Jahr nach Pandemiebeginn ungefähr. Und da sind so ziemlich sämtliche Ratschläge, die dort gegeben wurden und da ging es sehr wohl halt um wie erziele ich Compliance und wie muss ich irgendwas kommunizieren; das ist alles nicht berücksichtigt worden.“ (P4)

Herausforderungen von (mangelnder) Evidenz in der Krise

Manche Interviewte sahen eine nicht geringe Herausforderung in einem strikten Evidenzbegriff zu Krisenzeiten, vor allem P8 wies darauf hin, dass man bei der Diskussion rund um die Nutzung von Masken gesehen habe, dass auch wenn etwas wirksam dokumentiert sei und der Nutzen feststünde, es noch nicht brauchbar sei, weil Widerstände entstünden. Der oben von P1 angesprochene Faktor Zeit wurde auch von P8 angeführt, denn in Krisen müsse man auf Grundlage unvollständiger Information oftmals rasch Entscheidungen treffen. Hinzu kommt der von P4 erwähnte „laufender Erkenntnisprozess“, der zu seiner gewissen Unsicherheit führe, die ausgehalten werden müsse, was viele nicht schaffen. Hilfreich sei hier Transparenz und Ehrlichkeit in der Kommunikation wie im entsprechenden Kapitel erwähnt.

„Weil wir schlicht und ergreifend noch nicht die Datenlage haben, auf der wir uns trauen können, sichere Aussagen zu machen.“ (P4)

Und wenn keine gesicherten Daten vorhanden seien, dann müsse man auch abwägen und sei es auf politischer oder gesellschaftlicher Ebenen aushandeln, wie weiter vorgegangen wird. Der Faktor Zeit sei aber nicht nur für die Entscheidungstragenden ausschlaggebend gewesen, auch aus wissenschaftlicher Sicht bestand die Anforderung in kürzester Zeit Daten bzw. Antworten zu liefern auf Fragen, die bislang kaum untersucht worden waren.

„Das dauert eine Weile, bis man bestimmte Aussagen machen kann. Wir haben außerdem gelernt, dass nichts fix ist. Also wir haben eigentlich so eine Grundaussagenlogik, die heißt, naja, es ist unter diesen Umständen davon auszugehen, dass ... Wie oft bin ich angerufen worden? Ich soll jetzt bis morgen wissenschaftlich fundiert sagen, was passiert, wenn wir ... machen?“ (P5)

In diesem Kontext sei auch auf die erwähnte Abgrenzung von Evidenz und Meinung hingewiesen, oftmals scheint es müsse auf Erfahrung aufbauende Meinung zurückgegriffen werden, weil die Fakten fehlen, aber *„schaut's, wo ihr im Bereich der Evidenz seid und wo ihr in den Bereich der Meinung abgeleitet. Und das, finde ich, war schon auch ein wichtiger Lernprozess auch für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, diese Grenze immer klar zu haben, wo argumentiere ich auf Basis von mehr oder weniger gesicherten Fakten, je nachdem wo halt, wie gerade der Wissensstand war? Und wo laufe ich Gefahr, irgendwie in meine persönliche Meinung abzudriften.“ (P5)*

Eine weitere Herausforderung in einer Krise wie jene der Covid-19 Pandemie ist die Fachbreite, und den unterschiedlichen Perspektiven, Problemen aus diversen Bereichen, die aufgezeigt wurden, hier müsse entlang der Krisenentwicklung immer neue abgewogen werden was geht und was geht nicht, darüber waren sich die meisten Interviewten einig. Neben dem Faktor Zeit in der Krise wurde auch die Faktoren Strukturen und Prozessen von einigen wenigen angesprochen, die darauf hinwiesen, dass es hilfreich gewesen wäre über bestehende Strukturen zu verfügen, um schneller in Diskurs treten zu können.

Desinteresse an Evidenz

Vorhandene Evidenz – wie mehrfach im Kontext der Krisenkommunikation erwähnt – wurde oftmals nicht zur Kenntnis genommen; dies wurde von drei Personen auch im Falle der Ergebnisse des Austrian Corona Panel Project bemängelt.

„Corona Panels. Genau. Das ist eigentlich eine sehr billige Geschichte gewesen. Es war nicht teuer und trotzdem war es immer wahnsinnig schwierig, dass irgendwie ein paar Cent dafür ausgegeben werden. Und da denkt man sich das gibt es doch nicht.“ (P5)

„Also vielleicht ist es auch nach wie vor so, dass man sagt okay, wenn wir es nicht wissen, dann brauchten wir auch nicht danach handeln.“ (P5)

Trennung der Welten

In den Interviews wurde von einigen Befragten auch die Trennung zwischen der politischen und der wissenschaftlichen Welt betont. Diese Trennung wurde in unterschiedlichen Zusammenhängen erwähnt, einerseits bestehe sie und habe auch ihre Berechtigung, denn

beide Welten würden – wie bereits ausgeführt – unterschiedlich funktionieren und Politik könne hier versuchen Konsens zu finden.

„In der Wissenschaft gibt es immer Dissens. Die Aufgabe des Politikers ist es dann, diesen Dissens für sich zu einem Konsens zu machen durch Gewichtung der einen Meinung und möglicherweise Abgewichtung der anderen Meinung, wofür es hoffentlich dann auch immer gute Argumente gibt.“ (P7)

„Also ich würde eigentlich sagen, mein Learning aus dieser ganzen Interaktion ist Wissenschaft ist das eine, und Politik ist etwas völlig anderes. Also ich würde es wirklich so beschreiben: Es sind zwei völlig getrennte Welten und völlig getrennte Systeme, die auch nach unterschiedlichen Handlungslogiken funktionieren“ (P6)

Auch die unterschiedlichen Aufgaben wurden regelmäßig betont, während die Wissenschaft Fakten, Daten und Erkenntnisse zur Verfügung stellt, sei es die Aufgabe der Politik zu entscheiden.

„..., aber da sind wir dann wieder bei der Trennung irgendwie: Okay, am Ende muss die Politik entscheiden und begründen können, warum sie das machen.“ (P4)

Hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen gab es zwei Ansichten, die eine, dass Wissenschaft näher an Politik gebracht werden müsse aber auch eine, die eine strikte Trennung forderte.

„Das sind zwei unterschiedliche gesellschaftliche Subsysteme, und die muss man auch trennen.“ (P7)

Wobei diese Trennung in Krisenzeiten – angelehnt an die Erfahrungen aus der Covid-19 Pandemie – vorübergehend für den Anfang auch aufgehoben werden dürfe.

Unterschiedliche Sprache und Kultur

Die angesprochene Trennung bzw. die unterschiedlichen Welten spiegeln sich auch in unterschiedlicher Sprache, Kultur und Abläufen wider. Diese Unterschiede wurden wie folgt beschrieben.

„[Sie haben mir ein] Stichwort geliefert, das ich für sehr, sehr wichtig erachte, nämlich zu lernen, dass man unterschiedliche Sprachen spricht“ (P3)

Diese unterschiedlichen Sprachen würden vor allem in der Verwendung des Konjunktivs manifest, so P3, während die Wissenschaft mit Wahrscheinlichkeiten umgehen können müsse, kann *„eine Verordnung mit bestimmten Maßnahmen [nicht] zu 85 %“ unterschrieben werden*, man könne sie nur unterschreiben oder nicht unterschreiben.

Dieser unterschiedliche Umgang mit Wahrscheinlichkeiten, Evidenz aber auch die unterschiedlichen Kulturen wird auch von P5 in der Retrospektive sehr kritisch gesehen.

„Wir haben ja überhaupt keine Kultur gehabt, damit umzugehen. Und genauso glorreich ist es meines Erachtens auch gescheitert an den meisten Stellen. Warum? Weil die Logiken ja ganz andere sind.“ (P5)

„Wissenschaftsfeindlichkeit“ und deren „Bekämpfung“

Evidenzbasierte Politikgestaltung bedarf jedoch nicht nur der Akzeptanz von politischer Seite, sondern auch jener der sie vertretenden Gesellschaft. An diesem Punkt wurde an die Feststellung der bestehenden Wissenschafts- vielleicht sogar Bildungsfeindlichkeit des Landes angeknüpft. P8 meinte einen Mangel an Respekt und Wertschätzung von Bildung

und Wissenschaft zu erkennen und verwies auf internationale Rankings in denen Österreich nicht gut abschneide. Dies wurde auch von P6 bestätigt:

„Also die Bevölkerung scheint zum Teil wissenschaftlichen Argumentationen sozusagen nicht folgen zu können und auf fundamentale Weise nicht.“

Einen Grund dafür könne auch in der Ausgestaltung der Lehrpläne liegen, denn es mangle an statistischen Grundkenntnissen oder der Bedeutung bzw. Anwendung von Wahrscheinlichkeiten, während man lerne die Höhe von Türmen zu berechnen mangle es am anderen. Hier entstünden Lücken, die evidenzbasierte Entscheidungen erschweren würden.

Ein in den Medien oftmals aufgeworfenes Thema, welches von diversen Interviewten bestätigt wurde, waren die Angriffe seitens Gruppen oder Individuen gegen Vertreter:innen aus der Wissenschaft.

„die sind ja auch beschimpft worden dann ohne Ende, also teilweise wirklich auch bedroht worden“ (P5)

Auch unter Kolleg:innen anderer Fachdisziplinen wurde zwar keine Feindlichkeit, aber Kenntnismängel ausgemacht, wenn P6 meint, dass auch die *„naturwissenschaftlichen Kollegen teilweise nicht das Bewusstsein haben, dass es über zum Beispiel diese ganzen psychosozialen Sachen wissenschaftliche Erkenntnisse gibt. Das können die sich gar nicht vorstellen, zum Teil.“*

Während dieser Feststellungen wurden auch Punkte vorgebracht wie dies geändert werden könne, indem stärker wissenschaftliche Denkweisen gefördert würden und eine Charmeoﬀensive für die moderne empirische Sozialwissenschaft (P6) oder besser dargestellt würde, wie Wissenschaft funktioniere (P4).

Empfehlungen für die Zukunft

Ergänzend zu den Empfehlungen der Ausgestaltung eines psychosozialen Lagebildes wie auch den Möglichkeiten der Stärkung von Wissenschaft und Bildung, wurden hinsichtlich des darüber liegenden Themas, der evidenzbasierten Politikgestaltung folgende ergänzende Aussagen getroffen.

„Also ich glaube, die Evidenz des Lagebildes ist die eine, aber das Arbeiten an einer Kultur zwischen Politik und Wissenschaft das andere, das ist definitiv, da gibt es noch viel zu tun“ (P5)

Es wurde – angesichts der Erfahrungen aus der Covid-19 Pandemie – die Einbeziehung der Parlamentsfraktionen gefordert, um die Entwicklung in diese Richtung zu stärken (P3).

Gleichrangig mit der zur Verfügungstellung von Evidenz wird auch der Bereich der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik gesehen, an dem intensiv weiter gearbeitet werden müsse so P5, wie auch die Entwicklung nachhaltiger Prozesse.

Die Konkurrenz von Evidenz, zu der es bei einer vielfältigen Forschungslandschaft komme, in der jede:r das eigene Gebiet für das Wichtigste halte, erfordere auch das Schaffen oder Halten eines Gesamtblickes, da man sonst Gefahr laufe nur auf die lauteste Stimme zu hören.

Konkret schlägt P6 vor „Foren zu schaffen, die so einen Austausch in irgendeiner Art und Weise ermöglichen“, in deren Rahmen die Praxis Fragen stellen könne an die Wissenschaft.

Abschließend hätte evidenzbasierte Politikgestaltung das Potential – sofern man sich mit der Gesellschaft wirklich beschäftigt und interagiert – zu zeigen, dass es *„einen Nutzen hat, also dass es für sie auch sozusagen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einen Beitrag leisten kann“* (P6)

5.2.7. Krisenbewältigung

Die Krisenbewältigung wurde von den Interviewten vorwiegend aus der Rückschau auf die Pandemiebewältigung betrachtet und beantwortet, und eng mit dem Thema der Maßnahmen und Gestaltungsmöglichkeiten verwoben.

„Nur wir wissen alle nicht, was wäre, wenn. Wenn wir vielleicht früher Maßnahmen gesetzt hätten, dann wäre die Welle vielleicht flacher gewesen. Wir wissen aber auch nicht, was wäre gewesen, wenn wir überhaupt keine Maßnahmen gesetzt hätten.“ (P1)
„Also, dass das Verdrängen der Krise aus dem normalen Alltag, das sollte man nicht tun. Man sollte eher umgekehrt sagen Krisen können kommen und wir sollten uns darauf vorbereiten.“ (P3)

Krisenbewältigung
• Herausforderungen in der Krisenbewältigung • Ziel: alte Normalität? • Verbesserungsmöglichkeiten

Herausforderungen in der Krisenbewältigung

Die herausforderndsten Faktoren in der Krisenbewältigung, die von den Interviewten genannt wurden, könnten aus dem Lehrbuch stammen, denn es handelt sich um Geschwindigkeit, strukturelle Hürden, medialer Druck aber auch die Kommunikation seitens jener, die für die Krisenbewältigung zuständig sind.

Der Faktor Geschwindigkeit wird auch durch den Mangel an Information verschärft und das Abwägen unterschiedlicher Schutzgüter bzw. Interessen.

„Also in der Krise ist es zumeist so, dass man sehr rasch Entscheidungen treffen muss. Um bestimmte Gefahren abzuwehren. Und Gefahrenabwehr impliziert sehr oft auch, dass man abwägen muss, Leben vor Gesundheit, Sache usw. Und ich glaube, etwas ähnliches haben wir bei der Pandemie auch gemacht.“ (P1)

Wie erwähnt wird auch im Kontext der Krisenbewältigung mit der Pandemie die Kommunikation genannt, wobei diese hier auf die Ebene der Umsetzung der Maßnahmen zu verstehen ist, denn *„als Krisenorganisation sei man immer hinterherhinken“* (P1). Das Hinterherhinken ist in zweifacher Hinsicht zu verstehen, einerseits dem Pandemieverlauf hinterher; aber auch der Umsetzung erlassener Vorschriften, da oftmals nur wenig Zeit blieb sich mit ihnen vertraut zu machen.

Da es sich um eine Gesundheitskrise handelte sei auch die hier in Österreich vorhandene Struktur zu deren Bewältigung nicht ideal (P2 und P8), weil das Gesundheitsministerium kaum auf Bundesinstitutionen in den Bundesländern zurückgreifen könne, wie sie in der Polizei oder

im Bundesheer bestehen. Es habe auch allgemein an einem klaren strategischen Zentrum gefehlt in der pandemischen Krisenbewältigung über lange Zeit (P3).

P8 wies darauf hin, dass die bestehenden Pandemiepläne auf Grippe ausgelegt waren, aber wenig anderes, womit man eigentlich zum Scheitern verurteilt war, da man eigentlich nicht vorbereitet gewesen war. Insofern war die fehlende Vorbereitung nicht nur im medizinischen Bereich, sondern in vielen weiteren Bereichen ein Mangel, der jedoch bis auf einige Ausnahmen global verortet werden kann.

Ziel: alte Normalität?

Als Ziel der Krisenbewältigung wurde hin und wieder die Rückkehr zur Normalität genannt, was durchaus nachvollziehbar ist, wobei kaum definiert wurde welche Normalität. Im Zusammenhang mit der Pandemie ist daher zu fragen, ob es eine Normalität im Sinne einer wehmütig idealisierten Prä-Pandemie Zeit ist, die das Erlebte vergessen möchte, oder einer Normalität, die das Erlebte integriert und sich weiterentwickelt. Folgende Aussage deutet auf Ersteres hin.

„Wir müssen immer schauen, dass man möglichst rasch wieder in Richtung einer früheren Normalität kommt. Krisenmanagement, so wie bereits gesagt, bedeutet in der Regel Einschnitte, Beeinträchtigungen. Und die sollten nicht so lange andauern“ (P1)

Verbesserungsmöglichkeiten

Eine bessere Vorbereitung oder „*preparedness*“ wie es P5 wiederholt nennt wird als Grundvoraussetzung für eine bessere zukünftige Krisenbewältigung genannt.

Diese bessere Vorbereitung umfasst nicht nur Pläne, sondern auch eine Geschlossenheit auf parteipolitischer Ebene, denn diese sei vorteilhaft „*für das Verhalten der Bevölkerung und das erreiche ich durch die Einbeziehung best möglich.*“ (P3)

An dieser Stelle ist auch zu wiederholen, dass die „*Basisfakten viel stärker außer Streit gestellt*“ (P3) werden müssen.

Von P7 wird angemerkt, dass in Krisensituationen eventuell auch der Datenschutz hinterfragt werden müsse, sowie Unsicherheit beiseitegeschoben werden müsse, um sich zu trauen Dinge zum ersten Mal zu machen.

6. Diskussion der Ergebnisse

Aufgrund der Breite der Arbeit, wird die Diskussion der Ergebnisse im Sinn der Übersichtlichkeit und besseren Strukturierung in drei Unterkapitel geteilt.

Im Ersten werden die Interviewergebnisse intern diskutiert, in dem Widersprüche, Übereinstimmungen und Ergänzungen präsentiert werden. Im Zweiten wird ein Abgleich der Interviewergebnisse mit der Literatur vorgenommen und schließlich werden im Dritten anhand der erarbeiteten Ergebnisse die Forschungsfragen und Hypothesen beantwortet.

6.1. Übereinstimmungen, Ergänzungen und Widersprüche in den Interviews

Übereinstimmungen und Ergänzungen gab es in der allgemeinen **Bedeutung von Lagebildern**, bis auf wenige Abweichungen, sei es die Begrifflichkeit oder die Verortung im militärischen Bereich (P6). Als ergänzend ist die Funktion von Lagebildern zu sehen, angefangen bei der Funktion als Informationsquelle (P3, P8), bis hin zur Entscheidungsgrundlage (P5, P6), aber auch als Dokumentation (P6).

Übereinstimmung gab es auch hinsichtlich der mangelhaften Datenlage (Bspw. P2, P8), einerseits wurde kritisiert, dass die Daten immer ein Blick in die Vergangenheit seien und man es daher nicht schaffe vor die Situation zu kommen, andererseits sie die Parallelität diverser Erhebungsstrukturen nicht hilfreich gewesen. Sinnvoller wäre es hier mit einer Datenlage in einem Format nach außen zu kommunizieren, welches von allen Medien übernommen werden könne, anstatt mit unterschiedlichen Abfragezeitpunkten oder Skalierungen – wie die Verfasserin selbst in ihrer Zeit im SKKM Stab erlebt hat – die ohnehin schon hohe Komplexität noch zu verkomplizieren (P2).

Die Frage nach den **Gestaltungsmöglichkeiten** wurde einerseits sehr unterschiedlich interpretiert, denn während von einer Person die moderierende Rolle (P1) oder die alleinige Vernetzung (P1) bereits als Gestaltungsmöglichkeit gewertet hat, wurde sie von anderen negiert oder der Eindruck vermittelt es handle sich bei der Mitwirkung in den Gremien mehr um eine Black Box als einer transparenten Struktur (P4, P5, P6). Zudem wurde von der Mehrheit eine Trennung zwischen den Akteursgruppen von Entscheidungstragenden und Wissenschaft erkannt. Zudem hing das eigene Gestaltungsvermögen von der eigenen Position im System ab, bzw. den damit verbundenen Aufgaben. Während zwei Personen (P2, P6) offen, andere es eher verhalten ausdrückten, wurde ersichtlich, dass die Gestaltungsmöglichkeit insgesamt geringer war, als in dem Fall von der Verfasserin erwartet worden war.

Die **Maßnahmen** können – darin stimmen alle überein – nur im Verlauf der Pandemie und ihrer Phasen diskutiert bzw. kritisiert werden. Damit einher geht auch die Entwicklung von Vertrauen und Solidarität in der Gesellschaft, beide Werte büßen im Verlauf ein. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass es das Präventionsparadox (P3) gibt und man daher nicht wissen könne, wie die Entwicklung bei anderen oder keinen Maßnahmen verlaufen wäre. Klar ist jedoch, dass die psychosozialen Auswirkungen immer verspätet auftreten (P4, P5), sich

aber dafür länger halten und langfristige Kosten verursachen. Übereinstimmung herrscht auch darin, dass die Maßnahmen verpolitisiert wurden und dadurch die Glaubwürdigkeit und die Compliance gelitten haben. Die zwischen epidemiologischen notwendigen Maßnahmen und den psychosozialen Bedürfnissen entstandenen Spannungsfeldern kann man nicht einfach auflösen, sie gilt es phasenabhängig zu betrachten und gleichzeitig anzuerkennen, dass unterschiedliche Ministerien unterschiedliche Interessen vertreten (z.B. P7). Ergänzend in dem Kontext sei auch der Hinweis auf die nach der Pandemie angestiegene Vereinsamung älterer Bevölkerungsschichten (P4). Übereinstimmung gab es auch bei einer als positiv bewerteten Nebenwirkung der Pandemie, nämlich die entstandene und intensivierte interdisziplinäre Zusammenarbeit aber auch gesamtstaatlichen Vernetzung (P1, P2, P4, P5, P6).

Das **psychosoziale Lagebild** wird als evidenzbasierte Quelle für Maßnahmen, Entscheidungen und ähnliches von allen Befragten als positiver Ansatz für die Krisenbewältigung, aber auch für die Politikgestaltung gewertet. Wobei gleichzeitig festgehalten werden muss, dass es Zweifel bei der Durchführbarkeit im Sinne der Kontinuität und der politischen Aufnahme gibt (P4). In diesem Kontext können auch zwei ausweichenden Antworten gesehen, wonach das Psychosoziale „eh mitgedacht wurde“ (P1, P8), während andere dies komplett negieren. Eine Person äußerte sich, dass es ihr an Phantasie mangle, wie so etwas ausgestaltet sein könne (P8). Dies lässt sich vielleicht mit der Anmerkung einer anderen Person erklären, die meinte, dass die Sozialwissenschaft stärker in den Vordergrund rücken müsse, weil letztere oft von der Naturwissenschaft bzw. deren Vertretenden nicht gänzlich ernst genommen werde (P6). Zudem gäbe es seitens der Naturwissenschaft Zweifel, dass bzw. ob in der Sozialwissenschaft überhaupt mit „harter“ Evidenz gearbeitet werden könne wie in der Naturwissenschaft. Widerspruch lässt sich dort finden, wenn es um die Örtlichkeit bzw. die Institution gibt, die ein solches psychosoziales Lagebild beherbergen könnte, sie umfasst konkrete Vorschläge wie das Bundeskanzleramt (P3) oder die Gesundheit Österreich GmbH (P1, P2, P4) bis hin zu abstrakter in der Nähe eines wissenschaftlich-universitären Umfeldes (P5, P6); diese unterschiedlichen Antworten dürften den unterschiedlichen Erfahrungen zu Grunde liegen. Bei jenen, die sich zur Methode bzw. wissenschaftlichen Ausgestaltung äußern (P2, P4, P5, P6), herrscht weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit der Interdisziplinarität und dem Mix von passiven und aktiven Daten. Der Nutzen wird unterschiedlich aber durchwegs als sich ergänzend gesehen, denn er wird als potenzielle Entscheidungsgrundlage (P4) gewertet wie auch als grundlegende Erhebung des „Querschnitt-Zustandes“ der Bevölkerung. Die Notwendigkeit einer Baseline zu der verglichen wird, wird von allen erkannt. Risiken werden darin gesehen, wenn es ein solches gäbe, aber nicht dementsprechend gehandelt würde, wie die Äußerungen rund um das Austrian Corona Panel Project zeigen (P4, P5). Alle Personen stimmten darin überein, dass die stärkere Berücksichtigung psychosozialer Ergebnisse und deren Anwendung in der Kommunikation ein Weg wäre, um im Krisenfall Compliance her zu stellen im Kontext der Maßnahmenbefolgung.

Hinsichtlich dem Thema **Kommunikation** stimmen die Befragten darüber ein, dass Glaubwürdigkeit essenziell ist, vor allem während einer Krise. Zwei Stimmen ergänzen, dass Kommunikation keine Einbahnstraße sein sollte (P2, P3), sondern die Empfänger:innen einbezogen werden müssen. Ein Widerspruch ergibt sich in welchem Setting in der Krise

kommuniziert werden sollte, ob Entscheidungsträger:innen allein (P7), in Kombination mit Wissenschaftler:innen (P8), dass Wissenschaftler:innen allein kommunizieren sollten wird von niemandem angeführt. Krisenkommunikation in einer Pandemie sollte an die gesamte Bevölkerung gerichtet sein und nicht nur an die eigene Wählerschaft, eventuell liegt hier die Diskrepanz bzw. die unterschiedlichen Meinungen zum Kommunikationsverhalten der politischen Ebene in Richtung Bevölkerung, die teilweise als misslungen bewertet wird. Die Herausforderung liegt darin, dass die Regierenden zwar nur von einem Teil der Bevölkerung gewählt sind, aber eine Krisenpolitik für alle machen müssen und in der Kommunikation entsteht folglich das Dilemma: kommuniziert man mit der eigenen Wählerschaft oder mit allen und riskiert in zweitem Fall die eigene Wählerschaft zu verprellen; oder verliert man jene, die einen nicht gewählt haben und sowieso schon skeptisch sind. Hier gilt es für die Zukunft abzuwägen zwischen parteipolitischer (Krisen-)Kommunikation und gesamtstaatlicher Krisenkommunikation. Für eine politische Partei kann dies ein schwer zu meisterndem Balanceakt werden. Übereinstimmung gab es auch in Bezug auf das *false balancing* der Medien (P3, P4, P6, P7), welches vielleicht intentional war, dem guten Glauben oder schlichtweg der Unwissenheit entsprang. Die überproportional große Präsenz von Mindermeinungen wurde kritisiert und als bedenklich erachtet. Eine korrigierende Funktion könnte in dem Bereich tatsächlich die Evidenz sein, wenn sie die Durchschnittsmeinung erhebt und der veröffentlichten entgegenstellt (P6), denn die Lautesten sind oft nur eine Minderheit. Dies könnte sogar für die Entscheidungstragenden eine Stütze in ihren Entscheidungen sein. Im Rahmen der Kommunikation wurde auch immer wieder auf die vorhandenen Bildungslücken bzw. -feindlichkeit und die Wissenschaftsskepsis verwiesen (P2 bis P8), die es erforderlich machen würde direkte Kanäle von Wissenschaft zu Bevölkerung einzurichten. Wie schon sichtbar war eng mit Kommunikation die **Rolle der Wissenschaft bzw. evidence based policy making** verbunden. Die meisten stimmten darüber ein, dass Wissenschaft eine wichtige Rolle spielt, aber einerseits anderen Handlungslogiken unterliegt, wie z.B. deren Umgang mit Wahrscheinlichkeiten und Dissens (P1, P3, P4, P6, P7), während Politik entscheiden müsse und somit stärker in der Ja/Nein Dichotomie gefangen sei. Einige kritische Stimmen ließen direkt anklingen, dass Wissenschaft seitens der Entscheidungstragenden als Feigenblatt eingesetzt worden war bzw. man anders entschieden habe als die Wissenschaft empfohlen hatte (P4 und teilweise P5, P6). Insofern ist eventuell die Idee seitens der Wissenschaft einen direkten Kanal zur Bevölkerung aufzubauen nachvollziehbar. Gleichzeitig wurde ergänzend von einigen angesprochen, dass die Rolle der Politik sei wissenschaftliche Meinungen und Interessen abzuwägen, und dann Entscheidungen zu treffen, denn sie seien vom Wahlvolk gewählt und nicht die Wissenschaftler:innen (P4, P6, P7, P8). Ergänzend können jene Stimmen gesehen werden, die nach einem transparenteren Entscheidungsprozess rufen, wonach die Entscheidungstragenden ihre Überlegungen und den Prozess zur Entscheidung offenlegen (P5, P7), um zu sehen welche Meinungen, Interessen gegeneinander abgewogen wurden und weshalb wie entschieden wurde. Ergänzend sprach sich eine Person dafür aus, die wissenschaftlichen Grundlagen allen zugänglich zu machen, um damit einerseits alternative Narrative einhegen zu können und andererseits eine breite Basis in der Krisenbewältigung zu haben (P3). Alle schienen implizit darüber übereinzustimmen, dass durch mehr Evidenz es bessere Politik gäbe. Ergänzend dazu auch die Ansicht, dass die Öffnung

der Wissenschaft hin zu Fragen aus der Politik auch erstere weiter entwickeln würde. Insofern gäbe es hier eine win-win Situation (P6).

Hinsichtlich des **Krisenbewältigung** waren manche Aussagen, ob Ergänzung oder Widerspruch, sei dahingestellt, interessant in Bezug auf die geäußerte unterschiedliche Zielsetzung im Rahmen des Krisenmanagements. Während von einer Person das Ziel zurück zur alten Normalität (P1) erwähnt wurde, fokussierte eine andere in die Richtung *preparedness* und Multikrisen (P5). Zusammenfassend stimmten alle darüber ein, dass die Compliance in einer Krise durch bessere Kommunikation und angepasste Maßnahmen auf Basis eines psychosozialen Lagebildes erhöht werden könnte.

6.2. Abgleich Theorie und Interviews

Aufgrund der diversen theoretischen Teilelemente wird entlang des Theoriekapitels beschrieben welche Aussagen der interviewten Personen mit Oberem im Einklang stehen bzw. im Widerspruch.

Rückblickend zu Beginn folgendes: Der von Bogenschneider und Corbett (2021) beschriebene Ansatz des *evidence based policy making* mit der von ihnen entwickelten Theorie der *Community Disonance* Theorie bezieht sich primär auf die sozialwissenschaftliche Forschung mit Schwerpunkt Familien- und Gesundheitspolitik. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021) Die Theorie wurde in den USA in sogenannten Friedenszeiten entwickelt. Nichtsdestotrotz zeigt die präsentierte Zusammenfassung ihrer Analyse, dass die Grundlagen für evidenzbasiertes (psychosoziales) Krisenmanagement bereits in Friedenszeiten geschaffen werden sollten, weil es auch um Vertrauensbildung geht zwischen den Ebenen.

Zur Erinnerung die Kernelement der Idealbedingungen für *evidence based policy making* angewandt auf die Herausforderungen die in Krisenzeiten – als Hintergrundscenario soll hier die Pandemie dienen – bestehen. Forschungsergebnisse sollten für **Policymaker zugänglich** und leicht zu finden sein. In der Krise sollte dies keine zu große Herausforderung darstellen, denn das zuständige Fachministerium sollte die Kontakte zur bspw. medizinischen Fachwelt bereits ausreichend aufgebaut haben bzw. schnell aufbauen können. Abgesehen davon sind die Fachministerien auch bedingt durch EU und internationale Organisation über Österreich hinaus gehend vernetzt und können an ausreichend Information gelangen. Die Hürde, die hier besteht, ist einerseits das grundsätzliche Vorhandensein von Evidenz – bei einer neuartigen Erkrankung dauert dies einfach – sowie divergierende Einschätzungen/Interpretationen seitens der Fachwelt und der Notwendigkeit trotz mangelnder Evidenz Entscheidungen zu treffen.

Hand in Hand mit der Zugänglichkeit geht auch die beispielsweise **ideologische Zugehörigkeit der Vermittler:in**, vertritt er/sie die eigenen Werte oder nicht. Dies wäre eher für den psychosozialen Bereich ein zu berücksichtigendes Element. Diese beiden Elemente können über die Interviews nicht direkt beantwortet werden, da sie nicht abgefragt wurden, was jedoch in den Interviews jedoch häufig geäußert wurde, war, dass es zahlreiche Empfehlungen gab aus Fachgremien und diese nicht umgesetzt wurden (P4, P5, P6). Die Information war

vorhanden, ob eventuell die ideologische Zugehörigkeit Thema oder Hürde war, kann mangels Information nicht beantwortet werden. Lediglich drei Personen (P4, P5, P6) erwähnten von Entscheidungstragenden kontaktiert worden zu sein, um zu Fragestellungen wissenschaftlich fundiert Antwort geben zu können.

Das **Wissen über den Policyprozess** sollte von der Wissenschaft bereits im Vorfeld erworben worden sein, denn während einer Krise bleibt vielleicht keine Zeit und die Prozesse können sich auch ändern, daher sollten auch die Akteur:innen bekannt sein. Nicht ganz passend, aber nahe an diesem Faktor ist die Bemerkung von P5 zu verstehen, wonach auch engere Bande zur Verwaltung als Mittler:in geknüpft werden müssten, um Information liefern zu können. Über diese Mittler:innen wäre ein tieferes Verständnis und eine Involvierung in den *Policyprozess* durchwegs denkbar.

In diesem Zusammenhang sollte bekannt sein durch welche didaktischen bzw. **Präsentationsmethoden** das Gegenüber am besten zu erreichen ist, dies reicht von Geschichten und Anekdoten über einfache Zahlen und Daten. Während in Friedenszeiten dies wahrscheinlich Schritt für Schritt in Erfahrung gebracht wird, braucht es in Krisenzeiten entweder bereits einen etablierten Kanal oder die Flexibilität der Forschenden, um ihre Punkte verständlich zu transportieren.

Die wohl größte Herausforderung ist jene des Faktors **Zeit**, denn Ergebnisse sollten idealerweise dann verfügbar sein, wenn sie benötigt werden, in der Krise braucht es hier evtl. Mut zur Lücke oder Mut zur Analogie und das Heranziehen von Erfahrungen aus ähnlichen Ereignissen aus der Vergangenheit wie Taiwan es gemacht hat. (Vgl. ZINN, 2021) Den Faktor Zeit sprechen auch P4, P5 und P6 explizit an, denn es war nicht immer möglich in der Geschwindigkeit wie gewünscht wissenschaftliche Antworten auf die gestellten Fragen zu finden. Schließlich können Forschende im Idealzustand ihre Ergebnisse bzw. die daraus abgeleiteten Projekt- oder Programmvorschläge durch **Wirtschaftsindikatoren** belegen, was einerseits den Aufbau von Interdisziplinarität im Vorfeld bedeutet, aber auch in Krisenzeiten eine gewisse Unschärfe ertragen muss. (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:259)

Auch wenn *evidence based policy making* von einem Idealzustand ausgeht, können gewisse Elemente der Theorie im Sinne einer *preparedness* vorbereitet werden und unter der Akzeptanz von Abschlüssen auch in Krisenzeiten angewandt werden.

Weitere Punkte im Abgleich von evidence based policy making und Interviewanalyse, die auffallen sind, dass die negativen Vorurteile wonach Wissenschaft als Feigenblatt oder nach Gutdünken seitens der Entscheidungsebene verwendet wird von den Expert:innen weiterhin so wahrgenommen wird und scheinbar vielleicht auch tatsächlich besteht (P4, P5, P6, P8).

Das Verständnis von evidenzbasiertem Handeln in den Interviews vorwiegend in die Richtung der Nutzung von Daten und Fakten, aber weniger im Sinne von grundlegender Bildung oder Erleuchtung, wie Bogenschneider und Corbett (2021) es ausdrücken, verstanden zu werden scheint. Weiters zeigte sich die in der Theorie identifizierte große Heterogenität der Wissenschaftswelt wie auch der Politikwelt, diese wurde auch in manchen Interviewantworten sichtbar. Sei es in Bezug auf die politische Zielkonflikte (P7), unterschiedliche Interessen oder, dass Expert:innen unterschiedliche Zugänge hätten sowie der unterschiedlichen Wertigkeit von Natur- und Sozialwissenschaften. Diese Heterogenität

sei auch auf Medien und die Bevölkerung selbst anzuwenden. Und viertens muss für ein evidenzbasiertes psychosoziales Lagebild ein hohes Maß an Seriosität garantiert werden, welche tendenziöse Fragestellungen vermeidet (P2, P4, P6, P7). (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021)

Hinsichtlich der möglichen Methoden, die in der Entwicklung eines psychosozialen Lagebildes anwendbar sein, sei auf die Aufzählung von Bogenschneider und Corbett (2021) verwiesen, die folgende Elemente als nützlich bezeichnen: ethnographische Forschung, angewandte Policy-Forschung, Metaanalysen, Kosten-Nutzen-Analysen und Programmevaluation. Neben den aus der Interviewanalyse bekannten Elementen der Methode könnten diese eine weitere Ergänzung darstellen, um das Bild zu komplettieren.

Ein Element aus der Kritik am *evidence based policymaking* Ansatz, welches in den Interviews doch vorkam ist, ist jenes, dass es nicht nur der Wissenschaft bedarf, sondern auch der Praxis, um ein umfassendes Bild zu erhalten. (Vgl. DAVOUDI, 2012) Die Praxis sei es in Form von Daten aus Schulen, von Polizeieinsätzen, Daten und Themen aus Beratungsstellen usw. wird als Quelle für ein psychosoziales Lagebild sehr wohl gesehen (P4, P5, P7).

Eine Übereinstimmung zwischen Theorie und Interviews lässt sich dort finden, wenn es um die zukünftige Entwicklung des *evidence based policymaking* geht, nämlich um die Schaffung von auf Vertrauen, Wissenschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gegründeten Beratungsstrukturen. Sowie einer kontinuierlichen Kultur des Einbeziehens wissenschaftlicher Erkenntnisse, wie auch jener aus der Praxis, in der Politikgestaltung. (Vgl. bspw. PABST, 2021)

Die Erkenntnisse aus der **politikwissenschaftlichen Analyse** des Krisenmanagements aber auch jene der Interessenvertretung in Österreich haben versucht das Thema in einen größeren und gesamtstaatlichen Kontext zu setzen, denn ein psychosoziales Lagebild sollte sich idealerweise in bestehende Strukturen einfügen können und deren Erkenntnisse und Empfehlungen ebenso viel Raum bekommen wie jene von organisierten Interessensvertretungen. Auch die theoretischen Schlussfolgerungen von Schröter (2022) wonach einerseits der Staat und seine Institutionen eine gewisse Schutzfunktion gegenüber ihrer Bevölkerung wahrzunehmen haben aber gleichzeitig der Staat nach dem westlichen demokratischen Modell nicht unbedingt geeignet ist für die Pandemiebekämpfung spiegelt sich in einigen Aussagen der Interviewten wider, wenn sie einerseits die sinkende Compliance bei den Maßnahmen bzw. Solidarisierung mit den vulnerablen Gruppen im Phasenverlauf ansprechen (P1, P2, P3, P4), aber auch die unterschiedlichen Zielkonflikte – physische vs. mentale Gesundheit (P2, P4, P5) – ansprechen, wie wohl die Moderne mit ihren Freiheiten und deren Einfordern wenig Raum bietet für Einschränkung und Verzicht. Aus den Interviews lassen sich des Weiteren einige Punkte ergänzen, denn das Spannungsfeld zwischen der epidemiologischen Notwendigkeit und den psychosozialen Bedürfnissen sind im Phasenverlauf der Pandemie zu betrachten und können bzw. sollten nicht immer gleich beurteilt werden, so ist auch der Hinweis zu verstehen von P5, dass es keinen Sinn mache psychisch gesund zu sein, wenn alle sterben würden. Aber die Verpolitisierung ist einer positiven und gemeinsamen Bewältigung nicht zuträglich und kann sogar als Risiko für die

entstandenen und vertieften gesellschaftlichen Gräben gesehen werden (P3, P4, P7), wobei auch die Medien hier einen Beitrag geleistet (P5, P7) haben. Denn auch die Auseinanderentwicklung der Lebensrealitäten der diversen Gruppen wie von Gangl et al. (2022) beschrieben gepaart mit der Verpolitisierung vertieft diese Gräben.

Je länger eine Krise dauere, umso mehr Vertrauensarbeit müsse geleistet werden, denn wenn das anfängliche maximal Negativszenario nicht eintrete, schlage das Präventionsparadox zu und die Gesellschaft fühle sich betrogen (P1, P3, P6, P7). Auch die strukturelle Organisation Österreichs in föderale Bundesländer und den dort erlassenen Regelungen (P2, P8) würden das Vertrauen nicht unbedingt fördern. Weil es auch eine für die Krisenbewältigung gefährliche Konkurrenz zwischen Bundes- und Landesebene bedeutet, die der gesamtstaatlichen Krisenbewältigung nicht zuträglich ist. In diesem Kontext ist auch das Framing von Maßnahmen (P4, P6) zu setzen, welches durch die negative Darstellung z.B. als Corona-Maßnahmen-Diktatur, dem demokratischen System ebenfalls geschadet habe. Auch der Zielkonflikt unterschiedlicher Ministerien ist ein Element dieses politikwissenschaftlichen Bereiches; sowie die Feststellung, dass die Wissenschaft präsentieren dürfe, aber die Politik dann entscheidet, was sie wolle (P4, P6, P8) ohne die dahinterliegenden Prozesse ausreichen transparent zu halten.

Ein aus unterschiedlichen Bedarfen heraus angesprochener Mangel ist die **Datenlage**, die Weichselgartner und Karutz (2016) für Deutschland bemängeln, was in Österreich auch nicht viel anders sein dürfte aufgrund dieses in den Interviews wiederholten Mankos. Wobei erwähnt werden muss, dass es sich sowohl um medizinische wie soziodemographisch/psychosoziale Daten handelt, die nicht in ausreichender Qualität vorhanden sind. Aber auch die Herausforderung zu Beginn einer Lage – besonders im Pandemiefall – auf Basis unzureichender Daten entscheiden zu müssen, bedarf eines fundierten Grundstocks an wenigstens vergleichbaren Daten und Erfahrung.

Hinsichtlich des **psychosozialen Krisenmanagements** gibt es bei den Interviewten, die sich dazu äußern, und der Theorie (HELMERICHS et al., 2016:294) eine grundlegenden Übereinstimmung, wonach es zu wenige Daten gibt über Bevölkerungsverhalten (P1, P2, P3, P6). Gleichzeitig zeigt der Beitrag von Bavel et al. (2020), dass es sehr wohl bereits zahlreiche Erkenntnisse zu menschlichem Verhalten gibt, dieses aber vielleicht in Kontext mit einer Pandemie gebracht werden müssen, da sie aus anderen Blickwinkeln stammen. Der Ruf nach Interdisziplinarität einiger Interviewter (P4, P5) scheint berechtigt, denn nimmt man die diversen Publikationen aus den Kapitel 2.2. und 2.4 zusammen, und es gibt wahrscheinlich noch mehr, erhält man bereits eine Grundlage an gesichertem Wissen.

Eine Figur, die Potential in sich birgt das **Krisenmanagement** positiv zu beeinflussen, ist jene der **Mittler:innen** oder technischen Entscheidungstragenden. (Vgl. OECD, 2015) (Vgl. DOLCE UND DI BUCCI, 2015) Die Organisation von Wissenschaftskommissionen oder Expert:innenbeiräte für die themenbezogene Politikberatung oder Regelungsberatung sind bereits unterschiedlich weit entwickelt in den europäischen Ländern. Manche Interviewte reagierten positiv auf diese Idee und eine Person konnte sie auch im Rahmen der

Verwaltungsstrukturen verankert sehen (P3, P4, P5), während eine andere dies für nicht nötig hielt, da die Politiker:innen ausreichend verständig seien (P6) und es eher eine:n Kommunikator:in zur Bevölkerung bräuchte. Eine Person (P8) sprach sich zweifelnd aus, da dies in Friedenszeiten nicht funktioniert habe und in Krisenzeiten noch weniger funktionieren würde. Ergänzend dazu die Empfehlung aus der OECD Studie (2015), dass auch Wissenschaftler:innen, die nicht dem politisch regierenden Ideologiespektrum entsprechen gehört werden sollten. Vielleicht ist dies ein Teil der Erklärung zur Beobachtung, weshalb die Einbeziehung in Friedenszeiten nicht funktioniert. In diesem Zusammenhang war erstaunlich, dass GECKO nicht als solche Mittlerstruktur erwähnt wurde, obwohl einige der Interviewten Mitglied gewesen sind und in dem Gremium sowohl die epidemiologischen wie auch psychosozialen Themen präsentiert wurden.

Die **Interessenvertretung** ist in Österreich – wie dargestellt – entlang von politischen Strömungen, Berufen, religiösen Gruppen, Freizeitaktivitäten, und anderweitigen Interessensgemeinschaften organisiert, die je nach wirtschaftlicher Bedeutung (z.B. Industriellen Verband) oder moralischem Wert (z.B. Blindenverband) kann von mehr oder weniger Einflussmöglichkeiten auf die politische Sphäre ausgegangen werden. (Vgl. bspw. ARMINGEON, 2017) Insofern ist der Zweifel mancher interviewter Personen durchwegs berechtigt wenn sie meinen, ob es überhaupt Interesse an der Nutzung eines psychosozialen Lagebildes gäbe (P4, P6). Zudem gibt es keinen Hebel, um die Empfehlungen, die dem Entspringen durchzusetzen. Insofern muss über den Nutzen, den die politische Ebene haben könnte, lobbiiert werden, indem nachvollziehbar dargelegt wird, dass dadurch die Lebenssituation vieler Menschen verbessert werden könnte, egal ob in Friedenszeiten oder der Krise, dass die Compliance gezielt erhöht werden kann, dass hier Evidenz geschaffen wird, die auf Probleme hinweist und eventuell auch Vorschläge für deren Lösung beinhaltet, bzw. zumindest eine Priorisierung dieser ermöglicht.

Die Erkenntnis mancher Interviewter, wonach die Best Practice der **Krisenkommunikation** bzw. die Empfehlungen nicht berücksichtigt wurden kann angesichts der gefundenen Analysen im Theoriekapitel z.B. bei Winter und Rösner (2019) oder Michelle Driedger et al. (2018) durchwegs nachvollzogen werden. Auch wenn seitens der Interviewten keine konkreten Beispiele – bis auf die Maskendiskussion oder die Bezeichnung der Impfung als Stich – erwähnt wurden. Wobei die Maskendiskussion hier auch einen starken kulturellen Hintergrund haben dürfte, angesichts dessen, dass wie Zinn (2021) schreibt diese Diskussion nicht nachvollziehbar war, angesichts der Akzeptanz und nachgewiesenen Wirkung in Asien, worauf auch P8 hinwies. (ZINN, 2021:605) In diesem Zusammenhang sei auch erinnert an das von Winter und Rösner (2019) definierte Schutzziel bei epidemischen oder pandemischen Ereignissen, nämlich der Schutz der Bevölkerung in erster Linie aus physischer Perspektive, dies wurde konkret nur von wenigen angesprochen (P5, P7), vermutlich aufgrund der Fokussierung auf die psychosoziale Ebene.

Auch die Quantität an Kommunikation sowie deren Konsum durch die Bevölkerung ist zu beachten, denn hier kann es unterschiedliche Effekte geben, wie Skoda et al. (2021) gezeigt haben und diese wirken sich auf das individuelle Erleben und Verhalten aus. Diese beiden

Elemente Quantität und Konsum wurden per se in den Interviews eigentlich nicht angesprochen.

Die Kommunikation kann im Pandemiekontext kaum losgelöst von der Wissenschaft betrachtet werden, deren Erkenntnisprozesse laufend erklärt werden mussten, um die Unsicherheiten, die einer Pandemie immanent sind, präsent zu halten., darauf weisen sowohl Michelle Driedger et al. (2018) hin wie auch P4 und P6. In der Theorie wurde hin und wieder auf Leadership (Vgl. BAVEL et al., 2020) hingewiesen, welches für die Krisenbewältigung essenziell sei, aber seitens der Interviewten fiel der Begriff nicht. Erwähnt wurde nur die anfängliche chaotische Struktur im Krisenmanagement bzw. die komplexen Kompetenzverteilungen (P2, P3, P8). Die Forderung nach mehr Transparenz in der Kommunikation, sei es hinsichtlich der Wissenschaftsprozesse oder der Entscheidungsprozesse in der Politik können durch Analysen aus vergangenen Epidemien belegt werden z.B. bei Michelle Driedger et al. (2018). Die Verbindung von Kommunikation, Vertrauen bzw. Glaubwürdigkeit und Wissenschaft führt zwangsläufig auch zum Thema Bildung im Sinne der immer wieder angesprochenen Bildungslücke und der damit verbundenen Wissenschaftsskepsis und zur Bandbreite des nicht Verstehens von Information bis hin zu Verschwörungsmythen. Um ein Abgleiten vorliegender Arbeit in diese Thematik zu vermeiden, wurde sie bewusst an gewissen Stellen erwähnt, aber nicht näher darauf eingegangen. Auch seitens der Interviewten wurde die Wissenschaftsfeindlichkeit, das nicht Verstehen (z.B. statistischer Grundlagen) und Bildungslücken angesprochen, aber nicht ausgeführt (P2 bis P8).

Ein psychosoziales Lagebild wird wahrscheinlich nicht alle Probleme lösen und dessen Ergebnisse und Empfehlungen nicht alle erreichen, wie es Bavel et al (2020) mit es gibt kein „one size fits all“ ausdrücken, aber eine Annäherung an verlorene Gruppen, vulnerable Gruppen wäre durchwegs möglich. In diese Richtung geht auch Zinn (2021), wenn er meint, dass für zukünftige Pandemien die Bevölkerung besser verstanden werden müsse, um die Krise zu bewältigen, aber – sofern nötig – auch andauernde Verhaltensänderungen zu erreichen.

Die **Frage wie oder durch wen** Erkenntnisse aus einem psychosozialen Lagebild umgesetzt werden könnten, wurde nicht angesprochen, sieht man von den erwähnten Ausgleichsmaßnahmen ab. Könnte die im Exkurs dargestellte Zusammenführung von psychosozialer Bedürfnispyramide und Katastrophenmanagementzyklus eine Basis bieten hinsichtlich der Arbeitsebene. Des Weiteren könnten Programme, Projekte, Interventionen, kommunikative Maßnahmen, Bildungsangebote oder rechtliche Regelungen, budgetäre Maßnahmen etc. jene Instrumente sein, die Abhilfe schaffen und jene Probleme, Mängel oder Bedarfe adressieren.

6.3. Beantwortung und Diskussion von Forschungsfrage und Hypothesen

Grundsätzlich geht es bei der Einrichtung und den Betrieb eines psychosozialen Lagebildes, um die Erhebung bzw. Erzeugung von sozialwissenschaftlicher Evidenz, diese kann der besseren und gezielteren (und somit auch kostengünstigeren) (sozialen) Krisenbewältigung

dienen, aber auch in den Phasen Vermeidung, Vorsorge, und Wiederherstellung dienlich sein. Wobei ein psychosoziales Lagebild nach dem Verständnis der Verfasserin – wie bereits erwähnt – nicht nur rein psychologisch zu verstehen ist, sondern interdisziplinär und auch Fragen aus sozioökonomischer Sicht, Vertrauen in die Politik, Fragen zur Gesundheit, Bildung etc. umfassen soll.

Zusammenfassend lassen sich die Forschungsfragen wie folgt beantworten

Frage 1: Welche Rolle spielt evidenzbasierte Forschung und psychosoziale Lagebilder im Speziellen bei der Erstellung von Krisenplänen und im Krisenmanagement?

Hypothese 1:

Die systematische Einrichtung eines psychosozialen Lagebildes in bundesweiten und langandauernden Krisen und Katastrophen würde im Krisenmanagement bei folgenden Fragestellungen hilfreich sein (Vgl. HELMERICHS et al., 2016):

- ✓ Planung von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen des Pandemiemanagement im Sinne von nicht pharmakologischen Interventionen
- ✓ Zur Vorhersage von möglichen Reaktionen der Bevölkerung und *compliance*-förderlichen bzw. -hinderlichen Faktoren (Vgl. auch WINTER UND RÖSNER, 2019)
- ✓ Identifikation von psychisch vulnerablen Gruppen
- ✓ Entwicklung von zielgruppenspezifischen Kommunikationsstrategien und Maßnahmen (Vgl. auch BETSCH et al., 2018)
- ✓ Entwicklung von zielgruppenspezifischen psychosozialen Interventionen auf allen Ebenen der Pyramide (Gliederung nach dem Katastrophenmanagementzyklus)

Die Ergebnisse aus Theorie und Interviews ergeben folgendes Bild. Die Beantwortung der ersten Fragestellung kann dahingehend differenziert beantwortet werden, dass psychosoziale Lagebilder derzeit keine Rolle spielen. In der Literatur wird zwar auch auf das psychosoziale Lagebild hingewiesen, dies geschieht aber im Kontext von räumlich begrenzten Einzelereignissen, die Anwendung in diesem gesamtstaatlichen Kontext gibt es noch nicht. (Vgl. HELMERICHS, 2016) Im Zuge einiger Lehreinheiten des ÖRSIK Lehrganges wurde jedoch sehr wohl angemerkt, dass sich manche Einsatzorganisationen auf jene Personengruppen einstellen, die sie als Gegenüber bei Ereignissen wie z.B. Fußballspielen, Konzerten oder Demonstrationen vorfinden. Im polizeilichen Bereich gibt es sogar den szenekundigen Dienst, welcher im Vorfeld von, von Konflikten gefährdete Fußballspiele mit den Fanvertretenden in Kontakt tritt, um die Stimmung zu erheben, Vorbereitungen zu treffen und deeskalierend einzuwirken. Ebenso werden gefährliche Situationen beispielsweise bei der Polizei durch Rollenspiele geübt, um professionelles Auftreten zu verinnerlichen. Insofern wird eine Art psychosoziale Vorfeldaufklärung oder Vorbereitung für die Beurteilung und Bearbeitung einer Lage sehr wohl gemacht, allerdings kontextbezogen und nicht generell. Einige Befragte sprachen sich dafür aus, die entstandenen Netzwerke und Kooperationen weiterzuführen (P4, P5, P6), aber allein die Förderschwierigkeiten des Austrian Corona Panel Project (P5) lässt eher vermuten, dass das Interesse an diesen Daten und Erhebungen enden wollend ist. Insofern ist

auch die sehr kritische Aussage sehr treffend, wonach es nur Sinn macht ein psychosoziales Lagebild einzurichten, wenn darauf auch Konsequenzen folgen (P4).

Hypothese 1 kann sowohl aus der Literaturanalyse als auch der Interviewanalyse heraus bejaht werden, denn es gibt ausreichende Erkenntnisse, Daten und Fakten, die belegen, dass ein solches Lagebild zur Planung nicht pharmakologischer Interventionen nützlich wäre, z.B. bei Bavel et al. (2020). Gleichzeitig wäre es hier notwendig zu fragen, wer sammelt die Erkenntnisse, analysiert sie und leitet daraus konkrete Handlungsvorschläge ab? Denn eine der interviewten Personen anmerkt, müsse man tendenziöse Umfragen unterbinden und auf ein Maximum an Wissenschaftlichkeit Wert legen. Die Frage, die sich hier auch aufdrängt, ob dies seitens der Entscheidungstragenden überhaupt erwünscht ist.

Auch der zweite Aspekt (Vorhersage Bevölkerungsverhalten) der Hypothese kann klar mit einem Ja beantwortet werden, sowohl aus der gefundenen Literatur wie den während der Pandemie durchgeführten Monitorings bieten viel Potential ein psychosoziales Lagebild zu entwickeln. (Vgl. MICHELLE DRIEDGER, 2018) Hier zu beantwortende Kernfragen werden die organisatorisch-strukturelle Ansiedlung sowie die budgetäre Ausgestaltung, viele sonstige Fragen hinsichtlich der methodischen und inhaltlichen Ausgestaltung konnten durch die Antworten der Interviewpartner:innen bereits umrissen werden.

Der dritte Aspekt – die Identifikation von vulnerablen Gruppen – wurde per se in den Interviews nicht angesprochen, implizit kann aus den Antworten und der Theorie vor allem aus dem kritischen Aspekt der Ergänzung von *evidence based policymaking* durch Praxisdaten (Vgl. DAVOUDI, 2012) abgeleitet werden, dass es hilfreich wäre.

Die weiteren Teilaspekte können sowohl anhand der gefundenen Literatur, wie der Antworten aus den Interviews bejaht werden; bei letzterem wurde seitens der Verfasserin der Begriff Ausgleichsmaßnahmen verwendet, von vier Interviewpartner:innen wurde die Nützlichkeit bejaht.

Abschließend für die Beantwortung noch folgende Ableitung aus Bogenschneider und Corbett (2022), die folgende Funktionen für den Einsatz von Forschung im *policymaking* Prozess postulieren, die sich aus Sicht der Verfasserin auch für die Anwendung auf die Erstellung eines psychosozialen Lagebildes eignet. Die theoretischen Funktionen werden wo möglich durch konkrete Beispiele ergänzt:

Position shifting: Einsatz der Forschung zur Entwicklung der eigenen Position; dies kann sowohl für grundlegenden Themen herangezogen werden, aber auch in der Krisenbewältigung, wenn evtl. noch keine spezifischen Ergebnisse vorliegen, aber aus anderen Bereichen oder Ländern Erfahrungswerte herangezogen werden, Bsp.: vorbeugende Maßnahmen in Taiwan und Asiens Erfahrung mit dem Nutzen von Gesichtsmasken (Vgl. ZINN, 2021)

Allocation shifting: Forschung wird eingesetzt, um über die politische und wirtschaftliche Machbarkeit der Verteilung öffentlicher Ressourcen zu entscheiden; ein psychosoziales Lagebild würde sich in dem Bereich in der Phase der Wiederherstellung nach einer langandauernden Krise eignen, um anhand der Ergebnisse und gefundenen Brennpunkte

beispielsweise notwendige Maßnahmen zeitlich zu priorisieren und dadurch deren budgetäre Deckung zu erleichtern.

Tactics shifting: Verwendung von Forschung für die Umsetzungstaktik, um das eigene legislative Ziel zu erreichen; das Zusammenspiel von politischem Ziel und dafür eingesetztem Instrument liegt hier im Hintergrund;

Solutions shifting: Einsatz von Forschung, nachdem die Policy-Ziele vereinbart wurden, um Entscheidungen zwischen den vorhandenen Alternativen zu treffen; ein Beispiel hierfür kann die Enge, Weite oder das Zusammenspiel diverser Maßnahmen sein; z.B. Ziel ist die Senkung von Infektionsmaßnahmen und die zur Verfügung stehenden Maßnahmen können dosiert darauf abgestimmt werden;

Agenda shifting: Verwendung von Forschung, um neue Themen auf die Policy-Agenda zu setzen oder die Reihenfolge dieser zu stören; als Beispiel könnte hier folgendes dienen, während immer wieder auf das Leiden der Kinder und Jugendlichen hingewiesen wurde im Pandemiebekämpfungskontext, könnten Forschungsergebnisse für die Vereinsamung älterer Bevölkerungsschichten hier zu einer Verschiebung der Aufmerksamkeit führen;

Framework shifting: Nutzung von Forschung, um Bewusstsein zu schaffen und bestehende Denkmuster, das Verständnis von Themen oder Entscheidungen zu hinterfragen; aus Sicht der Verfasserin wäre direkte Wissenschaftskommunikation hin zur Bevölkerung in der Lage Denkmuster und Verständnis in jener zu öffnen und eventuell zu ändern;

Awareness shifting: tritt ein, wenn Forschungsergebnisse gänzlich neue Ideen oder Themen ans Licht bringen, die zuvor nicht im öffentlichen Diskurs standen; (BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:120)

Frage 2: Lassen sich Erkenntnisse aus der Pandemiebewältigung in Österreich für die zukünftige Planung einer psychosozialen Lagebilderstellung nutzen?

Hypothese 2:

Die rückblickende Analyse der Erfahrungen aus der Covid-19 Pandemie liefert wertvolle Erkenntnisse für die zukünftige Erstellung von psychosozialen Lagebildern.

Hypothese 3:

Eine systematische, langfristige und zielgerichtete Erhebung von psychosozialen Basisdaten aus der Bevölkerung mit Fokus auf vulnerable Gruppen liefert entscheidende Informationen zur Erstellung eines psychosozialen Lagebildes in folgender Weise (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021) (Vgl. auch HELMERICHs et al., 2016):

- ✓ Als Baseline für die Feststellung von Verschlechterungen der psychosozialen Lage in bestimmten Bevölkerungsgruppen;
- ✓ Als Indikator für auftretende Probleme in bestimmten Bevölkerungsgruppen vor und unabhängig von auftretenden Katastrophenlagen;
- ✓ Als empirische Basis für die gezielte Erstellung von psychosozialen Lagebildern in verschiedenen Katastrophenszenarien als Basis für gezielte Präventions- und Vorbereitungsmaßnahmen;

Sowohl die zweite Forschungsfrage wie die zweite Hypothese lassen sich positiv mit einem „Ja“ beantworten. Denn einerseits wurde von der GÖG ein Monitoring Instrument eingerichtet, welches Kennzahlen erhob und laut GÖG Auskunft auch noch weiter betrieben wird, aber auch – wie beschrieben – Metadaten von den diversen Helplines erhielt, um einschätzen zu können welche Themen die Anrufer:innen bewegen. Ebenso wurde mit dem Austrian Corona Panel Project eine aktive Langzeiterhebung eingerichtet, die nicht nur den seelischen Zustand der Panelteilnehmer:innen erhob, sondern auch sozioökonomische Kennzahlen, sowie die Meinungsentwicklung hinsichtlich diverser Pandemierelevanter Themen, wie die Einstellung zum Impfen, oder das Vertrauen in Politik und Krisenmanagement dokumentiert. Selbstverständlich gab es daneben auch weitere Umfragen, Studien, Analyse oder Monitoring Tools. Auch im politikwissenschaftlichen Theorieteil lässt sich bei Schröter (2022) und Boccara (2014) der Bedarf nach einem psychosozialen Lagebild ableiten. Alle Interviewten waren sich einig, dass man aus der Krise tatsächlich viele Lehren ziehen könne und jene, die mit den psychosozialen Themen vertrauter waren, stimmten zu, dass bestehende Ansätze weiterentwickelt werden könnten. Zudem gäbe es noch ausreichende Themen, die aufgearbeitet werden könnten. Auch im Sinne der Wiederherstellung, gäbe es im psychosozialen Bereich viele durch die Pandemie entstandene, aber auch erkannte Probleme, die es nun zu lösen gälte (P2, P3, P5).

Hypothese 3 kann als vorwiegend durch die Interviews bestätigt erachtet werden. Die langfristige Erhebung einer Baseline wird von allen als sinnvoll empfunden, um einfach besser über den Zustand – nicht nur von vulnerablen Gruppen -sondern auch der Allgemeinbevölkerung zu wissen. Vor allem auch im Kinder- und Jugendbereich wird ein solches Monitoring von den Interviewten gefordert, denn hier wisse man noch zu wenig. Wie die im Ansatz im Kapitel Best Practice präsentierte Zusammenführung von psychosozialer Bedürfnispyramide und Katastrophenmanagementzyklus, könne ein psychosoziales Lagebild es ermöglichen noch präzisere Maßnahmen im Kontext von Vermeidung und Vorbereitung zu setzen und somit auch den Betroffenen eine gewisse Selbstwirksamkeit zurückgeben, die in Krisen- und Katastrophenlagen oft verloren geht. Die Baseline könnte gekoppelt mit den richtigen Fragen auch dazu genutzt werden, um herauszufinden, ob Empfehlungen oder Angebote aus dem Gesundheitsbereich in der Bevölkerung ankommen, wie eine der Befragten es ausdrückte, denn man wisse oft nicht, was kommt eigentlich an in der Bevölkerung. Die Entwicklung von auf die Zielgruppen passenden Präventionsmaßnahmen für Katastrophenszenarien könnte die Arbeit des Zivilschutzes bereichern und auch Druck von staatlichen Institutionen im Katastrophenfall nehmen.

7. Zusammenfassung und Fazit

Aufgrund der Erfahrungen und Erlebnisse der Verfasserin in der Covid-19 Pandemie war das Ziel der Arbeit das umzusetzen, was der Titel beschreibt, Grundlagen, Anwendbarkeit und Nutzen eines psychosozialen Lagebildes abzustecken und die Forschungsfragen wie Hypothesen konkretisiert haben zu beantworten. Dies wurde gemacht, indem zuerst nach passender Literatur gesucht wurde, für die konkrete Idee der Verfasserin aber nicht gänzlich gefunden wurde, weshalb aus übergeordneter Perspektive auf evidenzbasiertes Handeln bzw. konkreter *evidence based policy making* zurückgegriffen wurde. Die Interviewpartner:innen standen bereits früh in der Entwicklung des Konzeptes fest, weil aus Sicht der Verfasserin drei Ebenen ausschlaggebend waren: Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Der Interviewleitfaden wurde entlang der Hypothesen und Fragestellungen entwickelt. Als zweiter theoretischer Ansatz wurde aus dem *change management* das Element der Personas gewählt, welche kurzgefasst anhand der Bildung von Stellvertreter:innen für bestimmte Gruppen bzw. Personen auf Grundlage existierender Menschen, diese beschrieben werden und im Rahmen von Workshops werden diese Personas (auf Papier) in zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten geführt und die Teilnehmenden erarbeiten was die Vor- und Nachteile, wie sie darauf reagieren würden usw.. (Vgl. MIASKIEWICZ UND LUXMOORE, 2017) Dieser Ansatz wurde jedoch verworfen, denn nach der Durchführung der ersten Interviews wurde klar, dass die Gespräche stark in Richtung Kommunikation und Maßnahmen gingen und es hier theoretischer Grundlagen bedürfen würde. Insofern wurde für eine umfassende Analyse weitere Literaturrecherchen durchgeführt, um die Themen der Kommunikation aber auch die politikwissenschaftlichen Aspekte abzudecken. Nach dieser zweiten Runde der Literatursuche ergab diese mit der Interviewanalyse ein einheitlicheres Bild. Die Interviewanalyse wurden nach Mayring (Vgl. RAMSENTHALER, 2013) durchgeführt, ein Teil der Codes war bereits im Vorfeld klar, aufgrund der Fragestellungen und der Thematik, weitere wurden im Analyseverlauf ergänzt, um eine detailliertere Analyse zu ermöglichen.

Zusammenfassend ergeben Literatur und Interviews ergeben ein umfassendes Bild:

Die bestehende Literatur sowie die Erfahrungen aus der Pandemie, darunter sind sowohl das Geschehen wie auch die bereits angewandten Monitoringinstrumente (z.B. ACPP, GÖG) bieten eine stabile Grundlage für die Errichtung und den Betrieb des psychosozialen Lagebildes.

Die *evidence based policymaking* Theorie, sowie deren Kritik zeigt, wie Forschung eingesetzt werden kann, was ihr Nutzen ist, was seitens der Forschenden zu beachten ist und welche Weiterentwicklungsmöglichkeiten – Stichwort Einbindung Praxis – gesehen werden.

Der Nutzen im Krisenkontext liegt darin einerseits den Entscheidungstragenden im Krisenmanagement die Möglichkeit zu bieten, rasch zu erkennen, wo vulnerable Gruppen sind, bzw. evtl. sogar ob sich neue bilden, welche Gefühlslagen es gibt auf die eingegangen werden sollte, wo neue psychosoziale oder sozioökonomische Probleme entstehen, aber auch um die *Complicance* aufrecht zu erhalten, oder zu erheben, ob die Risiken und Gefahren der Krise sowie deren Gegenmaßnahmen verstanden werden, und wie es mit dem Vertrauen in das Krisenmanagement beschaffen ist.

Zudem wäre ein solches Lagebild auch ein Instrument, um in anderen Phasen des Katastrophenmanagementzyklus bzw. in anderen Policybereichen für positive Entwicklungen zu sorgen, wie weiter oben beschrieben.

Für die institutionelle und methodische Ausgestaltung wurden auf unterschiedliche Ideen verwiesen, die in Zukunft in einem interdisziplinären und Stakeholder umfassenden Prozess diskutiert und entschieden werden können.

Wie von der Theorie bereits erkannt und teilweise vorhergesagt und im Rahmen der Interviews bestätigt, sind die Kommunikation und die Bildung bzw. Wissenschaftsgläubigkeit grundlegende Elemente für die erfolgreiche Krisenbewältigung in einem gesamtstaatlichen Kontext mit einem Virus als Antagonisten. Hier besteht Nachholbedarf und großes Potential. Denn durch eine bessere Zusammenarbeit und Dialog von Entscheidungstragenden mit Wissenschaft und Bevölkerung entstünde eine win-win Situation für alle: ein besseres wissenschaftliches Grundverständnis wie diese funktioniert würde der Bevölkerung erleichtern zu verstehen worum es geht und weshalb Maßnahmen wichtig sind, eine klare transparente und ehrliche Kommunikation der Entscheidungstragenden stärkt Leadership und Compliance und der Dialog zwischen Wissenschaft und politischer Ebene würde fundiertere Entscheidungen erlauben und der Wissenschaft neue Fragen bescheren.

Die eigentliche Kernfrage ist, ob der potenzielle Nutzen einer psychosozialen Lageerhebung mit der Art und Weise wie Partei-/Politik funktioniert bzw. Demokratie funktioniert kompatibel ist und umsetzbar bzw. anwendbar ist. Denn wenn man ein solches Instrument aufbaut, sollte es auch angewendet werden, ansonsten verliert man schnell an Glaubwürdigkeit und Compliance.

Jedenfalls hat die Arbeit versucht aufzuzeigen, was für eine Bedeutung die Erhebung der psychosozialen Lage aus einer breiteren Sicht heraus betrachtet für Kommunikation, Maßnahmensetzung, Compliance, evidenzbasiertes Gestalten und Krisenbewältigung in einem politischen System haben kann.

Abschließend kann die Einrichtung und der Betrieb eines psychosozialen Lagebildes aus Sicht der Verfasserin bei der Bewältigung von bundesweiten und langandauernden Krisenlagen einen wichtigen Beitrag leisten, diese besser und nachhaltiger zu überstehen und die Erfahrungen wiederum in die Wiederherstellung, Prävention und Vorbereitung fließen zu lassen.

8. Policy Empfehlungen

Aufgrund der Thematik, sowie des Interesses der Interviewten, deren Verbesserungsvorschlägen und der Theorie aber auch des Zieles vorliegender Masterarbeit können folgende Empfehlungen gegeben werden.

Evidenzbasierte Politik

- Verbesserung der Kultur zwischen Politik, Wissenschaft und Medien.
- Evidenzbasierte Politikgestaltung hat ihre Limitationen aufgrund ihrer Kontextabhängigkeit und sollte – wo möglich – auch die Praxiserfahrung einschließen, aber trotzdem hat sie einen großen Nutzen und sollte mehr eingesetzt werden. Die Anwendung in *Policy*-gestaltung sollte immer transparent gemacht werden und getrennt werden vom Element des Leadership sein. Denn für die Bevölkerung muss klar sein, was ist wissenschaftliche Grundlage, und was sind diesen eventuell entgegenstehende andere Interessen, und was ist das Entscheidungs-pouvoir der Entscheidungstragenden.
- Schaffung von Wissenschaftspersonen, Mittler:innen oder Wissenschaftseinrichtungen in der Verwaltung, die als Schnittstelle bzw. Andockstelle für die Forschenden fungiert und Ergebnisse, Erkenntnisse weitergibt, übersetzt und evtl. auch Bedarf äußern kann.
- Entwicklung eines eigenen auf Österreich passenden Modells des *evidence based policy making*.

Krisenmanagement

- In Krisen und Katastrophen sollten grundlegende Fakten außer Streit gestellt werden, dazu sollten alle parlamentarischen Parteien Einsicht in die Grundlagen erhalten.
- Die Transparenz von Daten und Quellen sollte auch der Bevölkerung gegenüber aufrechterhalten werden; ebenso eine Erklärung bereithalten, wie sie erzeugt werden.
- Es sollte in einer gesamtstaatlichen Krise auch nur ein gesamtstaatliches Lagebild geben, welches von einer Stelle erstellt oder zusammengeführt wird; Bundesländer oder Bundesministerien sollten entweder ihre Teilbereiche dort einfügen, aber es sollte vermieden werden 10 oder mehr Lagebilder zu veröffentlichen mit unterschiedlichen Abfragezeitpunkten oder Definitionen, um Verwirrung gefolgt von Skepsis zu vermeiden. Eine Skalierung, eine Quelle, eine Darstellungsform.
- Dadurch könnte die gefährliche Verpolitisierung von krisenbewältigenden Maßnahmen eventuell vermieden werden.
- Krisenmanagement braucht Leadership, dies kann wahrscheinlich durch mehr Transparenz und klare Kommunikation erreicht werden.
- Start eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses wie Krisenmanagement besser funktionieren kann durch Einbindung von Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wissenschaft, evtl. angelehnt an das Format des Klimarates.

- Entwicklung von Konzepten wie Gesellschaft auf Krisen vorbereitet werden kann, nicht nur im Sinne des materiellen Zivilschutzes (z.B. Bevorratung etc.), sondern auch durch das sogenannte psychische Mindset und damit verbunden die sogenannte *crisis education*, um zu verstehen, wie Krisen oder Katastrophen teilweise ablaufen und wie man sich darauf einstellen kann.
- Einsatz der psychosozialen Bedürfnispyramide entlang des Katastrophenmanagementzykluses für eine bessere Ressourcenverteilung und Entwicklung von Programmen, Plänen und Maßnahmen.

Psychosoziales Lagebild

- Die Notwendigkeit kann nicht bestritten werden, allerdings sollte es nur unter der Prämisse der Ergebnisumsetzung aufgebaut und betrieben werden.
- Die Struktur sollte in einer Institution angesiedelt sein, die das Vertrauen der im Parlament vertretenen politischen Parteien hat, und gleichzeitig wissenschaftlichen Ansprüchen entspricht.
- Die Organisation sollte mit Wissenschaftler:innen besetzt sein.
- Die Themen, wie Expert:innenpalette sollte interdisziplinär sein und Personen aus diversen sozial- und naturwissenschaftlichen Bereichen umfassen, aber auch Wirtschaftswissenschaftler:innen vielleicht sogar Techniker:innen die ihre Perspektiven und Fragen an die Bevölkerung einbringen.
- Politik sollte als Stakeholdergremium involviert sein und Fragen einbringen können, auch im Sinn der in einem Interview angesprochenen Feedbackschleife, ob das was kommuniziert wird auch so verstanden wird.
- Die budgetäre Absicherung sollte garantiert sein.
- Der Zugang zu Datenbanken (z.B. Statistik Austria, anonymisierten Gesundheitsdaten der GÖG etc.) sollte garantiert sein.
- Die Erkenntnisse sollten über passive Datenerhebung (z.B. Belagszahlen in der Psychiatrie, Anrufe und Metathemen der Telefonseelsorge etc.) hinaus gehen beispielsweise auch Informationen aus gesellschaftlich relevanten Institutionen umfassen (z.B. das erwähnte Abo-verhalten der Theaterbesucher:innen); zudem sollte ein Panel aufgebaut werden, welches regelmäßig zu ähnlichen Themen – um die Entwicklung zu verfolgen – befragt wird, aber auch zu Neuen, um das Interesse an der Teilnahme aufrecht zu erhalten.
- Teilnehmenden sollten die Möglichkeit haben von sich aus Fragen zu spezifischen Themen vorschlagen zu dürfen, was wiederum einen Rückschluss auf derzeit aktuelle Fragen der Zeit erlauben würde.
- Die Befragungen – als mehr aktiver Part – sollte regelmäßig durchgeführt werden.
- Forschungsinhalte sollten von Forschenden und Stakeholdern gestaltet sein.
- Die Ausgestaltung der Forschungsfragen sollte den Forschenden vorbehalten sein.
- Für Kinder und Jugendliche sollte eine eigene Struktur entweder in dem Rahmen oder an einem anderen Ort, aber mit entsprechen ähnlicher Organisation eingerichtet werden.

- Die Ergebnisse und Empfehlungen sollten regelmäßig veröffentlicht werden.

Kommunikation und Entscheidungstragende

- Wissenschaft braucht einen aktiven Kommunikationsplan in alle Richtungen, sie sollte aus ihrer *Science to Science* Schleife ein wenig heraus und ihre Erkenntnisse auch aktiver in Medien und Bevölkerung tragen.
- Entwicklung von Strategien wie Wissenschaft, Politik und Medien jenen, die Verschwörungsmythen propagieren besser kontern können.
- Mehr Zutrauen in die Bevölkerung in den Umgang mit Unsicherheiten und dies durch transparente Kommunikation und Entscheidungen stärken.
- Kommunikationsempfehlungen sollten seitens der Entscheidungstragenden ernst genommen werden.
- Gegenüberstellung von lauter Meinung und Meinungsquerschnitt, um die tatsächliche Größe der „Lauten“ zu erheben und dementsprechend handeln zu können bzw. verstärkt in aufklärende Kommunikation zu gehen.
- Angstkommunikation muss vermieden werden.
- Tools wie Comics, Video, Podcasts, Gamification sollen in der Krisenkommunikation zielgruppenspezifisch orientiert eingesetzt werden.

Bildung und Wissenschaft

- Bildung sollte das eigenständige Denken bestärken und die im Rahmen der Interviewanalyse aufgezeigte Lücken versuchen zu schließen.
- Life long learning gilt auch für Medien.
- Schaffung einer Datenlandkarte für Österreich: Wo werden welche Daten von wem und wozu erhoben und in welcher Form oder unter welchen Voraussetzungen könnte Wissenschaft darauf zugreifen. Ziel wäre es die genauen Lücken auszumachen und gezielt zu schließen, um eine bessere Datenlage zu erreichen, und dadurch ein besseres Krisenmanagement.
- Erklärung und Förderung wissenschaftlichen Denkens und deren Abläufe, diese Transparenz könnte die Wissenschaftsskepsis zurückdrängen; auch um verstehen wie Wissenschaft funktioniert.
- Eine Charmeoffensive für die Sozialwissenschaften starten, um zu zeigen, wo das dort generierte Wissen helfen kann und in der Weiterentwicklung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen kann.
- Gezielte Förderung von interdisziplinärer Vernetzung durch eigene Gremien oder Projekte oder Themen, um in Krisenzeiten schneller reagieren zu können.

Abschließend zurück zum theoretischen Anfang, es wäre hilfreich, wenn die Forschungsgemeinschaft mit Neugierde auf die *Policyebene* zu geht. (Vgl. BOGENSCHNEIDER UND CORBETT, 2021:59 f.) Aber auch umgekehrt und cross-sektoral.

9. Limitationen und Ausblick

Die Limitationen vorliegender Arbeit liegen einerseits im Umfang der genutzten Quellen, evtl. auch im Mangel eines konkreten theoretischen-methodischen Ansatzes zur Schaffung eines psychosozialen Lagebildes.

Gegen Ende der Interviewanalyse wurde klar, dass auch Personen aus dem Bereich Kommunikation, Politikwissenschaft und Wahl- oder Interessenforschung hätten befragt werden können.

Aufgrund der zugesagten Anonymisierung und der gewollten Unvoreingenommenheit gegenüber den Antworten konnte ein Gruppenvergleich (Verwaltung, Wissenschaft, Politik) hinsichtlich der Antworten nicht gemacht werden, dies hätte eventuell überraschende Übereinstimmungen wie Widersprüche zu Tage gebracht, aber auch die unterschiedlichen Wahrnehmungen dargestellt.

Vielleicht würde auch die Befragung von Bürger:innen Auskunft geben was man sich eigentlich vom Gesetzgeber:innen oder Entscheidungsträger:innen erwartet, würden diese ein psychosoziales Lagebild als Instrument der Politikgestaltung und Krisenbewältigung einführen. Und ob man dort entstandene Ergebnisse und Empfehlungen auch akzeptieren würde, würden sie zur Umsetzung gebracht. Zugespitzt formuliert mehr wissenschaftliche Grundlage als ideologische in der Rechtssetzung bzw. Entwicklung von Programmen, Förderungen, Unterstützungen etc. Hierzu gehört auch die Frage betreffend wie die Umsetzung von Ergebnissen aus einem psychosozialen Lagebild erfolgen sollte und durch wen und ob die Anwendung der psychosozialen Pyramide für die richtige Verortung der Maßnahmen stärker etabliert werden könnte.

In diesem Kontext wäre auch ein Vergleich mit Struktur, Ergebnisse und Umsetzung der Empfehlungen aus dem österreichischen Klimarat möglich gewesen, einem Versuch Bürger:innen aktiv in die Klimapolitik einzubinden. Damit im Zusammenhang ergeben sich Forschungsfragen ob evidenzbasierte Politik in Österreich bereits angewandt wird und wenn ja wo. In diesem Kontext könnten auch Strukturvorschläge erarbeitet werden für eine Weiterentwicklung und Ausrollung auf die gesamte Politik.

Auch die Kostenfrage bzw. die Kosten-Nutzenfrage wurde nicht behandelt, dies kann Thema für eine Machbarkeitsstudie sein.

Eine weitere Idee, die nicht aufgegriffen wurde, die aber als theoretischer Hintergrund von der Verfasserin angedacht war, war jener des Vergleichs mit der Wahlforschung, denn diese erhebt nach Ansicht der Verfasserin ähnliches wie ein psychosoziales Lagebild, nur mit anderem Ziel, nämlich herauszufinden wer, wo, wie wählt, wieso, was diesen Personen wichtig ist und ob, bzw. wie man sie von jemandem anderen überzeugen kann. In diesem Rahmen werden sozioökonomische Daten erhoben, Daten zur Einstellung in diversen Themen, was man „braucht“ und vieles mehr. Diese liegen bereits vor und könnten einfließen.

Weitere Möglichkeiten zur Erforschung liegen im Bereich der Entwicklung von Gegenstrategien zur Wissenschaftsskepsis in Österreich.

10. Literaturverzeichnis

- AICHHOLZER, J. UND KALLEITNER, F. 2021. Die wahrgenommene Regeleinhaltung - ein Thermostat der Beschränkungen und Lockerungen? *Austrian Corona Panel Project* [Online]. Available from: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken26/>
- ALBÆK, E. (1995): Between knowledge and power: Utilization of social science in public policy making. – In: *Policy Sciences* (28). 79-100.
- ARMINGEON, K. (2017): Interessengruppen und Interessenvermittlung : Internationale Gemeinsamkeiten und österreichische Besonderheiten. – In: HELMS, L. UND WINEROITHNER, D. M. (Hrsg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden. 287-314.
- BAVEL, J. J. V., BAICKER, K., BOGGIO, P. S., CAPRARO, V., CICHOCKA, A., CIKARA, M., CROCKETT, M. J., CRUM, A. J., DOUGLAS, K. M., DRUCKMAN, J. N., DRURY, J., DUBE, O., ELLEMERS, N., FINKEL, E. J., FOWLER, J. H., GELFAND, M., HAN, S., HASLAM, S. A., JETTEN, J., KITAYAMA, S., MOBBS, D., NAPPER, L. E., PACKER, D. J., PENNYCOOK, G., PETERS, E., PETTY, R. E., RAND, D. G., REICHER, S. D., SCHNALL, S., SHARIFF, A., SKITKA, L. J., SMITH, S. S., SUNSTEIN, C. R., TABRI, N., TUCKER, J. A., LINDEN, S. V. D., LANGE, P. V., WEEDEN, K. A., WOHL, M. J. A., ZAKI, J., ZION, S. R. UND WILLER, R. (2020): Using social and behavioural science to support COVID-19 pandemic response. – In: *Nature Human Behaviour* (4). 460-471.
- BETSCH, C., SCHMID, P., HEINEMEIER, D., KORN, L., HOLTMANN, C. UND BÖHM, R. (2018): Beyond confidence: Development of a measure assessing the 5C psychological antecedents of vaccination. – In: *PLoS One* (13). e0208601.
- BICHER, M., ZUBA, M., RAINER, L., BACHNER, F., RIPPINGER, C., OSTERMANN, H., POPPER, N., THURNER, S. UND KLIMEK, P. (2022): Supporting COVID-19 policy-making with a predictive epidemiological multi-model warning system. – In: *Commun Med (Lond)* (2). 157.
- BOCCARA, B. (2014): *Socio-analytic dialogue : incorporating psychosocial dynamics into public policies*. – Lexington Books, Lanham .
- BOGENSCHNEIDER, K. UND CORBETT, T. (2021): *Evidence-based policymaking : envisioning a new era of theory, research, and practice*. – Routledge, Abingdon New York, NY.
- DAVOUDI, S. (2012): Evidence-Based Planning. – In: *disP - The Planning Review* (42). 14-24.
- DOLCE, M. UND DI BUCCI, D. (2015): Chapter 18 - Risk Management: Roles and Responsibilities in the Decision-making Process. – In: WYSS, M. UND PEPPOLONI, S. (Hrsg.): *Geoethics*. Elsevier, Oxford. 211-221.
- FORUM, A. H. 2023. *Erwachsenenimpfung in Österreich – Wen kümmert's?* Wien: APA-OTS.
- GANGL, K., JUEN, B., KIRCHLER, E., KÖNIG, T., KRITZINGER, S., KORUNKA, C., PRINZ, W., SCHMIDT, A., SCHÖBER, B., STAGL, S., STAMM, T. UND WAGNER, M. 2022. *Polarisierung in Österreich während der COVID-19-Pandemie: Wie kann Solidarität gestärkt werden?* Wien: Future Operations Board.
- GOTTWEIS, H. (1997): Neue soziale Bewegungen in Österreich. – In: MÜLLER, W. C. (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems in Österreich - Die zweite Republik*. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien. 342-358.
- GREENEN, E. M. (2016): *Krisenkommunikation*. – In: KARUTZ, H. (Hrsg.): *Bevölkerungsschutz: Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis*. Springer Berlin, Heidelberg.
- HELMERICH, J., KARUTZ, H. UND GEIER, W. (2016): *Psychosoziales Krisenmanagement*. – In: KARUTZ, H. (Hrsg.): *Bevölkerungsschutz: Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis*. Springer Berlin, Heidelberg.

- KARAZMAN-MORAWETZ, I. UND PLESCHIUTSCHNIG, G. (1997): Wirtschaftsmacht und politischer Einfluss. – In: TÁLOS, E. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien. 418-432.
- KITTEL, B., KRITZINGER, S., BOOMSGAARDEN, H., PRAINSACK, B., EBERL, J.-M., KALLEITNER, F., LEBERNEGG, N. S., PARTHEYMÜLLER, J., PIESCIA, C., SCHIESTL, D. W. UND SCHLÖGL, L. 2023. Austrian Corona Panel Data: Method Report. *Austrian Corona Panel Project* [Online]. Available from: <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/austrian-corona-panel-data/method-report/>.
- KREJCA, F., PARTHEYMÜLLER, J. UND KRITZINGER, S. 2022. Blog 152 - Vertrauen in der Corona-Krise: Ein Update. *Austrian Corona Panel Project (ACPP)*.
- MIASKIEWICZ, T. UND LUXMOORE, C. (2017): The Use of Data-Driven Personas to Facilitate Organizational Adoption - A Case Study. – In: *The Design journal* (20). 357-374.
- MICHELLE DRIEDGER, S., MAIER, R. UND JARDINE, C. (2018): 'Damned if you do, and damned if you don't': communicating about uncertainty and evolving science during the H1N1 influenza pandemic. – In: *Journal of risk research* (24). 574-592.
- ÖAW UND LEOPOLDINA 2023. Wiener Thesen zur wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Beratung. In: WISSENSCHAFTEN, Ö. A. D. (ed.). Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- OECD (2015): Scientific Advice for Policy Making The Role and Responsibility of Expert Bodies and Individual Scientists. – In: *OECD Science, Technology and Industry Policy Paper* (21).
- PABST, A. (2021): Rethinking evidence-based policy. – In: *National Institute economic review* (255). 85-91.
- RAMSENTHALER, C. (2013): Was ist „Qualitative Inhaltsanalyse? – In: SCHNELL, M., SCHULZ, C., KOLBE, H., DUNGER, C. UND UNIVERSITÄTSKLINIKUM DUSSELDORF, D. D. U. D. (Hrsg.): *Der Patient am Lebensende*. Germany. 23-42.
- SCHRÖTER, E. (2022): Der Staat in der Pandemie – Herausforderungen, Instrumente und Interessen im Policy-Making-Prozess. – In: LANGE, H.-J. (Hrsg.): *Politik zwischen Macht und Ohnmacht*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Germany. 539-566.
- SKODA, E.-M., SPURA, A., DE BOCK, F., SCHWEDA, A., DÖRRIE, N., FINK, M., MUSCHE, V., WEISMÜLLER, B., BENECKE, A., KOHLER, H., JUNNE, F., GRAF, J., BÄUERLE, A. UND TEUFEL, M. (2021): Veränderung der psychischen Belastung in der COVID-19-Pandemie in Deutschland: Ängste, individuelles Verhalten und die Relevanz von Information sowie Vertrauen in Behörden. – In: *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz* (64). 322-333.
- SPURA, A. UND DE BOCK, F. (2021): COVID-19 und Public Health: Wissen, Einstellungen, Belastungen und Kommunikation in der Krise. – In: *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz*.
- TRAXLER, F. UND ZEINER, E. (1997): Unternehmerverbände. – In: TÁLOS, E. (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems in Österreich - Die zweite Republik*. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien. 371.
- TSENG, V. (2012): The uses of research in policy and practice. – *Society for Research in Child Development* Washington, DC,
- TUTT, L. (2019): Digitale Lageerkundung: Erstellung eines psychosoziales Lagebildes. – In: *Im Einsatz* (26. Jahrgang). 316-320.
- WEICHSELGARTNER, J. UND KARUTZ, H. (2016): Erkenntnisgewinnung im Bevölkerungsschutz. – In: KARUTZ, H. (Hrsg.): *Bevölkerungsschutz: Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis*. Springer Berlin, Heidelberg.
- WIEDERMANN-SCHMIDT, U. 2019. Impf-Thematik in Österreich. In: KLEBER, A. UND DONNER, W. (eds.) *Soziale Sicherheit*. Sozialversicherung.

- WINTER, S. UND RÖSNER, L. (2019): Krisenkommunikation im Gesundheitsbereich. – In: ROSSMANN, C. UND HASTALL, M. R. (Hrsg.): Handbuch der Gesundheitskommunikation. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Germany. 423-432.
- WURZINGER, F. (2023): "Alles richtig gemacht": Die denkwürdigsten Corona-Zitate zum Jahrestag. In: *Oberösterreichische Nachrichten*, 13.03.2023.
- ZINN, J. O. (2021): Conclusions: Towards a sociology of pandemics and beyond. – In: *Current sociology* (69). 603-617.

10.1. Internetquellen

- AICHHOLZER, J. UND KALLEITNER, F. 2021. Die wahrgenommene Regeleinhaltung - ein Thermostat der Beschränkungen und Lockerungen? *Austrian Corona Panel Project* [Online]. Available from: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken26/>
- KITTEL, B., KRITZINGER, S., BOOMSGAARDEN, H., PRANSACK, B., EBERL, J.-M., KALLEITNER, F., LEBERNEGG, N. S., PARTHEYMÜLLER, J., PIESCIA, C., SCHIESTL, D. W. UND SCHLÖGL, L. 2023. Austrian Corona Panel Data: Method Report. *Austrian Corona Panel Project* [Online]. Available from: <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/austrian-corona-panel-data/method-report/>.
- IHS High Frequency Monitor <https://monitor.ihs.ac.at/> letzter Zugriff 18.08.2023
- The Mental Health and Psychosocial Support Minimum Service Package, <https://mhpssmsp.org/en/activity/relevant-guidelines-standards-and-tools-support-implementation-0#page-1>. letzter Zugriff 18.08.2023

11. Anhang

11.1. Deutschsprachiger Abstract

Vorliegende Arbeit entwickelt auf Grundlage der Theorie evidence based policy making, diverser Theorien und Analyseergebnisse aus den Bereichen Krisenmanagement, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft sowie durchgeführten Projekten und Best Practice während der Corona Pandemie und anhand der Interviews von Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung den Ansatz zur Etablierung eines psychosozialen Lagebildes. Durch dessen Schaffung könnten während der Pandemie erkannte gesellschaftsbezogene Datenlücken geschlossen werden. Das Monitoring der psychosozialen Lage der Bevölkerung könnte für die Maßnahmensetzung, die Kommunikation und Compliance von Vorteil sein und dies Krisenbewältigung in einer bundesweiten und langandauernden Krise erleichtern für sowohl Entscheidungstragenden als auch Bevölkerung.

11.2. English Abstract

Present work aims at describing how a psychosocial monitoring tool could be established on federal level. Therefore, the thesis elaborates on theoretical concepts from the evidence-based policy making theory, crisis management, political science, and crisis communication theory. Together with best practice examples from the Covid-19 pandemics and based on interviews with high level persons from politics, science, and administration a concept and its benefit for a nationwide, long lasting crisis management is developed. This could be of use for closing gaps in societal data and by monitoring the psychosocial situation of the population better crisis management for decision makers as well as for the population would be feasible.

11.3. Interviewleitfaden

Anbei der Grund-Interviewleitfaden, der je nach Gegenüber angepasst wurde. Zudem musste er bei einigen Interviewpartner:innen spontan gekürzt werden, da die Zeit aus diversen Gründen verkürzt worden war.

Interviewleitfaden Expert*inneninterview

1) Einleitung – Wiederholung des Forschungsvorhaben:

- a) einseitiges Infoblatt wurde vorab an alle Interviewten übermittelt (siehe Annex XY)
- b) Zu Beginn des Interviews wurde das Vorhaben wie folgt umrissen:

- i) Pandemie hat die Notwendigkeit einer besseren Berücksichtigung der persönlichen Lage der Menschen gezeigt, um Compliance und Durchhaltevermögen stabil zu halten
 - ii) Basis dafür könnte ein sogenanntes psychosoziales Lagebild sein, Ansätze dazu gab es wie ACPP
 - iii) Geplante Arbeit möchte erheben welche Grundlage nötig wären ein solches als dauerhafte Einrichtung aufzubauen, auch um eine Baseline zu haben, wie es gestaltet sein könnte und welchen Nutzen es hätte
 - iv) Bisherige Ergebnisse:
 - (1) Diverse Ansatzmöglichkeiten: Panels, App-Lösungen, Persona-Ansatz aus dem Change – Management, Helpline-Auswertungen, Suchanfragen im Internet
 - (2) Thematisch gesehen, waren bereits in den ersten sechs Monate die dominierenden Themen erhoben (Einsamkeit, Vertrauen in die Politik, Maßnahmenkonformität, Maske, Kommunikation), diese wurden später ergänzt durch vor allem Testen, Impfen, Gegnerschaft
 - (3) Sozialwissenschaftliche Forschung und Ergebnisse der Policy-Ebene oder Entscheidungsträgern zu vermitteln, hängt von diversen Faktoren ab, (Entscheidungsträger will vor allem anwenden)
- 2) Informationen zur **Anonymisierung und Einverständniserklärung**: Vorlage der Universität Wien wurde vorab übermittelt, über die Möglichkeit das Interview in anonymisierter Form wurde aufgeklärt.

Fragenblock 1: Einstieg

- Was war Ihre Position und Ihre Aufgaben während der Pandemie?
- Haben Sie Sich an der Schnittstelle Politik/Verwaltung oder Politik/Forschung gesehen, oder nur in einem Bereich?
 - Wenn ja, was hat das für Sie bedeutet?
 - Wenn nicht, wo würden Sie Ihre Position einordnen?
- Wie haben Sie die Zeit erlebt und hatten Sie die Möglichkeit die Politik mitzugestalten?
 - In welchen Bereichen? Können Sie Beispiele nennen?

Fragenblock 2: Lagebild

- Haben Sie während der Pandemie mit Lagebildern gearbeitet, mit welchen? Beispiele; Wie haben Sie sie eingesetzt?
- Was können Sie sich unter einem psychosozialen Lagebild vorstellen?
 - Was könnten Kernelemente eines solchen Lagebildes oder was würden Sie als hilfreich erachten?
- Um ein aussagekräftiges psychosoziales Lagebild zu erhalten, muss es eine Baseline geben zu der verglichen wird, wie und wo könnte diese laufende Erhebung eingerichtet werden?

- Könnte nach Ihrer Meinung ein psychosoziales Lagebild Maßnahmen im Kontext einer bundesweiten und langandauernden Krise auch beeinflussen?
(Nuklearunfall, Pandemie, andere Krisen)

Frageblock 3: Kommunikation

- Wie haben Sie die Kommunikation zwischen Politik und Forschung erlebt? Braucht es nach Ihrer Ansicht Übersetzer oder Mittler? Andere Prozesse?
 - *Evidence based policy* geht davon aus, dass einerseits die Kommunikation zwischen Forschungsproduzenten und Forschungskonsumenten aus diversen Gründen nicht funktioniert (unterschiedliche Sprache, Umwelten, Bedarfe, Ziele) bzw., dass die Forschungskonsumenten lediglich für sie nützliche Teilergebnisse annehmen, ohne den Kontext zu beachten --> Analysen aus dem angloamerikanischen Raum, wie ist das in Österreich?
 - Könnten Sie sich vorstellen mit einem psychosozialen Lagebild zu arbeiten oder auf dieser Basis Empfehlungen abzugeben oder Policy zu mitzugestalten?
- Glauben Sie würde ein psychosoziales Lagebild die Kommunikation von Entscheidungsträger*innen zur Bevölkerung vereinfachen? Wie? Warum? Und würde es die Compliance erhöhen?

Abschluss:

Sie haben mir nun sehr detailliert und umfassend Auskunft gegeben zu meinen Fragen und dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken, haben Sie sonst noch Erkenntnisse aus den vergangenen Jahren, die Sie mir mitgeben möchten und die dem Aufbau eines psychosozialen Lagebildes helfen würden?

Rückblick:

Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse aus meiner Perspektive

Ausblick:

Ich werde das Interview in den nächsten Tagen oder Wochen transkribieren und Ihnen eine Abschrift zur Freigabe übermitteln. Es wird codiert und ausgewertet.

Sollten Sie Interesse an der Masterarbeit haben, kann ich sie gerne zur Verfügung stellen oder auch präsentieren.

Vielen Dank für Ihre Zeit!